

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem Sonntags-Blatt 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat, Postabonnemem 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der dunkle Punkt.

Wir sind gewöhnliche Sterbliche und in den höheren Regionen der Politik geht gar Manches vor, was wir uns nicht erklären können, denn unsere Informationen reichen nicht weit in jene Sphäre hinein. Wenn aber auch für den gewöhnlichen Menschen ein dunkler Punkt besteht, so muß etwas ganz Besonderes los sein, um so mehr, als sich dieser Punkt in dem Kreise der offiziellen Presse widerspiegelt. Wenn das, was die offiziöse Presse vom General v. Schlieffen und vom Grafen Waldersee gesagt hat, nach Ansicht des Kriegsministers und des Staatssekretärs des Reiches „lustige Mythen“ sind, so sind wir wenig befriedigt, denn der Streit um den „kommenden Krieg“ hat uns wenig berührt. Für uns ist die Hauptsache, daß von zwei Mitgliedern der Regierung konstatiert worden ist, daß in der offiziellen Presse die „lustigen Mythenbildung“ um Schwünge ist.

Der Staatssekretär Graf Bismarck ist noch weiter gegangen; er hat erklärt — mit Bezug auf den Fall Wohlgemuth — eine Gegnerschaft zwischen der Schweiz und Deutschland habe niemals bestanden; es habe sich nur darum gehandelt, die Sozialdemokratie gemeinsam zu bekämpfen, und der Fall Wohlgemuth sei abgethan. Nun, wir können nicht davon überzeugt sein, daß die Sozialdemokratie auch zum Sündenbock für den Fall Wohlgemuth gestempelt wird. Dieser Fall ist wohl noch an geeigneter Stelle zur Sprache kommen; wir interessieren heute nur die Erklärung, daß eine Gegnerschaft zwischen der Schweiz und der deutschen Regierung nie bestanden habe, während doch in Jedermann's Gedächtnis noch die heftigen und zahlreichen Droharbeiten sind, mit denen die Schweiz anlässlich des Wohlgemuth-Falles von der offiziellen Presse überschüttet wurde; übrigens kann die Abkündigung des Niederlassungsvertrages wohl kaum als ein Zeichen guten Einvernehmens bezeichnet werden. Hier erhebt sich wieder der dunkle Punkt, von dem der Herr Kriegsminister gesprochen hat.

Wenn von solcher Stelle aus das Treiben der offiziellen Presse als „lustige Mythenbildung“ bezeichnet wird, so muß Jedermann doch sofort auch an die „Kriegstreibererei“ denken, die von der offiziellen Presse schon so oft betrieben worden ist. Sie erreichte ihren Gipfel beinahe während der Wahlbewegung von 1887, während welcher einige tausend von den Franzosen, wie alljährlich in Deutschland aufgelaufene Hämmer schon als „Kriegstreibererei“ dargestellt wurden. Wir erinnern nur daran, wie die offiziöse Presse nach jeweiligem Bedürfnis die „Frazosen“ und bald die Russen als Gefahr am Horizont aufsteigen läßt. Noch ist nicht lange her, seitdem sie behauptet hat, der gegenwärtige Chef des Generalstabes sei für einen Angriffskrieg gegen Rußland, weil er der Ansicht sei, daß Rußland schließlich durch seine gesteigerten

Rüstungen zu einer allzu sehr überwiegenden Machtstellung gelange und daß man dem durch einen kühnen Angriff zuvorkommen müsse. Der Chef des Generalstabes hat diese Behauptung belanntllich zurückgewiesen. Wir erinnern an die Kurstreibererei mit den russischen Papieren, die von der offiziellen Presse bald empfohlen und bald belämpft worden sind; wir erinnern an die hundert Artikel über Krieg und Frieden, in denen man Europa bald als ein friedliches Arabien, bald als einen zur Wüste bestimmten Kummelplatz eines Weltkrieges erscheinen ließ. Uns war die „Mythenbildung“ in der offiziellen Presse kein Geheimniß mehr; die Sozialisten haben sie am eigenen Leibe verspüren müssen zur Zeit der Attentate von 1878, während welcher keine Verleumdung zu grob war, um nicht der sozialistischen Partei angehängt zu werden. Wenn man heute die offiziöse Presse jener Zeit nachliest, so muß man sich nur wundern, wie ihre „lustigen Mythen“ haben ernst genommen werden können. Aber sie wurden damals leider nur zu ernst genommen.

Wie oft ist man von den Offiziösen und ihrem Geschwätzer grob angefahren und angechnarrt worden, wenn man sich erlaubt hat, an der Wahrheit ihrer Behauptungen zu zweifeln, und mit wie überlegener Miene wurden wir des Defekten belehrt, daß gewöhnliche oppositionelle Zeitungsschreiber wie wir, denen nicht vergönnt ist, hinter die Kulissen der hohen Politik zu schauen, sich eigentlich über tausend Dinge gar kein Urtheil erlauben dürften!

Wir haben uns zwar durch die Anmaßung und die Dreistigkeit der offiziellen Mythenbildner niemals einschüchtern lassen, allein nachdem das offiziöse Lügen-system von der Regierung selbst konstatiert worden ist, fragen wir:

Warum legt die Regierung nicht Hand an, um der offiziellen Mythenfabrikation, deren unheilvolle Wirkungen sie selbst kennt und anerkennt, ein Ende zu machen?

Die Regierung kann, wenn sie will, den dunklen Punkt doch aufhalten. Oder sollte sie das nicht können?

Wir brauchen auf die Wirkungen offiziöser Mythenbildung kaum des Näheren hinzuweisen. Aber es handelt sich nicht allein um den schmachvollen Zustand, daß die öffentliche Meinung von 45 Millionen in den wichtigsten Fragen irre geleitet und mißbraucht werden kann von einigen Journalisten, die sich dabei noch als die besten Patrioten aufzuspielen wagen, sondern es kommen dabei auch eine Menge materieller Interessen in's Spiel. Der Geschäftswelt muß bange werden, wenn sie immer der Gefahr ausgesetzt ist, von der offiziellen Presse mit „Mythen“ heimgejagt zu werden, die eine Störung ihrer Unternehmungen bewirken. Und wer kann den Mythen immer ansehen, ob sie „lustig“ sind oder nicht?

Wir dürfen behaupten, daß das Treiben der Offiziösen

in Deutschland mehr Unruhe hervorgerufen hat, als die Agitationen aller Parteien zusammengenommen, so daß die Eintracht der Bevölkerungsklassen in hohem Maße gestört worden ist. Da wir Gegner aller Ausnahmengesetze sind, so verlangen wir auch kein Ausnahmengesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen offiziöser Journalisten. Wir meinen aber, es sei nun die erste Pflicht der Regierung, der offiziellen handwerksmäßigen Mythenbildung, deren Schädlichkeit sie selbst erlkannt hat, ein Ende zu machen, indem sie den „dunklen Punkt“ beleuchtet.

Unternehmerrthum und Arbeiter.

II. Saltburn by the Sea, den 2. Oktober 1889.

Die von uns für die Reise nach England gewählte Zeit muß insofern als ungünstig bezeichnet werden, als hier nach dem Schluß des Parlaments die todtte Saison eingetreten ist, in welcher die im öffentlichen Leben stehenden Personen London verlassen haben. Nachdem wir Mr. Mundella nicht antreffen konnten, mußten wir in dieser Beziehung am Sonnabend, den 23., weitere unangenehme Erfahrungen machen.

Wir wollten zunächst den Right honourable G. J. Ritchie in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Innern, Mitglied des gegenwärtigen Kabinetts, aufsuchen, an den wir gut empfohlen waren; derselbe hatte aber leider seine Ferienreise angetreten. An dessen Stelle wurden wir von einem der Sekretäre sehr zuvorkommend empfangen. Derselbe bezeichnete uns als einen, mit den uns interessirenden Fragen am meisten und besten vertrauten Mann, den „labour correspondent of the Board of trade“ Mr. Burnett. Dieser Mann ist früher Arbeiter gewesen, hat dann die Stelle des Sekretär einer Trades-Union bekleidet und wurde von der Regierung in die vorbenannte Stellung des Board of trade berufen. Diese Stellung muß eine ziemlich bedeutungsvolle sein, da wir bereits von Mr. David Dale auf Mr. Burnett verwiesen worden waren.

Auch dieser Herr befand sich im Seebade Margate. Da es uns sehr darauf ankam, denselben vor unserer Abreise in die Industriebezirke zu sprechen, so beschloßen wir, ihn in Margate aufzusuchen; auf unsere telegraphische Anfrage wurde uns auch eine Unterredung, aber nicht für Sonntag, sondern für Montag bewilligt; dadurch haben wir den Sonntag verloren.

An Stelle des Mr. Burnett wurden wir am Sonnabend von Mr. R. Giffen vom Commercial Department of the Board of trade empfangen, der uns die werthvollen Berichte des Mr. Burnett über die Trades Unions pro 1887 und 1888 zur Verfügung stellte. Den Bericht pro 1889 und die folgenden Berichte haben wir für die Vereine bei der Regierungsbuchhandlung bestellt.

Von dem Board of trade begaben wir uns zur deutschen Botschaft, wo wir jedoch nur einen jungen Attache, den Bringen von Hohenlohe, antrafen. Um den Geh. Legationsrath Graf von Benden zu sprechen, der gegenwärtig den abwesenden Botschaftsvertritt, mußten wir um 5 Uhr uns wieder zur Botschaft begeben. Wir fanden zunächst freundliches Entgegenkommen unserer Bitten gegenüber, welche sich auf eine

„Weißt Du, ich hab' Dir leßthin ein Brot geliehen, gib' es mir zurück.“

Aber sie unterbrach sich; was sie sah, war nicht ermutigend: hier schien die Noth noch größer, als bei ihr. Die Levaque blickte stieren Auges auf die verlöschte Asche in ihrem Kamin; ihr Mann, den die Nagelschmiede betrunken gemacht hatten, schlief mit leerem Magen, das Haupt auf dem Tisch, seinen Kausch aus; Bouteloup rieb mechanisch seine Schultern an der Mauer, hilflos dreinschauend, denn seine Ersparnisse waren verzehrt und er hatte nichts mehr zu essen. „Ein Brot! O meine Liebe, ich wollte Dich gerade um ein zweites bitten!“

Ihr Mann heulte im Schlafe. Sie hieb ihm während das Gesicht auf den Tisch:

„Schweig, Du verstoffener Lump! Es geschieht Dir schon recht, wenn's Dir in den Gedärmen brennt, hättest Du lieber von Deinen Freunden zwanzig Sous geborgt, statt mit ihnen zu trinken.“

Und sie fuhr fluchend und scheltend durch das seit Wochen nicht aufgeräumte schmutzige Zimmer. Ihretwegen konnte Alles zu Grunde gehen, jetzt sei es ihr gleich. Ihr Sohn, dieser Lämmel, der Beber sei auch seit dem Morgen verschwunden; wenn er nicht wiederkäme, wollte sie ihrem Herrgott danken. Sich schlafen legen, sei noch das Beste, wenigstens hat man warm! Dabei versetzte sie Bouteloup einen Rippenstoß:

„Na wird's! Wir gehn zu Bett, hab' ich gesagt! Das Feuer ist ausgegangen; es ist nicht nöthig, Licht anzusteden, um die leeren Schüsseln anzugaffen der ver-münschte Säuser mag hier unten erfrieren, wenn's ihm gefällt!“

Die Maheude ließ die Weiden ins Schlafzimmer hinauffliegen, trat ins Freie und schritt entschlossen quer durch den Garten zur Pierronne hinüber. Sie hörte Lachen durch's Fenster, welches aber verstummte, sobald sie

Feuilleton.

[38

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Engl. autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Seine Frau hatte sich erhoben und blickte im Zimmer herum: War es möglich, daß sie gar nichts mehr hatten, nicht eine Rinde Brot und nichts, das sie hätten verkaufen können? Bald wird auch das Feuer verlöschen! — Sie hielt Alziren, welche sie am Morgen auf die Halde geschickt hatte, um verlorene Kohlenstücke zu sammeln, und die mit ihrem Korb heimgekommen war, erzählend, die Kompagnie beschließen, wenn sie auflasen, was jene wegwarf? Die Kleine weinte und sagte, ein Mann habe sie schlagen wollen; aber sie werde doch morgen noch einmal hingehen: er solle sie nur schlagen, das mache nichts.

„Und dieser Strich, der Jeanlin,“ rief die Mutter. „Ich frag' Euch, wo treibt sich der wieder herum? ... Er kommt unter suchen, man hätte ihn wenigstens unbereitet kommen gewährt, wie die Kühe; aber Ihr werdet sehen, er kommt nicht, schon gestern Nacht ist er ausgeblieben. Ich weiß nicht, was er eigentlich anstellt, aber er sieht nie so aus, als wenn er Hunger hätte.“

„Vielleicht bettelt er auf der Landstraße,“ sagte Stephan.

Sie schüttelte, außer sich, beide Fäuste:

„Himmel, wenn ich das wüßte! ... meine Kinder betteln! Lieber möchte ich erst sie umbringen und dann mich selbst.“

„Raben war wieder in sich zusammengesunken. Leonore und Heinrich fingen an, leise zu weinen, weil man kein

Abendbrot ab; während der alte Bonnemort philosophisch die Zunge im Mund rollte, um seinen Hunger zu beschwichtigen. Niemand sprach mehr; alle verharrten in stumpfen Brüten. Der Großvater hustete und spie in die Kohle; seine Beine hatten wieder angefangen, zu schmerzen, der Rheumatismus schien in Wasserfucht ausgeartet. Auch Maheude's Kniee waren geschwollen und das Athmen wurde ihm schwer; die Mutter und die Kinder litten von ihren Stropheln und ihrer Bleichsucht. So lange man zu essen hatte, ertrugen sie diese Leiden, welche ihr Gewerbe mit sich brachte; jetzt aber schienen Alle dieselben doppelt schwer zu empfinden. Schon waren Einige im Dorfe bettlägerig geworden, Mehrere waren gestorben. Was sollte das werden? Etwas mußte geschehen, aber was, Gott, was?

Das Dunkel begann traurig und schwer das Zimmer zu umhüllen. Stephan hatte lange geögert; endlich sagte er mit gebrochener Stimme:

„Variet auf mich, ich will irgendwo versuchen, etwas zu finden.“

Und er ging. Er hatte an die Mouquette gedacht, sie mochte vielleicht etwas Brot haben und würde es gerne mit ihm theilen. Aber es schmerzte ihn, daß er genöthigt war, zu ihr zurückzukehren; sie wird ihm wieder in ihrer demüthigen Art die Hände küssen! Und doch lenkte er seine Schritte nach Requiart, denn er konnte die Freunde nicht so leiden sehen, und er nahm sich vor, selbst zärtlich mit ihr zu sein, wenn es sein mußte.

„Ich will auch etwas versuchen!“ sagte die Maheude.

Sie verließ ebenfalls das Haus, die Thüre mit nervöser Bestimmtheit hinter sich zuschlagend; während die Anderen beim Schein eines Lichtes, das Alzire angezündet hatte, unbeweglich und stumm sitzen blieben. Draußen überlegte sie einen Augenblick, dann trat sie ins Haus der Levaque:

Einführung bei Herrn Mundella, bei dem Lord-Mayor und bei dem Chef der Polizei richtete. Der Herr Graf erbot sich sofort, uns am Montag persönlich zu den beiden letztgenannten Stellen zu begleiten und nach unserer Rückkehr auch bei Mr. Mundella einzuführen. Im Laufe der Unterhaltung boten wir den genannten Herrn, uns mitzuheilen, wie man in den maßgebenden Kreisen Englands über die gegenwärtige Arbeiterbewegung, namentlich im Hinblick auf eine eventuelle Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen unter den englischen Arbeitern denke. Nach der Ansicht des Herrn Grafen glaubt man in den englischen Regierungskreisen nicht an das Vordringen der Sozialdemokratie — der kontinentalen — in England; man meine, und der Herr Staatsrath schlochte diesem Urtheil bei, daß der Sozialismus, dem Charakter des Volkes entsprechend, in England eine andere, weniger gefährliche Form annehme. Auf Burns, den Führer der Dockarbeiter während des Streiks, als auf einen Sozialdemokraten im vollen Sinne des Wortes, und auf dessen Streben, die bisher unorganisierten Massen zusammenzufassen, aufmerksam gemacht, meinte Herr Graf von Leyden, daß Burns nicht nach seinen vor dem Volke gehaltenen Reden beurtheilt werden dürfe. Er, der Herr Graf, charakterisierte in Uebereinstimmung mit den englischen Regierungskreisen, Burns als einen Mann, dessen Trachten lediglich auf die Erreichung einer Position gerichtet sei. Bereits jetzt brauche er nicht mehr zu arbeiten, er befinde sich in verhältnismäßig ganz guter Lage; unzweifelhaft werde er demnächst in das Parlament gewählt werden, sich in diesem den Radikalen anschließen, allmählich aber weiter nach rechts gehen, wie es bereits Mancher vor ihm gethan habe, und so suchen, zu einer Stellung zu gelangen.

Natürlich richtete sich die Unterhaltung auch auf den Streik selbst, wobei wir unserem Erstaunen darüber Ausdruck gaben, daß in England, dem Lande, in welchem dem Gesetze sonst die größte Achtung gezollt wird, die streikenden Arbeiter durch Wachen diejenigen Leute, welche arbeiten wollten, in frevelhaftester Weise terrorisiren und schließlich mißhandeln konnten. In dieser Beziehung meinte der Herr Graf, daß die Polizei in London zwar sehr gut, aber viel zu schwach sei, um einen ernstlichen Konflikt mit den Arbeitern im Osten der Stadt durchkämpfen zu können. Die Polizei werde in London als Jedermanns Freund betrachtet und diese Rolle sei sie auch bestrebt gewesen, während des Streiks aufrecht zu erhalten, da sie wohl erkannt habe, daß sie niemals im Stande gewesen wäre, allein einen ernstlichen Konflikt mit den Arbeitern durchzukämpfen.

Von den freundlichen Anerbietungen des Vertreters der deutschen Botschaft am Montag Gebrauch zu machen, waren wir leider nicht in der Lage, da wir, wie bereits bemerkt, Mr. Burnett in Margate aufsuchen mußten; wir beehielten uns vor, bei unserer Rückkehr nach London auf die betreffenden Besuche zurückzukommen.

In Mr. Burnett fanden wir einen, in seiner Erscheinung und seinem Auftreten außerordentlich einfachen, aber höchst intelligenten, ruhig und scharf urtheilenden Mann, der das besonders von ihm bearbeitete Gebiet, die Trades Unions, vollkommen zu beherrschen scheint.

Für die Trades Unions besteht ein gesetzlicher Zwang, ihre Berichte dem Board of trade einzurichten und demgemäß beziehe sich der letzte amtliche Bericht des Mr. Burnett nur auf 104 Trades Unions mit rund 325 000 Mitgliedern, während der genannte Beamte die gesammte Zahl der bestehenden Trades-Unions auf ca. 350 mit etwa 750 000 Mitgliedern schätzt.

Jene 104 in dem Bericht des Mr. Burnett aufgeführten Trades-Unions hatten 1888 eine Einnahme von 745 000 Pfd. St. gegenüber einer Ausgabe von 596 000 Pfd. St. Im Jahre 1887 hatte die Ausgabe 713 000 Pfd. St. betragen wegen des schlechten Ganges der Industrie und der infolge dessen in großem Umfange erforderlichen Unterstützung an arbeitslose Mitglieder. An erpartem Kapital besaßen die 104 Trades-Unions in 1888 708 000 Pfd. St., die vereinigten engeneers allein 180 000 Pfd. St.

Mr. Burnett ist der Meinung, daß die Entwicklung, welche die Arbeiterbewegung in England auf Grund der Wirksamkeit der Trades Unions genommen hat, dem früheren Zustande durchaus vorzuziehen sei. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital habe damals, als die Organisation unter den Arbeitern entweder noch ganz fehlte, der noch nicht so fest ausgefaltet war, wie in der Gegenwart, unter Beihülfe der äußersten Feindseligkeit besonders seitens der Arbeiter zu den schwersten wiederkehrenden Streiks geführt, die nach beiden Seiten verheerend wirkten. Dieser höchst traurige Zustand habe in der Hauptsache ausgehört, seitdem sich die Arbeitgeber gezwungen sehen, die Trades-Unions beziehungsweise deren Vertreter anzuerkennen und mit ihnen, als mit einer vollkommen gleichberechtigten Partei, zu verhandeln.

Die Leiter der Trades Unions verfolgen zwar mit äußerster Ausbietung ihrer Macht und unentwegter Konsequenz, als allem voranzustellendes Ziel, die Verbesserung der Lebens-

haltung der Arbeiter; aber, nach der Ansicht des Mr. Burnett sind sie andererseits auch voll davon überzeugt, daß Kapital und Arbeit zusammen gehören, daß hier nicht entgegengesetzte, sondern gemeinsame Interessen vorliegen. In dieser Beziehung unterscheiden sie sich vollkommen von unseren Sozialdemokraten. Daher wird jetzt bei aufkommenden Differenzen nicht die Arbeit sofort niedergelegt, sondern es wird, wenn auch oft in langen und schwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter die Verständigung gesucht und meistens gefunden. Vielfach ist dieses Resultat erst auf Grund des Schiedspruches eines Vertrauensmannes zu erreichen, der dann aber auch von beiden Parteien anerkannt wird. Willig gab Mr. Burnett zu, daß nur der Schiedspruch Aussicht auf Anerkennung habe, der in richtiger Erkenntnis des Umstandes abzugeben werde, auf welcher Seite gerade, nach Lage der wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse, die Macht liege. Nehme der Schiedspruch auf dieses Verhältniß nicht in feinfühligster Rücksicht, so komme es früher oder später doch zu offenen Kämpfen, die sich dann in Streiks betheiligen; diese Fälle sind seit längeren Jahren aber sehr selten geworden. So sind beispielsweise in der nördlichen Eisenindustrie, innerhalb welcher die verschieden gestalteten boards of arbitration in größter Vollkommenheit ausgebildet worden sind, seit ca. 16 Jahren größere allgemeine Streiks nicht vorgekommen.

Den Angelpunkt dieser von ihm als segensreich bezeichneten Wirksamkeit der Trades Unions erblickt auch Mr. Burnett in der Autorität, welche die Leiter der Trades Unions auf ihre Mitglieder und mittelbar auch auf die nicht organisierten Massen der Arbeiter ausüben. Im Gegensatz zu den Ansichten, die von Mr. David Dale und von anderen Arbeitgebern bei Herrn Dougson und uns gegenüber geäußert waren, giebt Mr. Burnett zu, daß ein Theil dieser Autorität auf die Unterstützungen zurückzuführen sei, welche die Trades-Unions ihren Mitgliedern bei Krankheit, Unfällen, Invalidität und im Falle der Arbeitslosigkeit gemäßen. In der Hauptsache aber beruhe die Autorität doch auf dem Ansehen, welches die Leiter genießen und auf der moralischen Kraft, welche sie ausüben. Der englische Arbeiter, der diese Männer aus freiem Willen in ihre leitende Stellung eingesetzt habe, betrachte es als Ehrensache, sich ihren Entscheidungen zu unterwerfen, auch wenn sie gegen sein vermeintliches Interesse ausfallen.

Auch in einer anderen Beziehung wich das Urtheil des Mr. Burnett von dem, was wir bisher gehört hatten, nicht unwesentlich ab. Derselbe bezeichnete nämlich die Ansicht, daß die Sozialdemokratie in kontinentalem Sinne in England noch nicht eingedrungen sei, und auch keine Aussicht habe, einzudringen, als optimistisch und demgemäß den Thatsachen nicht entsprechend. Er gab zu, daß wirkliche sozialdemokratische Führer mit einem gewissen Anhang vorhanden seien. Sozialdemokraten gäbe es in allen Trades-Unions, wenn auch vorläufig noch in sehr geringer Zahl. Auch in den Trades-Unions als solchen sei eine gewisse Hinneigung zur Sozialdemokratie nicht zu verkennen. So sei die Vereinigung der Londoner Seiger, welche noch vor 3 Jahren einen ganz entschiedenen konservativen Charakter gehabt habe, jetzt in ihrer Gesammtheit von sozialdemokratischen Ideen erfüllt. Bei dem guten Gange der Industrie mache diese Bewegung im Allgemeinen nur geringe Fortschritte, und in der Erkenntnis, daß die gegenwärtigen Verhältnisse der Agitation nicht günstig seien, hätten auch die Führer einen viel milderen Ton angeschlagen. Bei dem Wiedereintritt schlechterer Zeiten fürchte er aber, daß die Bewegung größere Dimensionen annehmen könnte. Dagegen glaube er aber, daß das Streben des Mr. Burns gelingen werde, die jetzt unorganisierten Berufsweige in über das ganze Königreich ausgedehnte Vereinigungen zusammen zu fassen, die vielleicht mit unseren deutschen Fachvereinen verglichen werden könnten. Diese Vereinigungen müßten zusammenbrechen, da sie im Gegensatz zu der ganzen aus lokalen Verbänden und der Selbstthätigkeit ihrer Mitglieder beruhenden Entwicklungsgeschichte der englischen Arbeiterbewegung und auch zu dem Charakter der englischen Arbeiter ständen.

Ueber Mr. Burns lautete das Urtheil des Mr. Burnett übrigens durchaus abweichend von demjenigen des Herrn Grafen von Leyden. Burns sei, so meinte Mr. Burnett, seiner Zeit einer der rabiatesten Sozialdemokraten gewesen, die er je gekannt habe, dies aber aus innerer Ueberzeugung. Wenn er sich jetzt gemäßig habe, so sei diese Wandlung wesentlich auf den Umstand zurückzuführen, daß sich bei ihm mit seiner Mitgliedschaft beim town Council das Gefühl der Verantwortung gesteigert und auch mehr und mehr die Erkenntnis eingefunden habe, daß die jetzige Ordnung der Dinge doch nicht ganz so schlecht sei, wie er früher angenommen habe.

Uebrigens berichtete Mr. Burnett auch den viel verbreiteten Irrthum, daß Mr. Burns den Streik der Dockarbeiter angezettelt habe. Erst etwa acht Tage nach Ausbruch desselben habe Burns sich als Leiter an die Spitze gestellt, dann aber mit solchem Erfolge, daß sein Ansehen unter den Arbeitern dadurch wesentlich gehoben sei.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Mr. Burnett ver-

möge seiner Vergangenheit und jetzigen amtlichen Stellung wohl geeignet sein dürfte, sich ein klares Urtheil über die vorstehend behandelten Fragen zu bilden; die Unterhaltung mit ihm, die über eine Stunde gewährt hatte, ist demgemäß auch außerordentlich anziehend und von großem Interesse für uns gewesen.

Von Margate zurückgekehrt, benutzten wir noch den Abendtag, um nach York zu gelangen. Am anderen Morgen, Dienstag, den 1. Oktober, begaben wir uns nach Derlington und Middlesborough.

In Derlington suchten wir, der getroffenen Verabredung gemäß, Mr. David Dale auf, der uns eine Reihe von Einführungen in Aussicht gestellt hatte. Zunächst aber stellte er uns in Mr. Trow den Sekretär der Association of the iron and steels workers of Great Britain vor. Auf die höchst anziehende Unterhaltung, die wir mit diesen beiden Männern hatten, werden wir später zurückkommen.

Von Derlington fuhren wir nach Middlesborough, wo wir auf Grund der von Mr. David Dale erhaltenen Empfehlungen die folgenden Herren aufsuchten: Mr. Hugh Bell, Sohn des augenblicklich in Paris weilenden Sir Lothian Bell; Mr. Wimpenny, Sekretär der Association of the employers of manufactured iron trade; Mr. Dennington, Sekretär der iron owners association; Mr. Snow, den Sekretär der vereinigten Dockarbeiter fanden wir nicht zu Hause.

Die Einführung durch Mr. David Dale erwies sich insofern außerordentlich wirksam, als alle diese Herren uns freundlich und bereitwillig Gelegenheit gaben, die uns interessierenden Punkte eingehend zu erörtern.

In Bezug auf die, immer von uns an die Spitze gestellte Hauptfrage, in welcher Weise der jetzige Zustand — der mehr und mehr sich geltend machende Gleichberechtigung der Arbeiter und die Wirksamkeit der boards of arbitration, wie die ganze mächtige Stellung der Trades-Unions — auf den Gang der Industrie eingewirkt habe und ob dieser Zustand von den Industriellen als befriedigend angesehen werde, wurde uns von allen Seiten geantwortet, daß die Einwirkung durchaus günstig und der Zustand befriedigend sei.

Daß Herr David Dale von dieser Ansicht voll durchdrungen ist, haben wir bereits berichtet. Bei ihm sowohl wie bei den Sekretären konnten wir aber wohl eine gewisse Besorgnismöglichkeit voraussehen, da diese Herren mitten in der Bewegung stehen und zu den Förderern des jetzigen Zustandes gehören. Um so wichtiger mußte es für uns sein, die Ansicht des Herrn Hugh Bell als diejenige eines Mannes zu hören, dessen Urtheil lediglich vom Standpunkte des Industriellen und des Arbeitgebers zu erörtern war.

Mr. Hugh Bell, in dem wir zum ersten Male einen deutsch redenden Engländer fanden, meinte, daß er sich, wenn er sich Utopien hingeben wollte, wohl einen idealeren Zustand, als den gegenwärtigen denken könne; einer realen Auffassung huldigend, müsse er aber die Entwicklung des jetzigen Verhältnisses und dieses selbst, als den natürlichen Umständen, mit seinen Wünschen entsprechend und demgemäß für durchaus befriedigend erachten.

Von jeher haben sich die niederen Klassen, wenn immer sie zum Bewußtsein ihrer Macht gelangten, auch als die Stärkeren und Machtvolleren erwiesen. In England haben die Arbeitgeber die größere Macht der Arbeiter anerkannt und sie dadurch zu zügeln verstanden, daß sie sich auf vollkommen gleichen Fuß mit ihnen gestellt und durch die Geltendmachung von Vernunftgründen dem Arbeiter zur Anerkennung der gegenseitigen Interessen geführt habe. Diesen Weg bezeichnete Herr Hugh Bell mit äußerster Entschiedenheit als den einzigen, der nicht nur in England, sondern auch in den anderen Industrieländern, besonders in Deutschland eingeschlagen werden müsse, wenn man sich der Hoffnung hingeben wolle, zu befriedigenden Arbeiterverhältnissen zu gelangen. Freilich sei viel Selbstleugnung und andauernde Nachsicht und Duldsamkeit in dem Verkehre mit Arbeitern erforderlich; der Erfolg aber werde niemals ausbleiben, denn der Arbeiter entziehe sich der Einwirkung konsequent vorgelegter Vernunftgründe nicht, auch werde er in dem Verkehre mit dem Arbeitgeber stets höflicher und umgänglicher, wenn dieser seine volle Gleichberechtigung anerkenne und ihn demgemäß behandle.

Eine solche Entwicklung aber, wie sie die Arbeiterbewegung in England genommen, sei nur denkbar, wenn sie lediglich aus sich selbst herorgegangen sei. Jeder Eingriff von autoritativer Seite sei entschieden als verberblich zurückzuführen, denn er mache den Arbeiter nur mißtrauisch und werde niemals Erfolge erzielen können.

In dieser Beziehung waren die Ansichten der Herren, die mir bisher gesprochen haben, vollkommen übereinstimmend. Herr Hugh Bell führte hierzu als Beispiel weiter an, daß niemals den Versuch machen würde, durch irgend welche Mittel das Ansehen eines anerkannten und beliebten Arbeitgebers zu heben oder zu erhöhen, da er auch hierdurch nur Mißtrauen hervorrufen würde.

Diese Ausführungen wurden von Mr. Hugh Bell so-

an die Thür klopfte. Es dauerte lange, ehe man ihr öffnete.

„Ach, Du bist es!“ rief die Pierronne, eine freudige Ueberraschung heuchelnd. „Ich glaubte, es sei der Arzt.“

Und ohne die Andere zum Worte kommen zu lassen, fuhr sie, auf ihren vor dem Ramin sitzenden Mann deutend, fort:

„Es geht ihm schlecht, immer noch sehr schlecht! Im Gesicht sieht man's ihm nicht an, aber im Bauch, da arbeitet es! Er braucht viel Wärme und man verbrennt Alles, was man hat!“

Pierron sah vortrefflich aus, er hatte eine blühende Farbe, war rund und fett; aber er pufete und stöhnte, um den Kranken zu spielen. Es roch nach Kaninchenbraten; sie mußten die Schüsseln weggeräumt haben; Brotkrümen lagen auf dem Tische; plötzlich erblickte die Maheube eine vergessene Flasche Wein.

Die Mutter ist nach Montsou gegangen, um zu sehen, ob sie etwas Brot bekommen kann,“ hub die Pierronne wieder an. „Wir sitzen hier und warten auf ihre Heimkunft.“

Die Stimme versagte ihr, sie hatte den Blick der Nachbarin verfolgt und ebenfalls die Flasche entdeckt; aber sie erholte sich rasch:

„Ja, das ist Wein; die Bürger von der Violaine haben ihn mir für meinen Mann gebracht, weil ihm der Arzt Bordeaux verordnet hat. Ach, das sind wohlthätige liebe Leute, das Fräulein besonders, und gar nicht stolz, sie geht selbst zu den Arbeitern und theilt ihre Gaben unter sie aus!“

„Ich weiß“, antwortete die Maheube, „ich kenne sie.“ Dabei dachte sie daran, wie doch die Wohlthaten immer zu den am wenigsten Bedürftigen kommen; die Bürger von der Violaine hätten Wasser in den Kanal getragen! Und wie kam es nur, daß sie das Fräulein nicht gesehen hatte? Dasselbe würde ihr vielleicht auch etwas geschenkt haben.

„Ich war gekommen“, gestand sie endlich, „um zu sehen, ob es Euch nicht etwas besser geht, wie uns. Daß Du nicht

vielleicht wenigstens eine Hand voll Radeln, die Du mir leihen könntest?“

Die Pierronne that trostlos und ganz verzweifelt: „Nicht das Geringste, meine Theure, nicht einen Orieskorn... Die Mutter kommt auch nicht, wahrscheinlich hat sie kein Brot bekommen und wir müssen uns hungrig schlafen legen.“

Aus dem Keller jammerte eine weinende Stimme herauf; die Pierronne schlug wüthend an die Thüre: es war dies liebliche Mädchen, die Lybia, die sie eingesperrt hatten, weil sie sich bis fünf Uhr Abends herumgetrieben.

„Man kann sie nicht mehr bändigen,“ setzte die Frau hinzu, „sie verschwindet fortwährend.“

Die Maheube blieb mitten im Zimmer; sie konnte sich noch nicht entschließen, fortzugehen; das große Feuer erfüllte sie mit einem schmerzlich wohligen Gefühl, und der Gedanke, daß man hier reichlich zu essen hatte, machte sie noch hungrier. Gewiß hatten sie das Kind eingesperrt, um in Ruhe ihre Kaninchen zu verzehren. Ach, man mag reden, was man will, wenn eine Frau lächerlich ist, das bringt dem Hause noch das allermeiste Glück!

„Gute Nacht!“ rief sie plötzlich und lief davon.

Draußen war es jetzt dunkel und der Mond warf hinter den Wollen hervor ein trübes Licht auf die Erde. Statt durch die Gärten zurückzugehen, machte sie einen Umweg bis auf die Straße; sie wagte nicht, ihre Wohnung zu betreten und schritt das Dorf entlang. Die Häuser lagen wie ausgestorben, alle Thüren schien das Gespenst des Hungers zu umschleichen. Warum sollte sie bei den Andern anknöpfen, die Alle litten wie sie? Seit Wochen schon war selbst der Zwiebelgeruch verschwunden, der sonst weit über die Felder hinaus die Nähe des Arbeiterdorfes verrieth; jetzt roch's nach leeren alten Kellern, nach feuchten Löchern, wo nichts lebt. Dumpfe Klagen drangen durch die Mauern, erstichte Thränen und unterdrückte Männerflüche; dann wurde es still: die matten Leute warfen sich mit verzweifelter Schmerz auf ihr Lager, und ihre leeren Mägen äfften den nervlosen Schlummer mit ängstlichen Traumbildern.

Als die Frau bei der Kirche vorüber ging, schloß Lemond an ihr vorbei. Sie erkannte den Pfarrer von Montsou, den Abbé Joire, der Sonntags im Dorf bei Boreux die Messe las. Er kam aus der Sakristei, wobei ihn irgend ein Geschäft mochte gerufen haben; mit runden Rücken lief er hurtig dahin, fett, milde und fromm. Er hatte wohl die Nachstunden zu seinem Gang durchs Dorf gemöhlt, um nicht von den hungernden Arbeitern gesehen und angebettelt zu werden; denn er wollte sich nicht compromittiren. Man erzählte, er sei avanziert worden, man habe ihn bereits mit seinem Nachfolger gesehen, einem geringeren Abbé mit brennend rothen Augen. Die Maheube eilte ihm nach:

„Geistlicher Herr! Geistlicher Herr!“ stotterte sie. „Guten Abend, meine liebe Frau,“ und er entschloß sich hastig durch's Dunkel.

Sie stand wieder vor ihrer Thüre. Ihre Beine trugen sie nicht weiter; sie trat ein.

Alle befanden sich noch auf demselben Platze. Maheube hing an der Kante des Tisches; der alte Bonnemort und die Kleinen hockten auf der Bank, eng aneinander gedrückt, um sich zu erwärmen. Sie hatten kein Wort gesprochen; das Licht war langsam heruntergebrannt, bis es erloschen. Die Kinder blühten hungrig nach bei Mutter; als dieselbe mit leeren Händen eintrat, senkten sie stumm und starr das Haupt, ihre Thränen hinabwürgend, damit man sie nicht schlage. Die Maheube war auf ihren Platz neben dem verglimmenden Feuer gesunken. Niemand fragte sie; Alle hatten verstanden und fanden es unnöthig sich noch durch Reden zu ermüden. Sie warteten, ohne Hoffnung in den fixen Blicken, auf Stephan; Minuten auf Minuten verstrichen, und die Nacht erstarrte in eisiger Kälte.

Als Stephan endlich kam, brachte er, in ein Tuch gewickelt, zwölf gekochte kalte Kartoffeln:

„Das ist Alles, was ich gefunden habe!“ Bei der Mouquette gab es auch kein Brot mehr, und diese Kartoffeln waren ihr Abendessen gewesen, das sie unter lebensfähigsten Rassen gezwungen hatte, anzunehmen.

untenbar
daß wir
jetzigen
wollen
Blau
Bell, daß
er denke;
ne
im, owner
aus der
Welle
und schließlich
sich sei
aus der
höher in
den Herrn
er soll und
niemals in
nicht in
gültig ge
In Bey
David Dale
ihm wä
Schwierig
In A
müßig
lange rich
vertreter
Partei we
beutend
sozialist
dem Wesen
gab man
mit vollem
Dies w
rangern
Der Mann
tungsvo
auch das
Journal“
In
Lorgre
sozialdem
sage, sol
einer Trade
so würde
denoqu
etwa 20 Ja
ausgetret
man besser
das Verh
In w
den Jamm
welchen St
in und bere
schon sei
Frage, w
daß solch
brachte, die
werden mü
liche Uebere
Arbeitern b
schlechte di
wir müßten
mit außer
organisator
her Arbeit
us Verlang
us denen
alle und t
er aber
Männer a
einander w
Mit d
lären der
sächlich übe
arbitration
halten. N
des Herrn
zial und
licht wurde
zu erlangen
heben sich
wirtschaftl
abhangl
lich weit zu
Luch
gemein, d
es unter d
Wir halten
sich da
halten.
Dr. L

Die
ihn zurück
„Da
Es
wie die
Wasser und
mehr zu
Portion,
nehmen,
der Tisch
sehr hung
Siep
langen B
Streichend
Krieg auf
frakturi
Kanzel
am nächst
fast voll
Magdalen
aufgeben
Wasser tief
„Be
süchtig w
Und
leidbebend
im „No
wohlan i
Dies
hastigen
das alte
arbeiter
stand geg
„Ja
hingeh
Und
„W
den Berro

Politische Uebersicht.

Die Londoner Ausgabe des „New York Herald“ veröffentlicht den Wortlaut des von Stanley an den britischen Konful in Sansibar gerichteten, Mwanza, den 11. November, datirten Schreibens. Einem dem „Berl. Tgl.“ zugegangenen Telegramm zufolge schreibt Stanley:

Bei einer Expedition, die wir am 9. November abhielten, zählten wir 750 Personen, darunter 240 Leute Emins, unter diesen 50 Kinder, meist Waifen egyptischer Soldaten. Seit unserem Abmarsch von Victoria-Nyanza starben 18 von Emin's Leuten und ein Sansibarite von feindlichen Eingeborenen getödtet.

Bei jeder Expedition, die ich bisher geführt habe, wurden die Arbeiten leichter, je näher wir der Küste kamen; ich kann aber diesmal nicht dasselbe sagen. Die lange Reihe der Gänge-mattenträger erzählt eine andere Geschichte, und ehe wir die armen Kranken an Bord der Schiffe bringen, wird es für uns keine Ruhe geben. Das Schlimmste ist, daß wir in Sansibar nicht das volle Maß unserer Arbeit werden zeigen können; die Kranken schlüpfen aus unsern Händen und sterben in den Gänge-matten, nachdem wir sie Laufende von Meilen getragen haben, während rechts und links um sie gekämpft, die Warras von unsern Leuten über einen Hügel nach dem anderen getrieben wurden; die Mutter des Daniel, eine alte Frau von 75 Jahren, starb in dieser Weise. Südlich vom Victoria-Nyanza hatten wir die aufregendsten vier Tage, wir mußten tagtäglich beständig kämpfen; die thörichten Eingeborenen fasten ein unüberwindliches Vorurtheil gegen Emin's Leute, welche sie für Menschenfresser hielten, die mit schlechten Absichten gekommen seien. Neben halb nichts, jeder Versuch, sie eines Besseren zu belehren, versetzte sie in unsagbare Wuth, sie stürzten sich wie toll auf uns und mußten dafür leiden.

Ich wurde davon unterrichtet, daß auf dem Wege nach der Küste über Simbabwene Ueberfluth an Nahrungsmitteln herrscht, das war höchst wichtig für uns, und ich entschied mich für diese Route, da, was die Gefahr eines Angriffs durch die Eingeborenen betrifft, ein Weg so schlecht ist wie der andere.

Stanley schließt, indem er erzählt, daß er und Emin die für die Afrika-Forschung wirklich werthvolle, unerwartete Entdeckung gemacht haben, daß der Victoria-Nyanza sich nach Südwesten viel weiter ausdehnt, als man bisher wußte. So weit, daß dieser See 2 Gr. 48 Min. südl. Br. reicht und sich dem Tanganika auf 155 englische Meilen nähert und die Fläche des Victoria-Nyanza sich auf 26 000 englische Quadratmeilen erhöht.

Ans Votshappel enthält das „Sächs. Wochenbl.“ folgende Korrespondenz: Nichts Neues, also auch nichts Gutes vom Herrn Fabrikinspektor. Ein Arbeiter der Königs-Friedrich-August-Hütte hatte im Jahresschein der Tischler für Votshappel mitgetheilt, daß auf vorgenanntem Werke Sonntag, den 27. Oktober, Nachmittags in der dritten Stunde gearbeitet worden wäre und daß es jedenfalls Guckpuder gewesen wären. Dabei hatte derselbe auch unter Anderem gesagt, die Arbeiter müßten ihre Ziele zu erreichen suchen und sei es ganz gleichgültig, wenn dabei auch einige Arbeiter zu Grunde gingen. Diese allerdings höchst aufregenden Aeußerungen boten nun die bequeme Handhabe, wieder einen gefährlichen Wähler auf die Straße zu setzen und ihn die Hungerpeitsche fühlen zu lassen. Am 13. dieses Monats erschien ein Beamter der Gewerbeinspektion im Auftrage des Gewerbeinspektors bei dem Direktor der Friedrich-August-Hütte und theilte demselben alle diese gefährlichen Aeußerungen mit. Hieraus wurde der Arbeiter gerufen und in Gegenwart des Direktors in ein hochnothwendiges Verhör genommen. In Bezug auf die Sonntagsarbeit wurde nun allerdings festgestellt, daß es in diesem einem Falle nicht Guckpuder waren, sondern eine Reparatur am Ofen, zu welcher die behörliche Erlaubniß eingeholt worden war. Der Arbeiter erklärte sich darauf auch bereit, das Unrichtige seiner Behauptung in der nächsten Jahresscheinsammlung zurückzunehmen. Das Examen erstreckte sich aber ganz unredlicher Weise auch auf die andre, hier angeführte Aeußerung, die Herr Friesen als ganz frivol bezeichnete; außer verschiedenen ganz niederträchtig höhnenden Bemerkungen erlaubte sich der Herr schließlich an den Arbeiter das Anstöhnen zu stellen, auch diese Aeußerung öffentlich zurückzunehmen, wofür er jedoch die gebührende Antwort erhielt. Erwähnt sei hier noch die Bemerkung des Direktors: „Es ist dauerlich, daß dieser Mann sich auf der Friedrich-August-Hütte eingeschlichen hat.“ Damit war das erste Verhör beendet. Am andern Morgen wurde der Arbeiter nochmals vor den Direktor gerufen und nachdem derselbe mit vielem Pathos recht vernommene Ansichten über Ehre, über das Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber u. zum Besten gegeben, hieß es: „Solche Wähler dulde ich auf der Friedrich-August-Hütte überhaupt nicht und wenn ich genügt hätte, wer Sie sind, dann wären Sie gar nicht erst hereingekommen, gehen Sie Ihre Wege!“ Ein Fabrikinspektor, wie er sein soll, hätte freilich etwas anders gehandelt. Er war wohl berechtigt und verpflichtet, die Angelegenheit der Sonntagsarbeit zu untersuchen, er war aber nicht, wir wollen mal sagen, verpflichtet, den Arbeiter zu nennen und ihn in Gegenwart seines Arbeitgebers darüber und über seine politischen Anschauungen zu examinieren. Herr Siebdrat, in dessen Auftrag dies geschah, weiß ganz genau, daß er den Arbeiter dadurch außer Arbeit bringt. Wir sind zwar dergleichen von unserm Fabrikinspektor gewöhnt und es ist dies, wie bereits oben gesagt, nichts Neues, und man kann von ihm, der Zeit übrig behält, mit einer Dampfgesellschaft eine Vergnügungsfahrt nach Hamburg zu machen, gar nichts anderes erwarten, aber anregen müssen wir die Fälle dennoch immer wieder, um es den Arbeitern klar zu machen, für wen Herr Siebdrat eigentlich da ist. Weiteres über die Zustände auf der Friedrich-August-Hütte, auch über Sonntagsarbeit, folgt nachhins.

In Jöllen und gemeinschaftlichen Verbandsrechnungen sowie anderen Einnahmen im Deutschen Reich sind für die Zeit vom 1. April 1889 bis zum Schluß des Monats Oktober 1889 folgende Einnahmen zur Aufschreibung gelangt: Jölle 211 149 062 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 45 015 570 M.), Tabaksteuer 4 977 094 M. (+ 238 978 M.), Zuckermaterialsteuer 41 436 082 M. (+ 45 248 352 M.), Verbrauchsabgabe von Zucker 23 898 576 M. (+ 21 677 070 M.), Salzsteuer 22 188 487 M. (+ 110 687 M.), Maßbottich- und Branntweinmaterialsteuer 1 659 059 M. (+ 2 340 223 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 64 418 835 M. (+ 6 138 935 M.), Brau- steuer 15 076 688 M. (+ 1 761 713 M.), Uebergangsabgabe von Bier 1 774 684 M. (+ 234 464 M.), Summe 303 704 603 M. (+ 122 765 992 M.). Spielleisten- stempel 646 525 M. (+ 26 510 M.), Wechselstempelsteuer 4 295 292 M. (+ 327 189 M.), Stempelsteuer für a. Ver- schaffungs- b. 3 345 790 M. (+ 2 073 827 M.), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 8 144 797 M. (+ 1 238 613 M.), Poole zu Privatlotterien 361 187 M. (+ 121 948 M.), Staatslotte- rien 3 989 589 M. (+ 169 218 M.), Post- und Telegraphen- verwaltung 121 898 390 M. (+ 8 814 000 M.), Reichs- seifen- bahnverwaltung 31 536 000 M. (+ 1 427 100 M.). Die zur Reichs-Post gelangte Post-Einnahme abzüglich der Ausfuhr- erlösen und Verwaltungslosten beträgt bei den nachbe- zeichneten Einnahmen bis Ende September: Jölle 188 009 226 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 46 280 604 M.), Tabaksteuer 6 937 508 M. (+ 645 335 M.), Zuckermaterialsteuer 11 616 512 M. (+ 3 547 798 M.), Verbrauchsabgabe von Zucker 24 823 432 M. (+ 24 930 226 M.), Salzsteuer 20 478 454 M. (+ 408 551 M.), Maßbottich- und Branntweinmaterialsteuer 9 959 949 M. (+ 930 018 M.), Verbrauchsabgabe von Brannt- wein und Zuschlag zu derselben 52 622 658 M. (+ 15 884 869

M.). Brausteuer und Uebergangsabgabe an Bier 14 315 801 M. (+ 1 703 406 M.); Summe 328 763 588 M. (+ 84 627 451 M.). — Spielleistenstempel 616 175 M. (+ 30 368 M.).

Großbritannien.

London, 21. November. Zum ersten Male ist jetzt ein Klaubuch über Streiks und Arbeitsperren (lock-outs) veröffentlicht worden, und zwar für das Jahr 1888. Interessant ist die Mittheilung, daß bereits im Jahre 1846 Streiks so häufig waren, daß in einer Woche nicht weniger als 50 vorkamen — wahrscheinlich waren sie damals häufiger als jetzt. Das Jahr 1888 zeigte in allen Geschäftszweigen steigende Preise und die Streiks waren daher zahlreich und in der Regel nicht lang dauernd. Im Ganzen werden 509 Streiks berichtet. An 328 Streiks waren 109 951 Arbeiter befreit, und Purdett, der Arbeits-Korrespondent des Handelsamtes, berechnet den durchschnittlichen Verlust an Löhnen auf 3 Mrl. 6 Sh. 6 D. per Kopf, zusammen auf 365 587 Mrl. Inwiefern die Trade Unions diesen Verlust ausgeglichen haben, läßt sich nicht genau feststellen. Von 104 Unions antworteten auf eine diesbezügliche Anfrage nur 39, welche für Streikwende 32 720 Mrl. ausgeben haben, d. h. es wird nicht, wie man meist irrtümlich annimmt, ein bedeutender Bruchtheil der Gelder der Trade- Unions für Streikwende verausgabt. Von 123 Arbeitgebern wurde ange- geben, daß das durch Streiks unproduktiv gemachte Kapital über 6 Mill. Mrl. betrug. Von den 509 Streiks waren 249 vollständig erfolgreich, 94 theilweise erfolgreich und 116 erfolg- los, während von 50 das Ergebnis nicht bekannt geworden ist. Von 54 Streiks gegen Verminderung der Löhne waren nur 12 erfolgreich, was Mr. Purdett als einen Beweis dafür ansieht, daß Streiks in der Regel nur bei steigenden Preisen Erfolg haben. 332 Streiks wurden durch Uebereinkunft und 15 durch einen Schiedsspruch erledigt, in 85 Fällen gaben die Arbeiter nach und in 23 Fällen wurden die streikenden Arbeiter durch andere ersetzt und die übrigen 4 wurden zum Theil in der einen oder anderen Weise beigelegt. Von 509 Streiks wurden also nur 108 durch reine Uebermacht beendet, so daß die Belegten sich bedingungslos ergeben mußten.

Italien.

Rom, 24. November. In der Arena des Flaminius fand heute eine von Radikalen einberufene Versammlung statt, um wirksamere Gesetzeschutz gegen Arbeitsunfälle zu verlangen. Ungefähr 1500 Personen waren anwesend, darunter mehrere Deputirte und Municipalräthe. Die von dem Komitee vorge- schlagene Tagesordnung, welche das Verlangen nach einem wirksameren Schutze gegen Arbeitsunfälle stellt, wurde ange- nommen. Die von einigen Anarchisten eingebrachte anarchistische Tagesordnung gelangte nicht zur Abstimmung. Die Anarchisten erhoben lärmend Widerspruch und wurden deshalb von der Polizei aus dem Saale entfernt. Im Uebrigen verlief die Versammlung ohne Störung.

Versammlungen.

Eine große öffentliche Versammlung aller in der Gutfabrikation beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend füllte am 22. d. M. den großen Saal der Brauerei „Friedrichshain“. Die Tagesordnung lautete in ihrem ersten Punkte: „Wie stellen sich die in der Gutfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend zu dem in Ludenwalde bevorstehenden Generalstreik der Arbeiter und Arbeiterinnen gleicher Branche?“ Nachdem die Versammlung Herrn Böckel mit dem Vorhabe betraut hatte, danke derselbe für das zahl- reiche Erscheinen, welches am besten das rege Interesse an der Sache bezeuge. Nachdem referirte Herr Augustin über das zur Tagesordnung stehende Thema. Derselbe entrollte ein Bild der Arbeitsverhältnisse in Ludenwalde, speziell in der Cohn u. Amond'schen Fabrik. Er erinnerte daran, daß Afford- arbeiter höchstens 15 Mark pro Woche verdienen, Lohnarbeiter höchstens 9-10 M. Bei einer übermenschlichen Arbeits- zeit. Die Ursachen des Streiks sind bereits in der ersten Versammlung genügend berichtet worden, so daß auf eine nochmalige Wiedergabe an dieser Stelle verzichtet werden kann. Bemerkenswerth ist übrigens, daß den Streikenden angeordnet wurde, wenn sie sich den Fabrikanten nicht unterwerfen, sie in Ludenwalde keine Arbeit erhalten sollten. Da die Ludenwalder Fabrikanten die Partei des Herrn Cohn genommen haben, so haben die Ludenwalder Arbeiter den Generalstreik beschloffen, sofern die Fabrikanten ihren gefassten Beschluß nicht zurücknehmen und appellirte Redner an das Solidaritätsgefühl der Berliner Kollegen und Kolleginnen, die Ludenwalder auf alle nur mögliche Weise zu unterstützen, und nicht umhün, wie der lebhafteste Beifall der Anwesenden bewies. Auch hob Referent hervor, daß der Ludenwalder Streik für Berlin von großer Bedeu- tung sei und die Berliner Kollegen alles daran zu setzen hätten, den Ludenwalder Kollegen zum Siege zu verhelfen. Ausdrück- lich vernahmte Referent die Berliner Gutarbeiter gegen die ihnen unterstellte Absicht, im Februar nächsten Jahres einen Streik ins Leben rufen zu wollen. Er erklärte den Aus- sprenger dieses Gerüchtes für einen Lügner. Allerdings würde auch an die Berliner Gutarbeiter die Nothwendigkeit heran- treten, die zehnstündige Arbeitszeit zur Einführung zu bringen, doch hoffte Redner, daß dies ohne Streik würde geschehen können. — Ein Arbeiter aus Ludenwalde legte die dortigen Verhältnisse noch näher klar. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die dortigen Fabrikanten die Sache des Herrn Cohn zu der ihrigen gemacht haben und daß die Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen (Fabrikanten und Arbeiter) resultatlos verlaufen sind. Auch er war der Meinung, daß der Ludenwalder Streik nicht mehr allein Sache der Luden- walder Arbeiter, sondern der Gutmacher Deutschlands sei. Maßregelungen sind zahlreiche zu verzeichnen, namentlich von Arbeiterinnen, welche für die Streikenden gesammelt haben u. Auch wird, wie mitgetheilt wurde, seitens der Fabrikanten in Ludenwalde verlangt, daß die dortigen Gutmacher aus der Organisation ausscheiden und diesen Aus- tritt politisch beschleunigen lassen sollen. In der ausgedehnten Diskussion nahm u. A. auch Frau Subela das Wort, den Ludenwalder Arbeiterinnen das größte Lob zollend dafür, daß sie den Muth hatten, sich mit ihren männlichen Arbeitskollegen solidarisch zu erklären und es lebhaft bedauernd, daß die Ber- liner Arbeiterinnen nicht zahlreicher in der Versammlung er- schienen seien. Unter dem rauschenden Beifalle der Versamm- lung richtete die Rednerin an die Arbeiterinnen die Ermah- nung, für die große Arbeiterfrage einzutreten und mit den Ar- beitern Schulter an Schulter zu kämpfen. Die Ausführungen der Rednerin fanden einen lebhaften Widerhall in den Reden nachfolgender Redner, welche die Nothwendigkeit einer Organisa- tion der Gutarbeiterinnen noch näher erörterten. Zur einstimmigen Annahme gelangte nach Schluß der Diskussion folgende Resolution: „Die heute im Saale der Aktien-Brauerei Friedrichshain tagende öffentliche Versammlung für sämmtliche in der Gutfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend beschließt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Ludenwalder Kollegen und Kolleginnen einzu- treten, bis der Kampf zu Ende ist.“ — Unter „Verschiedenes“ machte Frau Subela die Mittheilung, daß der jetzige Inhaber der Grauwoll'schen Bierhallen dem Verein der Nähmaschinen- und Handarbeiterinnen sein Votal verweigert habe und bei um Abhilfe dagegen, die ihr auch im vollsten Maße zugesichert wurde. Die Versammlung genehmigte darauf einstimmig einen Antrag, dahingehend, daß Bier der Brauereien

Stellung die wozu auch für uns noch den Morgen, derington adredung von Ein- the iron höchst an- Männer unad, wo Empfohl- ell, Sohn d; Mr. loyers of der misig ereinigten sich ins freun- dlichstenden Spitze ge- — der und So- ung, das, wie die den Gang von den us und von us günstig chdrungen die bei den Vorles- der So- landes ge- Ansicht be- ren, esse- und b. ale eine ich, wenn u. Zustand, Auffassung n. Berath- aben, wa- chaus so nn immer als in haben anerkant af vollstän- gelehrt- erklärung- riebigen Wg- schiedsricht- sondern in- mander zu- ber werde- der Ein- richt, auch- licher und- lang am- arbenung- die lebhaft- gniff um- schauweise- de nieam- verren, die- stimmung- und in- die Arbeit- hierdurch- Bell in-

tenbar aus vollster innerer Ueberzeugung gemacht, daß wir seiner wiederholten Versicherung, er sei mit dem jetzigen Zustande durchaus einverstanden und zufrieden, solchen Aussagen heimlich misstrauten. Freilich meinte Mr. Bell, daß ein sehr großer Theil der Arbeitgeber nicht so wie er denke; namentlich die „managers“, die er im Gegensatz zu den „owners“ stellte, möchten die Trades-Unions am liebsten auf der Welt schaffen. Diese Leute aber seien in Vorurtheilen und schlecht verstandenen Sonderinteressen befangen und demgemäß sei auf ihr Urtheil nichts zu geben. Später mißte sich auch der mit der technischen Leitung der Werke beschäftigte und daher in seinem Verkehre mit den Arbeitern stehende Bruder des Herrn Hugh Bell in die Unterhaltung. Er versicherte, daß er toll und ganz die Ansichten seines Bruders theile, daß er niemals in Differenzen mit seinen Arbeitern gerathe, wenigstens nicht in solche, die nicht durch die bestehenden Einrichtungen gütlich geschlichtet werden könnten.

In Bezug auf die „managers“ hatte übrigens auch Herr David Dale bemerkt, daß die unbilligen Forderungen derselben ihm während seines Amtes als Schiedsrichter viel größere Schwierigkeiten bereitet hätten, als diejenigen der Arbeiter. In Bezug auf die sozialdemokratischen Bestrebungen muß zunächst bemerkt werden, daß dieselben im vollen Um- fange richtig nur von dem Eingangs erwähnten Arbeiter- vertreter Mr. Trow verstanden wurden. Sonst wird diese Partei wesentlich nur als eine solche aufgefaßt, die gleichbe- deutend sein würde mit unseren weitest gehenden Staatsso- zialisten. Wo es uns gelang, eine klare Vorstellung von dem Wesen der kontinentalen Sozialdemokratie zu erwecken, da gab man sich den Anschauungen hin, welche Mr. Burnett und G. mit vollem Rechte als optimistisch bezeichnet hatte.

Dies war sogar bei Mr. Trow der Fall, dessen Ausführ- ungen und ganzes Verhalten unser höchstes Interesse erregte. Der Mann ist noch ganz Arbeiter, scheint jedoch seine bedeu- tungsvolle Stellung vollkommen auszufüllen. Von ihm wird auch das wöchentlich erscheinende Journal „The Iron workers Journal“ in Derlington herausgegeben. Mr. Trow theilte uns mit, daß er auch den Sozialisten- kongreß in Paris besucht und dort die Reden der verschiedenen sozialdemokratischen Führer gehört habe. Würde Jemand es wagen, solche Ansichten vor einer Versammlung von englischen, oder Trades-Unions angehörenden Arbeitern auszusprechen, so würde er sicher zum Fenster hinausgeworfen werden, ebensowohl wie ihm das passirt sein würde, wenn er vor etwa 20 Jahren vor englischen Arbeitern mit den Prinzipien aufgetreten wäre, welche jetzt, nachdem die Arbeiter allmählig zu einem besseren Verständniß gelangt seien, als maßgebend für das Verhalten der Trades-Unions anerkannt sind.

In wirklich tragischer und ergreifender Weise schilderte er den Jammer und das Elend, welches in früheren Zeiten die streikenden Arbeiter verursacht haben, deren Zeuge er noch gewesen ist, und deren Folgen für den Kundigen auch jetzt noch zu be- merken seien. Er verwies auf die Gräber der damals ver- storbenen und verkommenen Frauen und Kinder, auf die Krippen, welche aus jener Zeit noch stammen und meinte, daß solchen Monumenten gegenüber, wie er sich selbst aus- drückte, die jetzige Zeit als eine höchst befriedigende bezeichnet werden müsse, in welcher mit wenigen Ausnahmen durch güt- liche Uebereinkunft die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beigelegt werden. Mr. David Dale, der dabei sah, mißtheilte dieser Ansicht vollkommen bei, obgleich Mr. Trow, wie wir möchten sagen, fast mit christlicher Offenheit es als das, was äußerster Konsequenz verfolgte, Hauptziel der Arbeiter- organisationen bezeichnete, mehr und mehr von dem Gewinne der Arbeitgeber für die Arbeiter und für deren Wohlergehen zu verlangen. Dabei fehlte es aber nicht an Aeußerungen, aus denen hervorzog, welche Achtung er Mr. David Dale alle und wie er demselben zuzugehen sei. Im übrigen hatten wir aber volle Gelegenheit, wahrzunehmen, daß diese beiden Männer auf dem Fuße gänzlicher Gleichberechtigung mit einander verkehrten.

Mit den Herren Winpenny und Dennington, den Sekre- tären der Arbeitgeber-Vereinigungen, haben wir uns haupt- sächlich über das Wesen und die Wirksamkeit der „boards of arbitration“ und der „joint committees“ und dergleichen unter- halten. Namentlich dem sehr freundlichen Entgegenkommen des Herrn Winpenny verdanken wir sehr schätzenswerthes Ma- terial und werthvolle Mittheilungen, durch welche uns ermög- licht wurde, ein klares Bild in die vorerwähnten Einrichtungen zu erlangen. Verschweigen können wir aber nicht, daß diese beiden Sekretäre der Arbeitgeber, was die Erkenntniß großer wirtschaftlicher Fragen und die Schärfe des eigenen Urtheils anbelangt, hinter Mr. Trow, dem Vertreter der Arbeiter, ziem- lich weit zurückstanden.

Auch in dem vorstehenden Berichte sind wir nur bestrbt gewesen, das Gehörte und die gewonnenen Eindrücke, so treu es unter den obwaltenden Umständen möglich, wiederzugeben. Wir halten es nicht für überflüssig hier nochmals ganz be- sonders darauf hinzuweisen, daß wir uns jedes eigenen Urtheils enthalten.

Dr. Deumer. Caron. G. A. Bued. M öller.

Die Naheude gab Stephan seinen Theil, doch er schob ihn zurück:

„Danke, ich habe bereits dort gegessen.“ „Es war nicht wahr, und er blickte finsternen Auges, wie die Kinder sich auf die Nahrung warfen. Auch der Vater und die Mutter hielten sich zurück, um den Kleinen nicht zu lassen; nur der Alte verschlang gierig seine Portion, und man mußte ihm eine Kartoffel wieder fort- nehmen, um sie Muzen zu geben. In drei Minuten war der Tisch leer; Alle blickten einander an; sie waren noch sehr hungrig.“

Stephan erzählte, die Kompagnie, aufgebracht über den langen Widerstand, habe beschlossen, den Anführern der Streikenden ihre Arbeitsbücher zurückzugeben. Dies war der Krieg auf Tod und Leben. Und noch ein anderes Gerücht irrte. Die Kompagnie rühmte sich, sie habe eine große Anzahl Arbeiter bestimmt, wieder in die Grube zu gehen: am nächsten Tage sollten die Viktoire und Feutry-Gantel fast vollständig einfahren, während in Mirou und in der Magdalen, wie es hieß, ein Drittel der Leute den Kampf aufgeben wolle. Die Naheus waren verzweifelt, und der Vater rief:

„Wenn es Verräther unter uns giebt, müssen sie ge- schächtigt werden!“

Und aufspringend, setzte er, plötzlich hingerissen, mit leidbebender Stimme hinzu:

„Morgen Abend im Walde! . . . Man verhindert uns, im „Lustigen Bruder“ uns mit einander zu verständigen, möglich, im Walde von Vandame find wir frei!“

Dieser Ruf hatte Bonnemort erweckt, der, von seinem häßlichen Maße ermüdet, halb eingenickt war. Das war das alte Lösungswort, welches in früheren Zeiten die Minen- arbeiter zum Rendezvous gerufen, wenn sie über den Wider- stand gegen die Soldaten des Königs berathen wollten. „Ja! Ja! Vandame!“ brach der Alte los, „wenn's da- hingehet, bin ich auch dabei!“

Und die Naheude rief mit Begeisterung:

„Wir gehen Alle, wir wollen die Ungerechtigkeit und den Verrath vernichten!“

(Fortsetzung folgt.)

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 277.

Dienstag den 26. November 1889.

6. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Demischer Reichstag.

22. Sitzung vom 25. November, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: v. Marshall, Bohmann, später v. Bötticher.
Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Arbeiter-Schutz-Anträge des Centrums. Es handelt sich dabei um drei verschiedene Anträge.
Der erste Antrag bezieht sich auf den Maximalarbeitsstag. Die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit eines Tages soll nicht mehr als elf Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nicht mehr als zehn Stunden betragen; die Arbeitsstunden sollen zwischen 5½ Uhr Morgens und 8½ Uhr Abends liegen mit einer Hauptpause Mittags von mindestens einer Stunde. Der Bundesrat soll befugt sein, bei gesundheitsgefährlichen Betrieben die Arbeitszeit herabzusetzen, bei anderen (den Saisonbetrieben) sie zu verlängern; diese Regelung soll für alle Betriebe derselben Art gleichmäßig erfolgen. Einzelausnahmen sollen nur zur Verhütung plötzlicher Gefahr, des Verderbens von Rohstoffen oder eines unvorhergesehenen Schadens gestattet werden für zwei Wochen seitens der Ortspolizei und für sechs Wochen seitens der höheren Verwaltungsbehörde.
Der zweite Antrag bezieht sich auf die Sonntagsruhe; er verbietet jede Arbeit an Sonntagen und allen gewerblichen Betrieben, beschränkt sie für das Handelsgewerbe auf fünf Stunden und überlässt die Gestaltung von allgemeinen Maßnahmen (für Saisonbetriebe oder Betriebe, welche der Vermeidung täglicher Bedürfnisse der Bevölkerung dienen) dem Bundesrat, von einzelnen Ausnahmen (bei Gefahr u. dgl.) dem Ortspolizei- oder dem höheren Verwaltungsbehörden wie beim ersten Antrage. — Zu diesem Antrage liegt auch eine Resolution vor: „Den Reichstanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen eine Revision der in ihren Gebieten geltenden (bisherlich sehr verschiedenartigen) Vorschriften über die Sonntagsruhe in Anregung zu bringen.“
Der dritte Antrag bezieht sich auf die Frauen- und Kinderarbeit. Danach sollen Kinder unter 12 Jahren in Fabriken nicht beschäftigt werden; Kinder von 12 bis 14 Jahren nur 6 Stunden täglich und zwar ohne Weiteres nur Kinder, welche das 13. Lebensjahr vollendet und ihrer landesgesetzlichen Schulpflicht genügt haben, die anderen nur, wenn sie in der Schulpflicht in einer besonders genehmigten Schule regelmäßigen Unterricht von mindestens 3 Stunden täglich erhalten. Diese Vorschrift soll mit dem 1. April 1890 in Kraft treten; von da ab sollen ferner Arbeiterinnen nicht mehr beschäftigt werden in Bergwerken, Hütten- und Walzwerken, Schleifereien und Werften; ferner soll die Nacht- und Sonntagsarbeit weiblicher Arbeiter verboten sein, die Arbeitszeit verarbeiteter Arbeiterinnen auf 10 Stunden beschränkt sein. Ausnahmen bei Unglücksfällen und Naturereignissen kann auf vier Wochen die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Dauer der Reichstanzler gestatten. Der Bundesrat kann für Betriebe, welche die Gesundheit und Sittlichkeit gefährden, die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter überhaupt verbieten.
Der zweite und dritte Antrag werden zusammen behandelt. Dazu liegt noch ein Antrag des Abg. Lorenz vor, nur folgende Bestimmungen anzunehmen: Arbeiterinnen dürfen in Fabriken weder an Sonn- und Festtagen, noch zur Nachtzeit zwischen 8½ Uhr Abends und 5½ Uhr Morgens beschäftigt werden. Am Sonnabend dürfen Kinder und Arbeiterinnen nachmittags nach 5½ Uhr in Fabriken nicht beschäftigt werden.
Abg. Hise (Centrum) begründet die beiden Centrums-Anträge. Dieselben enthielten präzisere Forderungen. Es genüge nicht, sich auf eine bloße Resolution — wie diese neulich zur Debatte gekommen — zurückzuziehen. Man dürfe sich mit einer Resolution um so weniger begnügen, nachdem sich der Reichstanzler selber in den Kommissionen so energisch gegen bloße Resolutionen ausgesprochen habe. Ihm, dem Redner, erscheine die Regelung der Sonntagsarbeit viel wichtiger, als die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit. Für gesetzliche Einschränkung der Sonntagsarbeit sprächen zunächst religiöse Rücksichten. Wenn der Abg. von Stumm neulich gemeint habe, man könne die Industrie nicht unter polizeilicher Aufsicht stellen, — was in Oesterreich und was in der freien Schweiz möglich sei, das werde doch bei uns auch möglich sein. Uebrigens beständen ja bei uns auch bereits Polizeiverordnungen, durch welche die Sonntagsarbeit eingeschränkt werde. Im Vorjahre habe der Herr Kommissar am Bundesrat die Beschränkung des Bedürfnis geltend gemacht, aber dies sei doch durch die Enquete, die inzwischen darüber angestellt sei, beseitigt. Ferner habe seiner Zeit der Herr Reichstanzler bezweifelt, daß das Verbot der Sonntagsarbeit im Interesse der Arbeiter liege und von denselben gewünscht werde. Aber auch dieser Zweifel sei durch die Ergebnisse der Enquete gänzlich gehoben, indem festgestellt sei, daß die weit überwiegende Mehrheit der Arbeiter für das Verbot sei. Ausnahmen von dem Verbot müßten ja zulässig sein, aber darüber zu entscheiden, welche Ausnahmen auf Grund der technischen Verhältnisse einer Industrie notwendig seien, sei der Bundesrat weit besser im Stande, als die Ortspolizeibehörden. Deshalb wolle sein Antrag auch die Entscheidung darüber dem Bundesrat übertragen. Was die Kinderarbeit anlangt, so wolle der Einfluss der Sozialdemokratie mit dem Anwachsen der Fabrikarbeit der Jugendlichen. Man sehe dies in Sachsen, wo die Kinder- und Frauenarbeit von Jahr zu Jahr zunehme, ohne daß etwas dagegen geschehe. Eine Einschränkung der Frauenarbeit liege besonders im Interesse der Erhaltung eines gesunden Familienlebens. Zu demselben Zwecke aber sei, wie er wiederholt hervorheben müsse, auch nötig, den Sonntag wieder zu seine Rechte einzulegen. Er bitte deshalb um Annahme beider vom Centrum eingebrachten Anträge.
Abg. Schrader (dir.) will nicht mehr auf Einzelheiten eingehen. Auf etwa wünschenswerthe Änderungen der vorliegenden Gesetzentwürfe würden seine Freunde bei der zweiten oder dritten Lesung zurückkommen. Der Vordredner habe gemeint, die Annahme dieser Gesetzentwürfe sei der von freier Seite beantragten Resolution vorzuziehen. Aber dann müßten die Herren Antragsteller auch dafür sorgen, daß ihre Anträge wirklich in zweiter und dritter Lesung durchberathen würden, denn sonst komme man diesmal wieder nur gerade so weit, wie im vorigen Jahre. Die Antragsteller müßten deshalb darauf hinwirken, daß die dritte Lesung des Etats nicht ohne weiteres werde, ehe die vorliegenden Anträge angenommen wären. Andererseits würde gleich nach der dritten Lesung des Etats der Reichstag auseinander gehen, ohne daß in der vorliegenden Sache ein Beschluß zu Stande gekommen sein würde. Das bisherige Verhalten des Bundesrates gegenüber diesen Anträgen des Arbeiterschutzes gebe nicht viel Hoffnungen. Deshalb wolle der Bundesrat bei diesem seinem Verhalten, so werde wenigstens anderes übrig bleiben, als daß der Reichstag nach englischem Muster eine Kommission niedersetze, die befugt sei, sich das erforderliche Material zu verschaffen, Zeugnisse zu vernahmen u.

Zu bedauern sei es, daß bei uns das Koalitionsrecht der Arbeiter so sehr geschwächt werde theils durch das Verhalten der Arbeitgeber, theils durch die Handhabung des Sozialistengesetzes und des Vereinsgesetzes. Unter diesen Umständen müsse das, was durch die freie Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht erreicht werden könne, auf andere Weise gesetzgeberisch angestrebt werden. Und dazu geben die Arbeiter-Schutz-Anträge Gelegenheit. Es bedürfe jedoch in dieser Beziehung möglichst einheitlicher Beschlüsse. Der Reichstag verstehe jedenfalls von dieser Sache mehr, als die Regierungen, und wenn der Reichstag die Verantwortung für diese Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung tragen wolle, — zähle doch der Reichstag viele Arbeitgeber unter seinen Mitgliedern —, so sehe er nicht ein, weshalb die Regierung dem nicht beistimmen wolle. Auf die Regierungen andererseits falle die Verantwortung, wenn sie diese Anregung des Reichstags ablehnen. Er bitte daher die Regierungen, endlich den vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung zu geben oder in nächster Session eine andere, gleichhaltliche Vorlage einzubringen.
Abg. Duvisseau (nat.-lib.) nimmt für sich und seine Freunde in Anspruch, als arbeiterfreundlich angesehen werden zu dürfen. Er für seine Person wisse sich jedenfalls von den von dem Vordredner den Arbeitgebern nachgelagten arbeiterfeindlichen Bestrebungen frei. Er und seine Freunde hätten ja schon neulich der freisinnigen Resolution beigestimmt und würden auch heute den vorliegenden Anträgen zustimmen. Die Großindustrie könne — wie die Enquete ergeben habe — sehr wohl der Sonntagsruhe zustimmen. Viele seiner Freunde, die im praktischen Leben händeln, hätten freilich dagegen Bedenken, die Frauen als besondere Arbeiterkategorie behandelt zu wissen. Aber trotz aller Bedenken, im Einzelnen erkenne seine Partei das bringende Bedürfnis einer Regelung der Sache an, und sie würden deshalb, falls es zur zweiten und dritten Lesung kommen sollte, den Anträgen auch in diesen zustimmen.
Abg. Frhr. v. Stumm erinnert an seinen früheren bezüglichlichen Antrag (Stumm-Helldorf) im Jahre 1878 bei der Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle. Hätten damals die Fortschrittler und Nationalliberalen zugestimmt, so hätte der Bundesrat den Antrag annehmen müssen, denn er würde die Novelle hieran nicht haben scheitern lassen können. Bezüglich der vorliegenden Frage glaubten viele, Sachverständige zu sein, obwohl das nicht der Fall war. Wenn er beispielsweise in den Rothhandtschriften der Eifel Spinnereien einrichtete, welche den Frauen und Kindern Beschäftigung gewährten, so glaube er damit mehr zum Wohle der Menschheit zu leisten, als wenn er bei sich die Frauen- und Kinderarbeit abschaffe. Es sei irrig, die Großindustrie so darzustellen, als ob sie bloß den Arbeiter auszulaugen strebe. Wenn behauptet werde, daß der deutsche Schumeister die Schlaucht von Sadoma gewonnen habe, so wolle er dem hinzufügen, daß dieser Sieg nicht möglich gewesen wäre ohne eine kräftige Industrie, welche dem Arbeiter selbst erst habe erspart lassen und auch dem Bauern zu Gute gekommen sei. Man werfe der Sozialdemokratie die Belämpfung von Thron, Altar und Befeh vor. Ebenso schlimm sei es, daß dieselbe die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeiter löse, ohne welche gedeihliches Zustände nicht möglich seien. Die Hauptsache bleibe, im Einzelnen zu prüfen, was dem Arbeiter nützlich und schädlich ist. Die Sozialdemokratie, welche nur von der Erregung des Unfriedens lebe, habe die Altersversorgung, das Invaliditätsgesetz u. s. w. abgelehnt; daß sie den gegenwärtigen Anträgen zustimme, müsse bedenklich machen. Was die Sonntagsarbeit anlangt, so habe die Enquete bewiesen, daß der Antrag Stumm-Helldorf Recht gehabt habe. Er werde daher bei der zweiten Verhandlung jenen Antrag wieder einbringen. Dem Bundesrat die Regelung der Ausnahmen zu überlassen und dadurch die ganze Verantwortung zuzuschieben, sei verfehlt. Der Ausdehnung der Gesetzgebung auf die Feiertage, wie der Abg. Hise will, kann er nicht zustimmen; auch die Gesetzgebung anderer Länder spreche immer nur von der Sonntagsarbeit. Bezüglich der Frauenarbeit wüßte Redner eine neue Enquete. In Bezug auf die Kinderarbeit steht er den Anträgen sympathisch gegenüber. Ein Verbot der Frauenarbeit, so führt Redner fort, will ich nur da, wo nachweisbar die Gesundheit, Sittlichkeit und die körperlichen Kräfte der Frau gefährdet sind. Die Rücksicht auf die Familie allein kann mich nicht veranlassen, die Polizei in die Familie hineinreden zu lassen. Die Frau ist ein gleichberechtigtes Wesen, dem man die Möglichkeit, ihre Existenz selbst zu beschaffen, nicht nehmen darf. Die Geschichte der Zivilisation zeigt, daß überall die Selbstständigkeit der Frau zunimmt, und es liegt keine Herabminderung der weiblichen Würde darin, daß eine Frau auch erwerbstätig ist, wohl aber darin, daß sie allein als dem Interesse der zukünftigen Generation dienend betrachtet wird. Es giebt eben auch weibliche Wesen, die bis an ihr Lebensende unverheiratet bleiben. Das Interesse der Generation forderte hier eher ein Verbot des Zölibats oder eine Bestimmung, wonach jedes Mädchen über 25 Jahre von Staatswegen verheiratet wird. (Heiterkeit.) Gewisse Geschäfte in der Landwirtschaft sind auch für die Gesundheit und Sittlichkeit der Frau weit gefährlicher als das Arbeiten in gesunden, geschlossenen Fabrikräumen unter strenger Aufsicht. Durch die Schlangengerei kommen die Frauen in Distrikte, wo sie ohne jede Aufsicht und Kontrolle, entsetzt von ihren Anverwandten, den größten Gefahren ausgesetzt sind. Sehr oft wünschte ich in der Lage zu sein, einen für Frauenarbeit geeigneten Fabrikbetrieb zu besichtigen — die Eisenindustrie ist es nicht —, wenn ich sehe, wie in einer zahlreichen Familie die Frau und eine Reihe von erwachsenen Töchtern lediglich Konsumenten sind. Die verheirateten Frauen bilden eine verschwindende Minorität unter den Fabrikarbeiterinnen, sie sind fast überall ihrem natürlichen Verufe hingegeben. Oft aber würde es graulich sein, ihr zu verbieten, zu dem täglichen Verdienst ihres Mannes etwas zuzuerwerben. Einige Industrien, z. B. der Textilindustrie, werden auch keineswegs auf die Arbeit weiblicher Personen verzichten, wenn Sie einen zehntägigen Arbeitstag vorschreiben, nur die verheiratete Frau wird dann hier ganz verschwinden. Ein Umsichgreifen des Kontinuitäts ist aber wahrscheinlich bei einer Bestimmung, wonach verheiratete Frauen nicht länger als zehn Stunden arbeiten dürfen. So verschiedenartig ist ferner der weibliche Organismus nicht von dem männlichen, daß jede Nachtarbeit ihm unbedingt schädlich ist; die Krankengeschichten sind an Nachtarbeit sehr gewöhnt und auch sie üben ihren Verus oft des Geldes wegen aus. Die Statistik beweist, daß in den Fabrikationszweigen mit Frauenarbeit die Zahl der unehelichen Kinder weit geringer ist, als in vielen landwirtschaftlichen Distrikten. Der Lohn der Männer würde durch das Verbot der Frauenarbeit höchstens um 10—15 pCt. steigen und das wäre kein Ersatz für den Verdienst der Frau. Wohl aber könnten die Gehälter des Bundesrats, die gewisse Betriebsarten den Frauen verbieten, noch erweitert werden; so müßte namentlich auch die Frauenarbeit in der wehrfähigen Eisenindustrie verboten, in der Textilindustrie und der Schiffswerkindustrie eingeschränkt

werden. Ich will die Existenz seiner Familie gefährden und deshalb ist mir der Antrag Baumbach-Schrader, dem ich bei der dritten Lesung des Etats gern zustimmen werde, die einzige praktische Lösung der Frage. Ich will den Arbeiter vor jeder Ausbeutung durch den Arbeitgeber oder sonst Jemand schützen, aber auch vor jedem Nachtheil, den ihm ein, wenn auch von grohen Ideen getragenes, doch unfruchtbares und falsches Humanitätsideal bereiten kann.
Abg. Meister (Soz.): Die Arbeiter können aus diesen Verhandlungen sehen, wie groß das Interesse für die Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung ist, wenn es sich um die Wahlen handelt. Nach den Aeußerungen des Herrn v. Stumm scheint Alles übertrieben zu sein, was sonst über die Verhältnisse seiner Arbeiter in die Welt hinausposaunt wird. Ich freue mich, von der Selbstständigkeit seiner Arbeiter zu hören. Wie kann es nur so böse Menschen geben, die daran nicht glauben wollen! Alles, was sonst über die Ueberwachung seiner Arbeiter gesagt wird, ist ja Verleumdung. Herr Stumm giebt zu bedenken, daß wir Sozialdemokraten für diese Forderungen sind. Bei Ihren sozialreformatorischen Plänen fragen Sie doch nicht erst, wie die Sozialdemokratie darüber denkt. Es giebt uns zu denken, daß Sie über den Grundfehler alles religiösen Handelns und Denkens, über die Heiligung des Sonntags nach Stundenlang berathen müssen. Was sollen da die Arbeiter denken, wenn Ihre Presse über Robheit und Irreligiosität der Arbeiter klagt? Der Tanz um's goldene Kalb läßt Sie nicht den nötigen Druck auf den Bundesrat ausüben. Der Herr Staatssekretär meinte im vorigen Jahre, die Arbeiter selbst wollten diese Beschränkungen nicht. Es giebt aber auch eine Freiheit, die gesetzlich beschränkt werden muß, besonders die, sich ausbeuten zu lassen und Andere auszubeden. Deshalb sind wir für die Sonntagsruhe, im Uebrigen lassen wir den Arbeiter seinen religiösen Gefühlen Rechnung tragen, wie er will. Die ablehnende Haltung der Regierung nach den Ergebnissen der Enquete ist bedauerlich. Dem Antrage über die Frauen- und Kinderarbeit stimmen wir nicht zu, denn der gute Kern des Antrags ist mit socialen Eventualitäten, Wens und Abers verknüpft, daß die Ausnahme zur Regel wird. Wir können aber dem Bundesrat nichts Halbes unterbreiten. Die Polizei darf für die Ausnahmen nicht maßgebend sein, wir haben mit ihr trübe Erfahrungen gemacht und vertrauen den Verwaltungsbehörden mehr. Bezüglich der Kinderarbeit erlauben uns die Fortschritte der Industrie und Technik und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber anderen Staaten weiter zu gehen als der Antrag. Daß dabei die Dividenden der Aktiengesellschaften etwas niedriger werden, schadet der Menschheit nichts. Die Arbeit der Kinder muß unter allen Umständen bis zum 14. Jahre verboten sein, auch mit Rücksicht auf die Schulpflicht, die in den Staaten, wo sie noch nicht bis zum 14. Jahre dauert, bis dahin ausgedehnt werden muß. Für jugendliche Arbeiter von 14—18 Jahren darf die Arbeitszeit unbedenklich um die industriellen Verhältnisse, die ja bei uns so aut sein sollen, nur 6 Stunden dauern. Ein hervorragendes Blatt der Nationalliberalen, der „Hannoversche Courier“, berichtet, daß im Regierungsbezirk Stade auf den Ziegeleien Kinder unter 14 Jahren als sogenannte jugendliche Arbeiter täglich 18 Stunden arbeiten (Bewegung), und dabei ist diese Arbeit ungesund und anstrengend. Den Fabrikinspektoren können die Arbeitgeber leicht ein Schnippchen schlagen, besonders wenn, wie geschehen ist, eine Ortspolizeibehörde die Fabrikinspektion in ihrem Kreise vorher ankündigt. Da kann das Haus rechtzeitig rein gehalten werden. Noch mehr als in den Fabriken zeigen sich die Schäden der Kinderarbeit in der Hausindustrie. Bei der Cigarrenfabrikation sind selbst Kinder von 3—4 Jahren beschäftigt. Die Inspektion muß unbedingt auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Die staatlichen Organe müßten dabei aber mit viel mehr Autorität ausgehatter werden, als sie jetzt haben. Die Industrie des großen, mächtigen Deutschen Reiches kann darunter ebenso wenig leiden, wie die in Oesterreich und der Schweiz, wo Kinder unter vierzehn Jahren absolut nicht arbeiten dürfen. Das gemüthliche Sachsen glänzt in dieser Beziehung in der traurigen Weise vor allen anderen. Die Beschwerden der Fabrikinspektoren vollen, wenn der Reichstag sie nicht unterstützt. Erhält von diesem nicht der Bundesrat den nötigen Druck, so sitzen die Fabrikinspektoren in einer Zwidmühle. Um nicht vielleicht vom Bundesrat abgepöbeln zu werden, werden sie keine Beschwerden und Verbesserungsvorschläge mehr machen, sondern ihre Berichte so einrichten, daß sie nach oben hin keinen Anstoß erregen. Bei der Wahl der Fabrikinspektoren müssen auch die Wünsche der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, da jene als Vertrauenspersonen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vermitteln sollen. Die Frauenarbeit darf nicht zu sehr beschränkt werden. Was sollten denn die unverheirateten Mädchen machen? Der Fehler ist, daß die Frauenarbeit von den Arbeitgebern bedeutend billiger gekauft wird. Sie werfen uns vor, daß wir daran arbeiten, die Ehe aufzulösen. Wenden Sie doch hin auf die Industrie, wo des Morgens der Mann mit seiner Frau und seinen Kindern auszieht zur Arbeit, um erst spät Abends wieder heim zu gehen. Wenn der Mann nicht mehr der Erzieher seiner Kinder sein kann, so wird er unmüthig über seine ganze Lage. Wollen Sie dem Arbeiter wirklich Gelegenheit geben, ein Eheleben, ein Familienleben führen zu können, so stellen Sie den Arbeiter so, daß seine Frau nicht mehr nötig hat, sich in das Joch der Fabrik zu spannen, denn nur die bittere Noth treibt die Frau in die Fabrik. Der vierwöchige Schutz der Frau nach der Entbindung reicht nicht aus. Würden Sie damit für Ihre Frauen zufrieden sein? Auch die Aeltern verlangen mindestens eine sechswochige Schonzeit. Die Nachtarbeit der Frauen und Mädchen müßte verboten werden. Nicht allein aus sittlichen Gründen, sondern auch, weil die Konstitution des Weibes schwächer ist, als die des Mannes. Alles Dies ist in dem Entwurf nicht genug fixirt, und deshalb können wir, abgesehen von der Sonntagsruhe, nicht für denselben stimmen. Erlauben Sie deshalb in Ihren Bestimmungen nicht. Unsere ablehnende Haltung mag Ihnen ein Sporn sein, auf dem betretenen Wege das Ganze zu erreichen. Wollen Sie die Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung „die Arbeiter den Klauen der Sozialdemokratie entreißen“, nur zu, um so besser wird sich die Sozialdemokratie entfalten. Mit dem Kranken Arbeiter können Sie alles machen, der ist froh, wenn er nur sein Stück Brod hat, der gesunde, wohlgenährte Arbeiter aber wird für sich die politischen Rechte in Anspruch nehmen, die ihm zukommen.
Abg. Stöcker: Wenn die verbündeten Regierungen der Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung ein größeres Wohlwollen entgegenbrächten, könnten wir uns auch mit einer Resolution begnügen. Aber dieser Weg ist so gut wie verstränkt. Denn als vor 1881 eine Resolution faßten, wurde uns vom Regierungsscheitler, es ist leicht, Resolutionen zu fassen und die Regierung arbeiten zu lassen, wenn Sie was können, so bringen Sie Gesetze. Das ist geschehen und auf diesen Standpunkt stelle ich mich auch heute. Die ablehnende Haltung der Regierung

scheint mir geradezu als verhängnisvoll, und wenn in unseren Tagen in der Arbeiterwelt eine gewisse Rückströmung, die ich nicht für eine dauernde halte, zur Sozialdemokratie stattgefunden scheint, so schreibe ich das nach meinen Erfahrungen auf diese Haltung in der Arbeiterschutzgesetzgebung. Ich kenne in der Arbeiterwelt die Kreise, die konsequent sind, nicht sozialrevolutionär, sondern sozialreformistisch, patriotische Männer von Kopf bis Fuß. Ich kann Sie versichern, es ist in diesen Kreisen eine einstimmige Meinung, daß sie diese Haltung nicht verlassen. Ich erinnere auch, mit wie warmem Herzen die Volkshaus des in Gott ruhenden Kaisers Wilhelm in den Arbeiterkreisen aufgenommen wurde. Heute ist eine gewisse Erhaltung eingetreten, lediglich wegen dieser ablehnenden Haltung der Regierung, welche uns, die staatsrechtlichen, sozialreformatorischen Parteien, in die größten Schwierigkeiten versetzt. (Sehr richtig! recht!) Die Sicherung der Arbeiterexistenz, die Sorge für den verunglückten, invaliden und alten Arbeiter steht gewiß in erster Reihe, parallel aber muß damit der Arbeiterschutz gehen. Dieser ist auch viel billiger, und würde viel mehr wirken, als alles Uebrige. Die soziale Zerrüttung unserer Gesellschaft, aus der die Sozialdemokratie, nicht der Sozialismus, hervorgegangen ist, beruht in der Zerrüttung der von Gott und der Natur gegebenen Fundamente der Persönlichkeit, der Familie, des gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Lebens und Staat und Kirche. Herr v. Stumm hat vorhin ein Loblied auf die Industrie gesungen. Wer wollte sich nicht mit ihm freuen, daß die Industrie bei uns blüht und unter dem Schutze der Zölle, die ich mit als einer der Ersten populär verfochten habe, fortgeschritten? Auch der Arbeiterwelt geht es besser als vor 20 und noch mehr, als vor 50 Jahren. Aber die Verbesserungen, die bei der Entwicklung des Maschinenwesens zur Besserung der äußeren und inneren Lage der Arbeiter in Wort und Schrift gegeben wurden, sind nicht eingetreten. Die sittliche, religiöse Pflege der Arbeiterwelt, die sich besonders in dem Maß von Arbeiterschutz ausdrückt, hat mit der reichenden Entwicklung der Industrie keinesfalls gleichen Schritt gehalten. (Sehr wahr!) Man hat von vornherein die Frage ganz falsch gestellt, wie viel Kinder- und Frauenarbeit braucht die Industrie um zu prosperieren, und ist nur mit Mühe und Noth dem äußeren Bedürfnis der sittlich religiösen Lebensbedingungen nachgegangen. Die Arbeitgeber hätten so fragen müssen: Wie muß die Industrie organisiert werden, um das Familienleben, die Persönlichkeit richtig zu entwickeln? (Sehr wahr!) Der Mensch ist nicht für die Industrie, sondern die Industrie für den Menschen da. (Sehr gut!) Was hülfte es mir, daß ich die ganze Welt gemöndere und nähme Schaden an meiner Seele? (Ab! links.) Seit 1878 ist die soziale Gefahr noch größer und darum unsere Stellung um so prinzipieller geworden. Bei Herrn v. Stumm herrscht mehr eine gewisse opportunistische Auffassung des Wirtschaftslebens vor. Wenn aber die Prinzipien des Utilitarismus, des Altruismus, der Revolution so stark hervortreten, so thut man am Besten, sich prinzipiell auf dem Boden der gegebenen Natur- und Gottesordnung zu stellen (Beifall im Zentrum und rechts), und nur so viel davon abzutreten, als unbedingt notwendig ist. Es ist ein verhängnisvoller Irrthum, daß man sagt, die Industrie ist da, nun wollen wir einmal sehen, was sich von diesen vorhandenen Uebelständen abdrücken läßt. Ich sage, der Sonntag ist zuerst da, das Familienleben ist zuerst da, und nun müssen wir diesen Gottesordnung das abringen, was für sie unbedingt notwendig ist. (Sehr gut!) Gerade weil sich dieser Standpunkt umgekehrt hat, sind wir in diese großen Schwierigkeiten gekommen. Es war mir geradezu erschütternd, wie der Staatssekretär des Innern bei der Vertheidigung der Regierung sagte, die Familien sind nicht mehr erziehungsfähig, die Eltern sind geldgierig, die Kinder fühlen sich unter den Händen der Fabrikherren besser erzogen, als zu Hause. Das beweist, in welchem furchtbaren Zustande wir sind, daß das Haus seine Kraft, die Kinderpflege, zum Theil verloren hat. So ein bisschen Besseres thut's nicht mehr. Von oben her, von dem gebildeten, besitzenden, denkenden Volk müssen die Uebelstände bereitwillig abgestellt werden (sehr richtig!), und da weiß ich nicht, was man im Grunde gegen die Forderungen des Entwurfs mit Grund einwendet. Das Material der Enquete bietet einen guten Anhalt. In Bezug auf die Sonntagsarbeit kann es nicht so fortgehen. Die Erfahrungen in England bestätigen, daß man in sechs Tagen mehr arbeitet als in sieben mit dem Sonntage, haben wir doch etwas Muth in dieser Frage. In der technisch-schwierigen Frage der Alters- und Invalidengesetzgebung haben wir ja Glauben genug zeigen müssen, die Festlegung möchte ich mit einschließen. Nach evangelischen Grundsätzen ist die Verkündigung der Heilswahrheiten das Wichtigste, geschieht dies mit besonderer Kraft. Die verschiedenen Arbeiterschutzgesetze gehören alle zusammen und bilden gleichsam ein einziges Tableau; und insofern ist der Schutz der Frauen ebenso notwendig wie die Sonntagsruhe. Vor Nachtarbeit muß die Frau durchaus geschützt sein; das gebietet die schwächere Konstitution und tiefere sittliche Gründe. Es ist eine unabweisliche Forderung des Familienlebens, daß die verheiratete Frau, die eine Wirtschaft zu führen, Kinder zu erziehen hat, dem Hause gehöre; alle Surrogate, Kleinkinderschulen, Haushaltungsschulen und dergleichen können das sittliche Familienleben nicht ersetzen. (Beifall rechts.) Auf dem gefunden Familienleben baut sich das gesunde Gesellschaftsleben, das vaterländische Leben auf. (Beifall rechts.) Wie habe ich, wenn ich vor Arbeitern gesprochen, mehr Verständnis gefunden, als wenn ich diese Frage erörterte, daß ihr Haus, wenn auch nur eine Hütte, der glücklichste Ort auf Erden sein würde, wenn die Frau mit ihrer Liebe es verschönte. Was die Kinderarbeit betrifft, so wird gerade durch das schutzlose Preisgeben der Kinder unter 14 Jahren der ungeliebte Charakter gebildet, der dann zu den Umfursparteiern getrieben wird. Von den 100 Arbeiterinnen, die vom 14. Lebensjahre bis zur Verheirathung in der Fabrik beschäftigt gewesen, ist kaum eine dann im Stande, eine Wirtschaft zu führen. Warum sollte nicht ein gewisser Erziehungszwang auch in Bezug auf die Wirtschaftsführung ausgedehnt werden? Etwa dadurch, daß man verlangt, daß das Mädchen, bevor sie in die Fabrik eintritt, eine Zeit lang gedient hat? Daß Schulkinder aus der Fabrik ausgeschlossen werden, darüber scheint ja allgemeine Uebereinstimmung zu herrschen. Ich bin überzeugt, die Industrie wird sich damit abfinden. Solche Schutzgesetze machen es natürlich nicht allein. Die Arbeitgeber, wenn sie überall das Rechte thun, können mehr als der Staat; aber der Staat hat das Interesse, den Arbeitgebern, welche nicht so wohlwollend sind, gewisse Schranken zu setzen, damit sie das thun, was im Interesse des öffentlichen Wohles liegt. (Beifall rechts.) Weiter wollen auch wir nicht gehen. Die Forderung der Sozialdemokratie, die heutige Produktionsweise müsse geändert werden, wollen wir nicht in ihrer Weise, sondern auf unsere Art durchführen, indem wir das Uebermaß der Produktion einschränken. Wenn wir nicht gleich dazu kommen, die Umfursbestrebungen zu unterdrücken, so werden wir jedenfalls das Gefühl haben, uns re Schuldigkeit gethan zu haben. Ich werde für die Anträge stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Winterer: Die Anträge geben dem einen Theil zu weit, dem andern nicht weit genug; es dürfte also der richtige Mittelweg gefunden sein. Gefundene Verhältnisse giebt es in den Arbeiterkreisen nicht ohne Sonntagsruhe. Die sozialistischen Kongresse haben die Sonntagsruhe auf ihr Programm geschrieben, ich weise außerdem auf den speziellen Kongress für Sonntagsruhe hin, dem gegenüber Gladstone die Beobachtung der Sonntagsruhe als die wichtigste Volksfrage bezeichnet. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen nicht aus, um das Recht des Arbeiters auf Sonntagsruhe zu gewähren. In Preußen sind allein über 500 000 Arbeiter

des Sonntags beschäftigt, von Elb-Lothringen kann ich entschieden behaupten, daß dort die Gesetze, die aus den Jahren 1870 und 1871 herrühren, wo also die Industrie noch lange nicht so entwickelt war, nicht ausreichen. Der Arbeiter darf nicht als Produktionswerkzeug betrachtet werden. Die kleine Schweiz hat die Sonntagsarbeit längst verboten und ist dadurch nicht konkurrenzunfähig geworden. Das Ausbleiben einer weiter gebenden gesetzlichen Regelung wäre eine Prämie zu Gunsten der weniger humanen Arbeitgeber auf Kosten der humaneren. Auf das Koalitionsrecht möchte ich die Arbeiter nicht verweisen. Es wäre das Peinlichste, wenn die Arbeiter ihr Recht auf Sonntagsruhe durch Arbeitseinstellungen erkämpfen müßten.

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. v. Stumm (persönlich): Ich habe das Lesen gewisser Blätter meinen Arbeitern allerdings verboten, aber nur, um ihnen ihre persönliche Selbstständigkeit zu wahren.

Abg. Lieber: Es handelt sich hier nicht mehr um Zentrumsanträge, sondern um solche, die in den letzten Jahren eine immer wachsende Majorität des ganzen Reichstags gefunden haben. Nur der Bundesrath hat sich bis zuletzt ganz ablehnend verhalten. Heute gefüllt sich diesem noch der Abg. v. Stumm zu, der nach einem Zwischenraum von 11 Jahren vor Kurzem in den Reichstag gekommen ist, ich möchte sagen, als ein Gespenst vom Jahre 1878. Bei seiner Rede schien es mir oft, als wenn ich den Reichskanzler selber hörte, und ich weiß nicht zu entscheiden, wer hier der Souffleur, welcher Meiner ist; vielleicht wird auch darüber später noch Licht verbreitet. Alle diejenigen, die hier seit Jahren über diesen Gegenstand gesprochen haben, behandelt Herr v. Stumm einfach als nicht fachverständig, er allein proklamiert sich als solcher. Auch der zukünftige Reichstag wird sich aber nicht auf seinen Standpunkt stellen. Keinem der Vertheidiger unserer Anträge ist es eingefallen, die Industrie als einen Giftbaum zu bezeichnen, und Herr von Stumm macht sich durch das Unterschreiben dieser Aeußerung einer ganz unqualifizirbaren Uebertreibung schuldig, die ich entschieden zurückweise. Nur gegen einzelne Auswüchse der Industrie werden wir uns. Rücksichten auf den Bundesrath haben uns in der Formulierung unserer Anträge nie gelehrt, denn selbst in der Weizsäcker'schen Kulturkampfes haben wir stets rein sachlich diskutiert. Ich will auch heute meine Stimme gegen den Bundesrathstisch richten, obgleich Niemand an ihm sitzt. (Weiterleit.) Die soziale Harmonie wird durch unsere Anträge, die zu weit gehende Wünsche in die Arbeiterkreise tragen sollen, nicht gefördert, sie wird hergestellt dadurch, daß der Arbeiter das Bewußtsein gewinnt, daß auch das Recht und die Freiheit des Kleinsten in der wirtschaftlichen Organisation durch Reichsgesetzgebung geschützt wird. Wenn Herr von Stumm meint, wir beschäftigen uns nur mit unfruchtbaren, wenn auch schönen, doch falschen Idealen einer Humanitätspolitik, während er praktische Politik treibe, der Reichstag schmelze in philanthropischen Idealen und der Bundesrath solle das Kamdel sein, so frage ich ihn: hat er ganz vergessen, daß er 1878 mitgewirkt hat, den Bundesrath bezüglich des Schutzes der jugendlichen Arbeiter Kamdel-funktionen zuzuweisen? Wenn ich 1878 von einer Herabwürdigung der Frau durch die Beschäftigung in der Großindustrie gesprochen habe, so habe ich dabei lediglich die Frau als Familienmutter im Auge gehabt. Unser Antrag bezieht sich doch nicht allein auf die Frauen, sondern auch auf die un- verheiratheten Arbeiterinnen. Es steht auch nicht in unserem Antrage, daß wir die Frauen ganz aus der Großindustrie ausschließen wollen, aber da stellt man sich auf die Tribüne des Reichstags, thut so, als ob wir das beabsichtigten, und kann nun auf diesen Vopanz los schlagen. Die Konkubinate sollen wir mit der Beschränkung der Frauenarbeit auf 10 Stunden fördern! Selbst wenn eine solche vereinselt stehende Bestimmung diese fatale Wirkung haben könnte, so steht sie doch eben nicht vereinzelt, sondern im Zusammenhang mit dem gesammten Arbeiterschutz. Dadurch wird vielmehr die Frau in ihr natürliches und göttliches Recht wieder eingesetzt. Die Auflösung aller Familienverhältnisse, wie sie durch die Frauenarbeit herbeigeführt wird, ist recht eigentlich eine Förderung der Konkubinate. Mit dem Ausschluß der Frauenarbeit steuern wir keineswegs in den sozialdemokratischen Staat hinein, wenn wir diesen Ausschluß in der Hoffnung auf die Erhöhung des Lohnes für die Männerarbeit antreiben. Der Preis der männlichen Arbeitskraft geht von selbst in die Höhe, auch innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung, wenn die Frauenarbeit in der Fabrik beschränkt wird. Natürlich sehen das sehr viele Herren in der Großindustrie nicht gern. Zum Schluß ein einziges Wort über die Haltung der verbündeten Regierungen. Wenn man gegenüberstellt den Hochdruck, mit dem sie die Beschützergesetze im Reichstage zur Annahme brachten und die vollständige Aehnlichkeitslosigkeit gegenüber unseren Anträgen, wenn man sieht, wie in den letzten Jahren der Bundesrath sich dagegen ganz ablehnend verhalten hat und heute ganz abweisend sich verhält, so ist das ein trauriges Zeichen der Zeit, welches es genügen wird, einfach festzunehmen. Die Verantwortung für diese Haltung wird nicht beim Reichstage, sie wird bei den verbündeten Regierungen liegen. Mögen sie in erster Stunde sich dessen bewußt werden. Das ist eine Warnung und keine Drohung. (Beifall rechts im Zentrum.)

Als Antragsteller für den Antrag Lohren erhält das Schluswort

Abg. Henning (Reichspartei): Wir haben uns auf den Antrag Lohren beschränkt, weil wir glauben, daß mit Initiativanträgen überhaupt nicht zum Ziele zu kommen ist; dennoch wird die weitere Lesung der Anträge nicht vergebens sein. Mir persönlich geben die Anträge theils nicht weit genug, theils sind sie mir zu einseitig. Die Großindustrie beschäftigt nur den vierten Theil sämtlicher Arbeiter, der beabsichtigte Schutz müßte auch mindestens auf die Hausindustrie und das Kleinergewerbe ausgedehnt werden. Nicht weit genug gehen mir die Anträge bezüglich der Kinderarbeit. Ich wünsche sie schon vom Standpunkt der Schule aus gänzlich verboten, denn mit einem Erfolg auf dem Gebiet der Schulbildung ist die Fabrikarbeit in keinem Falle vereinbar; der Antrag geht vielmehr eine Prämie auf eine möglichst kurze Schulzeit. Unsere Industrie kann die 21 000 Kinder, die sie gegenwärtig beschäftigt, gewiß entbehren.

Abg. v. Stumm (persönlich): Herr Dr. Lieber hat mich als ein Gespenst aus dem Jahre 1878 bezeichnet und sich gleichzeitig auf unsere damalige gemeinsame Arbeit berufen. Ich zitiere aus dem stenographischen Bericht von 1878, daß Herr Dr. Lieber die damalige Vertretung meines Standpunktes als loyal und gewaltlos gekennzeichnet hat, heute, wo ich genau denselben Standpunkt wie 1878 vertritt, bin ich ein Scheusal. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lieber: In der Sache mag Herr von Stumm Recht haben, in der Art der Besetzung seines Standpunktes ist er heute nicht mehr derselbe wie 1878.

Die zweite Lesung der Anträge wird ohne Kommissionsberatung im Plenum stattfinden.

Schlus 5½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Etat des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit dem zweiten Nachtragetat 1889/90, betr. die Forderungen für die Bismann-Expedition.)

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen hergeben und bemerkt hierzu, daß dieselbe wöchentlich einmal mit event.

Abänderungen abgedruckt wird, ferner, daß Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren Wilhelm Berner, Sebaltianstr. 72, Arno Winter, Köpnickstr. 120, Otto Heindorf, Langestr. 70, auszugehen haben. Alle eventuellen Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

Aldersbrauerei, Gesundbrunnen.
Altienbrauerei Moabit.
Bergschloßbrauerei, Rixdorf.
Beyer, Neue Grünstr. 14.
Bod-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Böhmisches Brauhaus.
Bönhoff, Müllerstr. 142.
Böhows Brauerei.
Bolmann, Andreasstr. 26.
Robert, Weinstr. 11.
Brauerei Troost, Kreuzberg.
Brauerei Königstadt.
Brauerei Friedrichsbain (Tipp).
Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer).
Brauerei Pfefferberg.
Buggenhagen (Nordpflanz).
„Bürgerläde“, Dresdenerstraße.
Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
Eiseller-Etablissement, Ghauffestr.
Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
Gnab, Brunnenstr. 38.
Gottschall (früher Huth), Badstraße, Gesundbrunnen.
Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Heise, Rihtenbergerstr. 21.
Heudrich's Säle, Beuthstr. 18/21.
Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31/32.
Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
Königshof, Bülowstraße.
Klein's Festäle, Oranienstr. 180.
Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
Krüger, Hochstr. 32a.
Kruiger's Salon, Wasserthorstr. 68.
Mundt, Köpnickstr. 100.
Norddeutsche Brauerei, Ghauffestr. 58.
Orschel, Sebaltianstr. 39.
Pohl, Müllerstr. 7.
Renz's Salon, Raunynstr. 27.
Rennsfahrt's Salon, Dennewitzstr. 13.
Reyer, Alte Jakobstraße 83.
Rohr, Adalbertstr. 21.
Satzler, Grüner Weg 29.
Sahn's Klubhaus, Annenstr. 16.
Sanssouci, Kotlauerstr. 4 (20 R.).
Scheffer's Salon, Inselftr. 10.
Salobbrauerei Schöneberg.
Schneider, Delfortstr. 15.
Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
Schweizergarten, Am Königsfor.
Silber's Salon, Schwebelstr. 24.
Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Neuküdnischer Volksgarten, Proskauerstraße.
Unionsbrauerei Hohenhaide.
Vereinsbrauerei (Rudow).
Viktoria-Brauerei, Lühnowstraße.
Weimann's Volksgarten Gesundbrunnen.
Wendt, Dresdenerstr. 116.
Wollschläger, Blumenstr. 78.
Wohlhaupt, Mantelueffstr. 9.
Zemler, Minialstr. 11.

Der Erfolg der Arbeiterschaft in dem Kampf um die Versammlungslokale ist ein vollstündiger. Die Lokalbesitzer wollen jetzt sogar — niemals so intolerant gewesen sein, wie Arbeitern ihre Säle zu verweigern. Es soll ein Kampf gegen Windmühlen gewesen sein, die Lokalkommission soll die Thüren eingerannt haben, oder höchstens hat es sich um „Mißverständnisse“ gehandelt. Man kann darüber lächeln, man mag unerschrocken die „Norddeutsche“ — wir meinen nicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ — ein bisschen lümmeln lassen. Einer Entgegnung bedarf es aber, wenn der Brauereibesitzer und freireichliche Reichstagsabgeordneter Goldschmidt in einem Schreiben, welches vom „Berl. Ztbl.“ veröffentlicht wird, unter Berufung auf seine „liberale Gesinnung und Parteilosigkeit“ es unternimmt, den Verdacht von sich zu weisen, daß er irgend einer Partei einen Saal zu Versammlungen verweigern würde. Herr Goldschmidt ist keineswegs so liberal und tolerant, wie er glauben machen will. Derselbe verweigerte den Saal des Handwerkervereins den Arbeitern lange Zeit mit der Begründung, daß der Saal zu politischen Versammlungen überhaupt nicht hergegeben wird. Trotzdem fanden Versammlungen anderer Parteien recht oft dort statt. Die Berichtshalter wurden dann gebeten, in ihren Berichten statt „Saal des Handwerkervereins“ „Lokal Sophienstr.“ zu sagen.

Prügelien in Versammlungen (heinen jetzt bald zur Tagesordnung zu gehören. Am 19. d. M. fand in der „Lohnhalle“ eine Versammlung des „Evangelischen Bundes“ statt, in welcher einige als Katholiken erkannte Personen arg mißhandelt wurden. Gegen den Vorhänger der Versammlung, Prediger Lizenziat Weser, ist ein Strafantrag wegen Verletzung gestellt worden, weil er einen Katholiken einen „Lumpenrante“, Hauptredner in der Versammlung war der Pfarrer Thümmel aus Renssrid, welcher seine bekannte Dehne gegen die Katholiken hielt. Unsere Leser wird der Inhalt derselben nicht interessieren, obgleich sie bezeichnend ist, wie noch mehr die Thatsache, daß sich in der Hauptstadt des Deutschen Reiches im Jahre 1889 in der „Lohnhalle“ Protestanten und Katholiken um ihres Glaubensbekenntnisses willen hielten. Die Versammlung setzte sich nur aus Personen der „gebildeten Stände“ zusammen; übrigens war die „Lohnhalle“ überfüllt, auch zahlreiche Damen waren anwesend.

In der zweiten Versammlung, in welcher es zu Thätlichkeiten kam, überfielen gleichfalls die Veranstalter, diesmal allerdings weniger „Mülfre“ Personen, die in der Mindertahl befindlichen Gäste. Die Versammlung war am Donnerstag im „Süd-Ost“ und Redner war Dr. Bödel. In der eröffneten „Debatte“ wurden die Gegner des Redners „geschlagen“, die Bödelinge blieben „Sieger“. Bödel selbst wählte, obwohl seine Anhänger in der Mehrheit waren, der Tapferkeit besterung, daß er mit einem Trupp Antisemiten erst den Saal nachdem die Gegner außer Gesichtswerte waren.

Wiederum ereignete sich eine Prügelei am letzten Freitag in der Delegirtenversammlung des Innungs-Ausschusses. (Siehe Bericht.) Die Herren hatten der Einschränkung der Koalitionsfreiheit, dem Ausschlagern der „Streitkräfte“, der Judenverdringung und anderen schönen Dingen das Wort geredet, als dann aber Schuhmachermeister Wochhall Opposition machte und sogar von einer Strebrei nach Verwaltungen in der Innung zu sprechen wagte, tönte das Kommando: „Wacht raus“, „Spudt ihn an“, und man fiel über ihn her.

Man ist eben immer so verlegen um Gründe für die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Wie hübsch wäre man doch aus dieser Verlegenheit, wenn nur die geschützten Dinge und Innungen in Arbeiterversammlungen vorkämen!

Ein Unternehmen, zwar nicht großartig durch den Städt zu lauffenden Augen, aber desto großartiger durch den von den Gründern desselben erhofften Gewinn, wird von einem Konsortium unter Führung der Darmstädter Bank, der Berliner Handels-Gesellschaft und der Deutschen Bank geplant.

weiches gew
bestand an
schen. F
Nun, das
legung der
emte un
Zoonanlei
in Aufsicht
Krum
lo ungehe
wenn es n
wollungsbe
ledend, de
enlagen zu
ein paar h
ein jährlich
moralischen
welcher m
„leiste“ g
ordnen
viene
Es
das Leber
balde ober
der Schule
eine Sünd
um bei de
leber aber
Gewinn zu
Zwecke die
Wenn
genannten
ihnen fo
sollt wen
Unternehm
bezug
wenn, de
leser sein
Sieg mir
Verheil u
Viele
der eine
verobau
den Vertr
schmen d
Beachtun
Geg
heilung t
in der G
om, ist
Schöbe R
mit 6 U
mit
Ante
R. J.
Aelter u
nung als
nem Un
leand u
vlligen
am Sonn
der Rähl
am Sonn
Kloster;
Könige
einen S
schiedlich
mit Blut
nicht besa
infolge W
Oberam
man eine
durchführ
mord für
Umstände
sich J. di
troß sorg
Die Chef
Höhung
politisch
missen. I
Gänge;
Morque
Ein
meldet, i
nachdarte
Könige,
Bannpfe
latenber
gegen
mehr rea
ber am
mit dem
Dampff
gegen die
sowie E
gefällt;
in daß
Linie da
Eingalt
Basenle
anlerer
Kastan
Kruers
geschloß
ja aus
die and
Drigwe
Krimme
Anspruch
ermittelt
Ein
gegen A
Rabe der
Zür ein
Kraus
Mann a
wuchlas
Zug auf
heraus
der sich
mithe
Kranz
entlang
muth W
leisen E
legungen
gebracht
lagers
manbat
Schnang
Ein
Strahe
Krahe u
entkalt
Steinbr
Theil b
Zeilber
plüßig.

...zwei Häusermaße das Verkaufrecht auf den Gebäude-
bestand an der Schloßfreiheit für ca. 5 000 000 M. erworben
haben. Das Konsortium unterbreitet dem Magistrat den
Plan, daß die Stadt Berlin auf diesem Terrain nach Nieder-
legung der dort befindlichen alten Gebäude, Gartenanlagen
errichte und unterhalte. Zur Deckung aller Kosten wird eine
Anleihe im Betrage von 40 000 000 M. mit großem Gewinn
in Aussicht genommen.

Raum läßt es sich annehmen, daß das Konsortium mit einem,
so ungeheuerlichen Pläne an den Magistrat herangebracht wäre
wenn es nicht die Vermutung hätte, daß beide städtische Ver-
waltungsbehörden darauf eingehen würden. Es ist so ver-
wunderlich, dem Schlosse gegenüber prächtige gärtnerische Schmuck-
anlagen zu schaffen, die weiter nichts kosten werden, als etwa
ein paar hunderttausend Mark zur ersten Einrichtung und dann
ein jährlichen Unterhaltungskosten einige 10 000 Mark. An den
moralischen Schaden, der durch die beabsichtigte Lotterie,
welcher man den unschuldigen künftigen Namen „Loo-
sanie“ geben will, angerichtet wird, denkt man nicht. Geld-
diensten ist die Lösung unserer Zeit, auf das Wie des Ver-
dienens kommt es nicht an.

Es sind sonderbare Gegensätze, in welchem sich heut zu Tage
das Leben bewegt. Glücksspiele sind verboten, wer sie bei sich
hat oder an ihnen teil nimmt, verfällt harter Strafe; in
der Schule wird gelehrt, daß das Spielen um Geldgewinn
eine Sünde sei, der Magistrat giebt aber Waisenkinder her,
um bei der Ziehung der Staatslotterie zu helfen, der Staat
selber aber freut sich nicht, aus seiner Lotterie bedeutenden
Gewinn zu ziehen und zu Lotterien für die verschiedensten
Zwecke die Genehmigung zu erteilen.

Wenn Magistrat und Stadtverordneten den Plan des
genannten Konsortiums gutheißen sollten, so wird man
ihnen kaum einen Vorwurf darüber machen können,
daß wenn unter beiden Körperschaften Aktionäre des
Unternehmens sein sollten, denn die Städteordnung
vorsieht durch die Klaffeneinteilung und die Bestim-
mung, daß ein großer Teil der Stadtverordneten Haus-
besitzer sein müssen, die wohlhabenden Klassen, die durch das
Gesetz mindestens indirekt darauf hingewiesen werden, ihren
Vorteil wahrzunehmen.

Vielleicht wird der glückliche Ausfall der jüngsten Wahlen,
bei einer Anzahl Sozialdemokraten den schon in der Stadt-
verwaltung sitzenden Genossen hinzugefügt, dazu beitragen, daß
den Vertretern des arbeitenden Volkes, von welchen man an-
nehmen darf, daß sie Gegner des Projekts sein werden, mehr
Beachtung geschenkt werden wird als bisher.

**Gegen die Stadtverordnetenwahl der Wähler III. Ab-
teilung im 11. Kommunal-Wahlbezirk, welche am 19. d. Mis-
sion in der Gemeinde „Doppelschule am Marheide“-Platz vor sich
ging, ist eine Kollektorespondenz zufolge, bei der zufälligen
Wahl der Wähler III. Abteilung eingeleitet worden. Das Wahlkomitee soll
am 8. Uhr Abends den Wahllokal fortgesetzt haben.**

**Unter sehr verdächtigen Umständen wurde, wie das
„B. Z.“ meldet, vorgestern der in der Lottumstraße wohnhafte
Kocher und Kommissionär Ernst Jählsdorf in seiner Woh-
nung als Leiche vorgefunden. Das 3. Ehepaar lebte in
guter Eintracht, der etwa 50jährige Ehemann war magen-
schmerzhaft und teilweise erwerbsunfähig, was schließlich zur
wichtigen Zerrüttung des Familienlebens führte. In der Nacht
zum Sonntag wollten Hausbewohner Bärm und Dürst, aus
der Jählsdorfschen Wohnung dringend, vernommen haben.
Am Sonntag Vormittag fand man dann die Wohnung ver-
schlossen; da nicht geöffnet wurde, erbatte der Hauswirth
Anzeige bei der Revierpolizei, welche die Korridorhür durch
einen Schlosser öffnen ließ. Den Eintretenden bot sich ein
schrecklicher Anblick dar: Jählsdorf lag entsett auf einem
Bett, mit Blut getränktem Bett, vor welchem sich eine große Blut-
lache befand. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Tod
infolge Verblutung eingetreten sein mußte; denn am rechten
Oberarm der Leiche, in der Nähe des Ellenbogengelenkes, fand
man eine tiefe Wunde, welche die Hauptader vollständig
durchschneiden hatte. Ursprünglich nahm man einen Selbst-
mord für vorliegend an, dagegen aber sprachen verschiedene
Umstände, so der, daß ein scharfes Instrument, mit welchem
sich die Wunde begeben haben könnte, in der Wohnung
nicht vorzufinden war, daß die Leiche nicht aufgefunden werden konnte
die Ehefrau, sowie zwei erwachsene Töchter des J. hatten die
Wohnung am frühen Morgen verlassen und gaben bei ihrer
vollständigen Vernehmung an, von dem Vorfall nichts zu
wissen. Die Recherchen der Kriminalpolizei sind noch im vollen
Gange; die Leiche des J. wurde gestern Abend nach der
Morque geschafft.**

**Eine große Feuersbrunst wüthete, wie das „B. Z.“
meldet, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im be-
nannten Charlottenburger und legte daselbst zwei große ein-
stöckige, etwa 100 Meter lange Gebäude der Papier-
und Wappenfabrik der Gebrüder Damske völlig in Asche. Die Char-
lottenburger Feuerwehr war dem Wüthen des Elementes ge-
genußvoll ohnmächtig und so mußte die Berliner Feuer-
wehr requirirt werden, welche in der dritten Morgenstunde auf
dem Centralplatz, mit mehreren anderen Zügen und einer
Dampfspritze anlangte und sofort mächtig in den Kampf
gegen die Flammen mit eingriff. Zwei mit Dachpappen,
sowie Stroh und anderem leicht brennbarem Material
gefüllte Gebäude standen bereits in vollem Feuer,
so daß sich die Thätigkeit der Löschmannschaften in erster
Linie darauf richtete, dem Weitergreifen des Brandes
Einhalt zu thun und namentlich die bedrohte Charlottenburger
Gasanstalt zu schützen. Nach harter, vierstündiger Arbeit
unserer von den Charlottenburger und Schönberger Mann-
schaften und Spritzen unterstützten Feuerwehr gelang es, das
Feuer so weit Herr zu werden, daß jede weitere Gefahr aus-
geschlossen erschien. Um 5 Uhr früh konnte daher der Central-
platz aus der Lindenstraße wieder nach Berlin zurückkehren,
die anderen folgten um 8 Uhr Morgens und überließen der
Feuerwehr das weitere Ablöschen der noch immer glimmenden
Trümmer, eine Arbeit, welche nahezu den ganzen Sonntag in
Anspruch nahm. Ueber die Entstehung des Brandes hat nichts
ermittelt werden können.**

**Eine aufregende Szene alarmirte gestern Nachmittag
gegen 4 Uhr die Passagiere eines Stadtbahnzuges. In der
Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße öffnete sich plötzlich
die Thür eines Coupes 3. Klasse eines von Westend kommenden
Zuges und gleich darauf schwang sich ein junger gutgekleideter
Mann aus demselben, um mit einem entsetzlichen Aufschrei be-
wusstlos liegen zu bleiben. Wenige Sekunden später lief der
Zug auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Wie sich nunmehr
herausstellte, ist der junge Mann ein 25jähriger Kaufmann,
der sich in anscheinend trunkenem Zustande befand, im Ueber-
muth aus seinem Coupe hinausgesprungen, ehe es noch
Jemand der Mitreisenden verhindern konnte. Sofort die Strecke
entlang Geschickte Bahnbeamte fanden den durch seinen Ueber-
muth Verunglückten in bewußtlosem Zustande neben den Ge-
leisen liegend vor; derselbe hatte im Gesicht so erhebliche Ver-
letzungen erlitten, daß er mittelst Droßke nach der Charite
gebracht werden mußte. Außer eines langwierigen Kranken-
lageres hat der übermüthige Springer auch noch ein Straf-
mandat wegen groben Unfugs und Gefährdung eines Eisen-
bahnzuges zu erwarten.**

**Ein unglaublich früher Baufall auf offener
Straße ist am letzten Sonntag Abend in der Danziger-
straße verübt worden. — Als ein in der Städtischen Gas-
anstalt in der Greifswalder- und Danzigerstraße beschäftigter
Arbeiter in der 6. Abendstunde durch den noch unbedauten
Theil der Danzigerstraße schritt, um sich nach seiner in der
Friedrichstraße Nr. 40 gelegenen Wohnung zu begeben, wurde er
plötzlich, als er sich in der Nähe der Weisenburgerstraße be-**

fund, von mehreren Personen hinterücks angegriffen und
ehe sich der Ueberfallene nach seinen Gegnern umzu-
wenden vermochte, erhielt derselbe einen wuchtigen
Schlag auf den Hinterkopf mittelst eines stumpfen Instru-
mentes, wahrscheinlich eines „Todschlägers“, so daß der Stein-
träger sofort zusammenbrach. Als sich der Ueberfallene nach
einer Zeit wieder erhob, bemerkte er, daß man ihm seines Ueber-
zieheres, seiner Stiefeln und Stümpfe, eines Portemonnaies
mit 72 M. Inhalt und einer silbernen Zylinderuhr nebst Kette
geraubt hatte. Mühsam raffte sich der stark Blutende auf, um
Hilfe aufzusuchen, kam jedoch nur bis zu dem Haus Nr. 45, in
dem die Schwerverletzte Hausbewohner in einer Blutlache
liegend und schreiend ihn nach dem Polizeibureau in der Zehde-
niederstraße, wo ihm ärztliche Hilfe zu Theil wurde und dann
die Ueberführung des Ueberfallenen nach einem Krankenhause
angeordnet wurde. Nach den frechen Räubern wird seitens
unserer Kriminalpolizei eifrigst rechercht.

Verwandenes Kind. Die in Kummelsburg, Leffing-
straße 9, wohnhafte Witwe Balbin ist durch das plötzliche
Verschwinden ihres 13 Jahre alten Sohnes August B. in
große Betrübniß versetzt worden. Der Knabe, welcher ohne
Wissen der Mutter oft hinter die Schule gegangen ist, verließ
am 12. d. M. Morgens um 7½ Uhr die elterliche Wohnung
und ist seitdem noch nicht wieder zurückgekehrt. Die über
das Schicksal ihres Kindes außerordentlich besorgte Mutter
bittet dringend um Nachricht. Behufs Rekonnozirung des
Verunglückten solat das Signalement desselben. — Der Knabe ist
von kräftigem Körperwuchs, hat blondes Haar und ist beiseite
mit einem dunklen Jaquet, graugestrichter wollener Weste,
schwarzen Hosen und Stiefeln und hat jedenfalls Kopf-
bedeckung bei sich; beim Gehen trägt B. seine Blicke zur Erde
gesenkt.

Polizeibericht. Als am 23. d. Mis., Vormittags, der
Rittenmacher Mühl die Wilhelmstraße passirte, brach er auf
dem Bürgersteige vor dem Hause Nr. 101 plötzlich bewußtlos
zusammen. Er wurde von einem in der Nähe auf Posten
stehenden Schutzmann nach seiner Wohnung gebracht, wo er
halb darauf insgehe Schlagenfalls verstarb. — An demselben
Tage fiel ein Arbeiter in der Trunkenheit vor dem Hause
An der Schleife Nr. 6 zur Erde und erlitt dadurch anschei-
nend schwere Verletzungen am Kopfe, so daß er nach der
Charite gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit fiel
der Klempner Jang aus dem Grundstüd Arndtstraße 54 infolge
Bruchs eines schadhaften Belagbrettes von einem etwa drei
Meter hohen Bodgerüst herab, und erlitt dadurch außer
Quetschungen an den Armen eine schwere Verletzung
am Kopfe. Er wurde mittelst Droßke nach der
Charite gebracht. — In der Nacht zum 24. d. Mis.
wurde ein Arbeiter an der Ecke der Grenz- und Wiesenstraße
von einem einspännigen Fuhrwerk überfahren und am Ober-
schenkel so schwer verletzt, daß er mittelst Krankenwagens nach
der Charite gebracht werden mußte. — Am 24. d. M. ver-
giffete sich ein Mann in seiner Wohnung in der Giesinger-
straße anscheinend mittelst einer Lösung von Schweinsfurter
Grün. — Nachmittags wurde ein Mann in seiner Wohnung
in der Lottumstraße todt aufgefunden. Derselbe hatte sich ver-
muthlich in Folge ehelicher Zerrüttungen die Pulsader am
rechten Arm geschnitten. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann
in seiner Wohnung in der Weisstraße erhängt vorgefunden.
— Abends sprang ein Arbeiter auf der Strecke zwischen dem
Lehrter Bahnhof und Bahnhof Friedrichstraße in Nähe des
Leffing-Theaters aus einem in der Fahrt befindlichen Stadt-
bahnzuge und zog sich dadurch bedeutende Verletzungen am
Kopfe zu, so daß er nach der Charite gebracht werden mußte.
— Am 23. d. M. und in der darauf folgenden Nacht wurde
die Feuerwehr zur Löschung kleinerer Brände nach drei ver-
schieden Stellen gerufen.

Gerichts-Beitrag.

In den Kreisen der Pferdehändler erregte ein
Prozess, der gestern vor der 98. Abtheilung des Schöffengerichts
stattand, besonderes Interesse. Der Pferdehändler Benzina
sollte sich eines Betruges schuldig gemacht haben. Der Fabrikant
Nix hat im Juli von dem Angeklagten ein Pferd für 1600
Mark gekauft. Wenige Tage nach dem Besitzwechsel fing es
an so stark zu lahmen, daß es gebrauchsunfähig wurde. Das
Uebel war nicht zu heben und Nix mußte das Pferd für 150
Mark weiter veräußern. Er hielt sich für betrogen und er-
stattete Anzeige. Durch die Beweisnahme wurde festge-
stellt, daß Nix das Pferd vor dem Ankaufe eingehend be-
sichtigt hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte der Angeklagte ihn
darauf aufmerksam gemacht, daß das Pferd an einer Sehnen-
verletzung leide und deshalb Bandagen trüge. Es
wurde dadurch in seiner Leistungsfähigkeit aber nicht
beeinträchtigt und eine Sehnenverletzung gelte unter
Kennern nur als ein Schönheitsfehler. Der Käufer magte
vor Abschluß des Geschäftes ferner einen Proberitt und erklärte
sich mit dem Ergebnisse zufrieden. Nach der Anklage soll die
Behauptung des Beschuldigten, daß eine Sehnenverletzung nur
ein Schönheitsfehler sei, eine falsche Vorpiegelung sein und
waren mehrere Sachverständige geladen, welche sich über diesen
Punkt zu äußern hatten. Konnerzienrath Ulan begutachtete,
daß er selbst das Pferd habe kaufen wollen und für dasselbe
1300 Mark geboten habe. Er schätze dessen realen Werth auf
1000 Mark, für einen Liebhaber sei der Werth aber höher zu
bemessen. Die Sehnenverletzung müsse allerdings unter
Kennern als Schönheitsfehler zu gelten. Dieser letzteren An-
sicht schloß sich der zweite Sachverständige, ein bei der könig-
lichen Thierarzneischule angestellter Thierarzt an. Eine Sehnen-
verletzung sei ein Schönheitsfehler, der aber leicht zu einem
Gebrauchsfehler anwarte, sobald das Pferd besonderen An-
forderungen unterworfen werde und dies (keine im vorliegen-
den Falle geschehen zu sein. Der Staatsanwalt beantragte
unter diesen Umständen selbst die Freisprechung des Angeklagten,
da demselben weder eine betrügerische Absicht noch eine falsche
Vorpiegelung nachgewiesen sei und der Gerichtshof erkannte
nach diesem Antrage.

Elberfelder Sozialistenprozeß.

(Schlußbericht des 5. Verhandlungstages.)
Berth: Es kam der Name Weber vor; welchen Vor-
namen trägt er?
R.: Das weiß ich nicht; Gustav und Emil sollen zugegen
gewesen sein.
Berth: Beide waren an dem Tage in Magde-
burg.
R.: Es kann möglich sein, daß meinem Gewährsmann
ein Irrthum unterlaufen ist.
Rösser: Ich kann nachweisen, daß ich an der Versam-
lung nicht Theil genommen.
Grimpe: Wo ist die Depesche über die Versammlung?
R.: Ich habe sie vernichtet.
Grimpe: Aus den Mittheilungen des Zeugen geht her-
vor, daß er vorher von der Versammlung wußte. Warum hat
er sie nicht aufgelöst?
R.: Es wurde mir nur gesagt, daß die Kongresswahl
stattfinde. Die Versammlung hätte ich beobachtet, nicht auf-
gelöst, wenn ich nicht abgehalten worden wäre.
Berth: Hat der Zeuge eine Versammlung beobachtet
und warum nicht?
R.: Ich muß mir das überlegen. Ich glaube, einmal
Nachts zu einer Versammlung gerufen zu sein.

Berth: Der Zeuge hat nur zwei Sozialdemokraten die
Stehplätze verlassen sehen und daraus geschlossen,
daß eine Versammlung stattgefunden.
R.: Es fanden noch weitere Versammlungen statt, wegen der
Fr. Br. und andere Besprechungen, wie Ueberwachung der
Flugblattverbreitung, Wahl des Wahlkomitees, Verteilung von
Sammelzettel, Abrechnung des Wahlfonds.
Berth: Bei Harm ist also das Wahlkomitee
gewählt worden.
R.: Ja.
Auf Befragen Bebel's erklärt R., daß das Wahlkomitee
in der Versammlung bei Harm gewählt worden und der
Polizei angezeigt worden sei, daß sich ein Wahlkomitee konsti-
tuirt habe.
Rösser: Harm hat mich gefragt, ob ich dem Wahlkomitee
angehören wolle; gewählt war ich nicht.
R.: Emil Müller war Korrespondent. Er hatte die „Ge-
heime Tinte“. In Verbindung stand er mit der Fraktion und
dem „Soz.“
Müller: Woher weiß der Zeuge von der geheimen
Tinte?
R.: Von meinem Gewährsmann. Die Hausdurchsuchung bei
Wind war erfolglos. Dessen Frau theilte mir nach einigen
Tagen von der Tinte mit und bezeichnete den Ort, wo sie
stand. Darauf habe ich die Tinte auf dem bezeichneten Platz
gefunden, im Wohnzimmer, auf einem Brett rechts neben dem
Bett. Die Frau kam aus eigenem Antriebe zu mir; ich habe
nicht mit ihr gesprochen.
Wind: Ich war angeklagt, meine Frau mißhandelt
zu haben. Hat Kamphoff die Tinte aus der Tasche ge-
zogen?
R.: Ja, ich hatte sie vorher bei Wind gefunden. Emil
Müller war Hauptführer der Partei seit 1881.
Müller: Ich bin erst 1881 hierhergekommen.
Wind: Die Tinte wurde nicht bei mir gefunden.
R.: Die Frau theilte mir mit, ich möchte die Puppenköpfe
revidiren; darin fand ich ein Schriftstück, das für Zürich be-
stimmt war.
Berth: Wir haben die Angeklagten ersucht, unnötige
Fragen zu lassen.
R.: Aus früheren Jahren sind mir noch einige Versam-
lungen genannt, die weder ich noch mein Gewährsmann jetzt
noch kennen. Nohrbenn war mit den Vorbereitungen der
Wahl zum Wobener Kongress betraut. Hier entschied man
sich für die revolutionäre Richtung Mosk. Hugo Hillmann
war am Kongress.
Bebel: Ich konstatire, daß Hillmann nicht beim Wobener
Kongress war. Die Untersuchung gegen Rosen Oppenheimer
wegen der Theilnahme am Kongress wurde eingestellt.
R.: Die Mittheilungen wurden mir erst jetzt gemacht.
Die Versammlungen waren von Mordeun und Anderen (Zu-
nächst eine Reihe Namen) besucht. Hülle war zum Kongress.
Die Berichte über den Kongress wurden im Walde oder bei
Hülle erstattet. Spätere Versammlungen fanden statt zur
Schlichtung von Streitigkeiten, die auf dem Kongress un-
erledigt blieben.
Wind: Ich denke, daß Kamphoff im Einverständnis mit
meiner Frau die Tinte beschafft und in meine Wohnung ge-
steckt haben. Wenn Kamphoff etwas annimmt, kann ich auch
etwas annehmen.
Kamphoff: Die Tinte wird nicht nur von den
Sozialdemokraten, sondern auch von der anarchistischen Partei
benutzt.
Bebel: Der Zeuge hat gesagt, das Komitee sei in Ver-
bindung mit der Fraktion. Wie ist das?
R.: Die Mittheilung geschieht mündlich durch Harm, der
auch Schriftstücke mitnahm.
Bebel: Ich erkläre es als erfunden, daß die Fraktion
mit einer etwa hier bestehenden Verbindung verkehrt.
R.: Es besteht in der Fraktion auch wieder ein Komitee
von drei oder vier Personen, an dessen Spitze Bebel steht.
Bebel: Der Zeuge ist sehr schlecht unterrichtet über
Sachen, die alle Welt weiß. Der Fraktionsvorstand besteht
aus fünf Personen. Seit Jahren habe ich einen einzigen Brief
von Müller bekommen, der sich darüber beschwerte, daß
Harm mit Gilles ein Blatt gründete. Gelder für den Unter-
stützungsfonds kamen aus dem Wuppertal nur wenig. Hosen-
clever hat sogar seine Verwunderung darüber ausgesprochen,
daß das Wuppertal das letzte Mal seine Wahlkosten bedrte.
R.: Nach meinen Mittheilungen ist Bebel berechtigt, Ver-
träge bis zu 25 M. auszugeben. (Bebel: Das hat der Zeuge
in der Zeitung gelesen.) Es ist mir von drei Seiten mitge-
theilt, von denen ich zwei für zuverlässig halte, daß sämtliche
Schriften, die an den „Sozialdemokrat“ gehen, erst von einem
Theil der Fraktion geprüft, eventuell zurückgewiesen werden.
Bebel: Die ganze Geschichte ist eine Erfindung der
Gewährsmänner Kamphoff's. Wer bildete die Parteileitung?
R.: Die Fraktion.
Bebel: Gestern wurde konstatiert, daß die Einladung
zum Kongress öffentlich geschah. Einer geheimen Mittheilung
bedurfte es nicht. Die Gewährsmänner müssen Leute sein,
die in der Partei sich bewegen. Wer sind sie? Haben sie
Geld bekommen? Hat Kamphoff sie verleitet?
R.: Ich verweigere die Auskunft. Es waren früher So-
zialdemokraten, jetzt nicht mehr. Ich verweigere die Aussage
darauf, ob die Leute Geld erhielten. Sie haben sich freiwillig
angeboten.
Bebel: Aus den Reichstagsverhandlungen ergab sich,
daß hat auch Puttkamer zugehört, daß im Polizeidirektor
Nichtgenannten, zu Deutsch Lumpen stehen. Ich beantrage,
daß die Gewährsmänner in nicht öffentlicher Sitzung verhö-
rt werden. Kennt der Zeuge den Weber, der in der Anklage oft
vorkommt oberweilich er dessen Wohnung?
R.: Nein. Es ist ein Sozialdemokrat Weber mir nicht
bekannt.
Bebel: Dieser Weber ist nicht angeklagt, obwohl er
nach der Anklage an vielen Versammlungen Theil genommen.
Darauf wundere ich mich.
Staatsanwalt: Von den polizeilichen Mitthei-
lungen wurde nur das benutzt und glaubwürdig gehalten,
was durch andere Beweise unterstützt wird.
Bebel: Ich beantrage die Vernehmung Julius Weber
in Darnen-Rittershausen, Rosenstr. 60, als Zeuge.
Der Bericht beschließt die Ladung.
Die Vertheidigung beantragt, den Zeugen Kamphoff noch
nicht zu entlassen, sondern der Vertheidigung dessen weitere
Vernehmung an anderen Tagen zu gestatten.
Dieser Antrag wird vom Gerichtshof angenommen und
Kamphoff bedeutet, sich jederzeit zur Vernehmung bereit
zu halten.
Die Sitzung wird nach 2 Uhr geschlossen und auf Montag,
9 Uhr Vormittags, vertagt.

Soziale Ueberblick.

Ladung! Schrauben- und Facendreher! Der Streit
bei der Firma Neubaus u. Co. in Udenwalde dauert un-
ändert fort. Nähere Berichte folgen noch. Zugug ist fernzu-
halten.
Ladung! Vergolder Berlins! In der Goldbleich-
fabrik von Ed. Reihlow u. Co., Köpenickerstraße 109 a, ist ein

Streik wegen einer Maßregelung und des dort bestehenden Markensystems ausgebrochen. Alle Kollegen haben die Arbeit niedergelegt. Es wird gebeten, den Zustand fern zu halten.

In alle Frauen und Mädchen Deutschland! Samstags u. g. Von allen Seiten hört man, daß die Frauen und Mädchen immer größere Fortschritte in der Organisation machen und sich immer neue Vereine bilden, und doch wie traurig sieht es in den Städten aus, wo noch keine Vereine existieren. Trotzdem kühnlich über alle möglichen Uebelstände in jeder Branche geklagt wird, hat die große Mehrzahl bis jetzt immer noch nicht die richtigen Mittel und Wege gefunden, um diese Uebelstände zu beseitigen. Dies kann nur durch eine Vereinigung sämtlicher Arbeiterinnen geschehen, dieser Punkt ist bis jetzt noch von den meisten unbeachtet geblieben. Nur eine große straffe Organisation ist im Stande, eine Besserung unserer Lage herbeizuführen, denn die Forderung der Arbeiterin macht sie der Herrschaft des Arbeitgebers unterthanig, indem sie allein stehend mit jedem willkürlich gegebenen Lohne zufrieden sein muß. Daß die Sachen noch so traurig liegen, können wir nicht allein den Frauen und Mädchen zur Last legen, davon sind wir weit entfernt. Nach unserer Meinung sind auch die Männer nicht wenig schuld daran, indem sie die Frauen und Mädchen nicht genügend unterstützen und vor allen nicht den richtigen Weg zeigen. Wir richten an alle Frauen und Mädchen, welche auf Herren-garderoben, Mäntel und im Schneiderschneiden arbeiten, die Bitte, öffentliche Versammlungen abzuhalten und Vereine zu gründen. Auch an alle Arbeiterinnen in Orten, in denen Vereine bestehen, richten wir die Bitte, Versammlungen abzuhalten zur Besprechung über eine Zentralisation über ganz Deutschland. Erst dann können wir etwas bewirken, wenn wir alle vereint dastehen und geschlossen für die Verbesserung unserer Lage eintreten können, denn nur Einigkeit macht stark. Deshalb, liebe Kolleginnen, laßt unsere Bitte nicht unbeachtet und folgt unserem Beispiele und helfe uns die Zentralisation ins Leben rufen. Wir bitten Euch um Nachricht über Eure Ansichten in dieser Angelegenheit zukommen zu lassen. J. A.: Die Kommission. Frau Straub, erste Vorsitzende, Kurze Str. 31 III. Frau Kugner, Kraienkamp 31 IV. Frau Wieditz, 3. Marktstraße 4 V. — Alle arbeitstreuen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Verfammlungen.

Der Innungs-Ausschuss hielt am Sonnabend Abend seine Herbst-Delegierten-Versammlung im Jordan'schen Saale ab, um den Geschäftsbericht entgegenzunehmen. Die Gruppeneinteilung für das Jahr 1890 vorzunehmen, den Haushaltungsplan festzusetzen und in die bereits angekündigte Besprechung über das Koalitions-gesetz einzutreten. Obermeister Brandes leitete, wie die „Volkzeitung“ berichtet, diese Besprechung mit einem Hinweis auf die von dem Streik-Komitee der Bildhauergehilfen erfolgte „Sperr“ selbst solcher Werkstätten ein, welche die Forderung der Gehilfen in allen Punkten bewilligt hätten. Wenn die herrschenden und bestimmenden Verhältnisse in irgend einem Handwerk es nicht gleich gestatten, alle Wünsche der Arbeiter zu befriedigen, so berechtigt dieser Umstand die Arbeiter doch nicht, Berufsverklörungen (Boykotts) gegen Gastwirthe, Fabrikanten, Handwerker zu verhängen. Dagegen müßten sich die Handwerker, ob einer Innung angehörend oder nicht, zur Wehre setzen. Der Innungstag wünsche deshalb eine Deklaration des Koalitions-gesetzes, nicht um die Koalitionsfreiheit aufzuheben, die ja auch den Fabrikanten zu Gute komme, sondern nur um den unberechtigten und übermäßigen Angriffen auf das Eigentum Anderer ein Ziel zu setzen. Was solle wohl aus dem gesammten Staatsleben werden, wenn dieses System weiter um sich greife? Man müsse an die Befehlsgebung herantreten, um eine Umänderung herbeizuführen. Er wünsche deshalb, daß auch der Innungsausschuss von Berlin, als die Vertretung sämtlicher hiesiger Innungen, sich der Petition anschließen möge. Schuhmachermeister Wortschall meldete sich nun zum Wort, um das Boykott gegen die Brauereien wegen der Hergabe ihrer Säile zu Verfammlungen als eine berechtigte Gegenwehr zu vertheidigen. Dagegen halte auch er das Boykott gegen Jobbitten für einen großen Fehler, denn Vortheile hätten die Arbeiter nicht davon zu erwarten; die Vortheile würden vielmehr den kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern sich zuwenden. Und von diesem Gesichtspunkte aus müsse er sich wieder darüber wundern, weshalb die kleinen Handwerker gegen ihr eigenes Interesse sich für die großen Fabrikanten wie Loeser und Wolff und Volle einlegen wollten. Die großen Fabrikanten seien ja doch die Todfeinde des kleinen Handwerkers und wünsche ein Jeder das Monopol für sich. Was den Bildhauer-Streik anbetreffe, so sei er der Meinung, man solle dem Arbeiter geben, was ihm zuzufolge, dann werde er auch nicht streiken. (Widerspruch. Einzelner Ruf: Schluss! Der Redner bricht sofort ab; der Vorsitzende Obermeister Brandes bedauert dies.) Obermeister Wegener will dem Arbeiter sein Recht geben. Wir waren selbst Gesellen und brauchen einen guten Arbeiterstand. Die Forderungen der Bildhauergehilfen sind aber ausverkauft, die Meister können diese Forderungen nicht erfüllen, ohne sich zu ruinieren. Man kann doch einem jungen Menschen, der nichts versteht, statt 75 Pf., die er verdient, 8 M. 75 Pf. geben. Innungsmeister Vorstelt spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß es nicht besser werden wird, bevor nicht die Juden aus dem Reichstag raus- und Handwerksmeister dafür hineingelassen worden sind. (Beifall.) Obermeister Beutel (Schuhmacherinnung) hebt den Versuch einer Innung hervor, im Verein mit den „deutschen Gewerksvereinen“ den Streik und ihren Uebergriffen entgegenzutreten. Bedauerlicher Weise habe aber die sächsische Gewerbe-Deputation der Innung das Recht abgesprochen, zu den Kosten dieses Unternehmens einen Beitrag zu leisten. Auf die Beschwerde habe sich das Polizeipräsidium für inkompetent erklärt und die Innung an den Oberpräsidenten verwiesen. So bereite man den Innungen, wenn sie sich bereit zeigen, vermittelnd einzugreifen, noch die größten Schwierigkeiten. Es bleibe deshalb gar kein anderer Weg, als die Abänderung des Koalitions-gesetzes beim Reichstage zu erbitten. Schuhmachermeister Wain bekann sich im Gegentheil zu Wortschall als kein Freund der Streiks, die beiden Theilen nur Schaden bringen. Die Schuhmacher-Innung werde versuchen, den Weg der Vermittlung durchzuführen und auf andere Weise die vom Obermeister Beutel erwähnten Kosten aufbringen. Von einer Wahagitation im Sinne Wortschall's verpöndere er sich nicht viel, obwohl er ganz damit einverstanden sei, daß mehr Handwerker in den Reichstag kommen sollten, denn bei einem im Frühjahr zu erwartenden Streik der Schuhmacher würde doch nur wieder der Jude das Geschick machen. (Uebhafter Beifall.) — Obermeister Schumann (Schuhmacher-Innung) weist darauf hin, daß von 24000 selbstständigen Schuhmachern im Deutschen Reich etwa nur ein Drittel Gesellen beschäftige. Hier gebe es also einen kleinen Handwerkerstand, der durch Streiks schwer geschädigt werde. Wäre es wirklich die Absicht der Sozialdemokraten, dem „kleinen Mann“ aufzuhelfen, dann hätten sie in diesem Verufe alle Ursache, dem kleinen Handwerkermeister die Hand zu reichen und gemeinsam mit ihm die großen Fabrikanten zu bekämpfen. Ebenso sehe es in vielen anderen Gewerben. Das thun die Sozialdemokraten aber nicht. Es soll vielmehr am 1. Mai n. J. ein allgemeiner Streik an den verschiedensten Orten Deutschlands erfolgen. (Zit nicht wahr. Red. des „A. B.“) Die Großindustriellen lassen deshalb jetzt schon mit Ueberstunden arbeiten, um der Eintritt des Streiks genügend Vorrath auf den Markt werfen zu können. Auch in Oesterreich spekuliert die Großindustrie darauf. Unsere hiesigen großen Schuhmacher machen es ebenso und beabsichtigen, recht vor dem Streik ihre Gesellen zu entlassen. Was soll dann

aus den Gesellen, was aus den kleinen Handwerkermeistern werden? Es ist deshalb Zeit auf Abhilfe zu drängen. Die Hauptsache bleibe, überall „Handwerker-Vollvereine“ zu bilden, um endlich im Reichstage eine angemessene Vertretung zu finden. Obermeister Meyer (Drehelerinnung) und Innungsmeister Viefeldt sind für eine Bekämpfung des Streiks mit den gleichen Mitteln, nämlich einem Ausschluß der Arbeiter auf 4-8 Wochen. Man müsse die Streikbrüder gründlich aushungern, das würde dieselben kurieren. Die Arbeiter würden ja dann einmal die praktische Probe darauf machen können, wer es am längsten aushalten könne. — Obermeister Burg: Gerade die Sozialdemokratie hat die Loeser und Wolffs in allen Branchen groß gezogen, die sie nunmehr zu spät bekämpfen will. Sie ist es auch, die den Arbeiter entwürdigt hat. Sehen Sie einmal als Mitglied der Armenkommission in die Arbeiterfamilien hinein, ob der Mehrverdienst durch Streiks denselben zum Segen gereicht hat. Ein entsetzliches Elend werden Sie finden, nicht den Familien, die vorgegahnt werden, ist der Mehrverdienst zu Gute gekommen. Sie können es von den bedauernswürdigen Familien selbst hören, daß das Familienleben zerrüttet worden ist, der Mehrverdienst und noch mehr, ist anderwärts geblieben. (Beifalliger Beifall.) Deshalb wünsche ich die Annahme einer Resolution, durch welche sie den Vorstand beauftragen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, diesen Ausschreitungen entgegenzutreten. — Schuhmachermeister Wortschall meldet sich hierauf nochmals zum Wort, um der Annahme einer solchen Resolution entgegenzutreten. Seiner Ansicht nach sei dieselbe ein Schlag ins Wasser. Nur die Befehlsgebung könne hier eingreifen und dazu sei die Frage noch nicht spruchreif. Die Innungen hätten vor 20 Jahren Wohlfahrts-Einrichtungen treffen sollen. Das thaten sie aber nicht, und auch heute fördern sie noch nicht das Wohl ihrer Lehrlinge und Gesellen, wie sie es könnten. (Rufe: Ja wohl!) Redner: Wenn es Einzelne gehen haben, so war es auch nur deswegen, um einen Verwaltungsposten zu bekommen. (Diese Aeußerung ruft eine unbeschreibliche Scene hervor. Die Obermeister erheben sich von ihren Plätzen und dringen auf den Redner ein, während Ausrufe wie „Pui!“ — „Freiheit!“ — „Spudt ihn an!“ — „Werst ihn hinaus!“ die Luft durchschwirren. Obermeister Brandes schützte den Redner und forderte ihn auf, das jedenfalls unüberlegt ausgesprochene Wort zurückzunehmen. Wortschall aber erklärte, gleich vor Erregung, dies nicht thun zu können. (Erneuter Ausdruck des Zorns.) Obermeister Brandes entzog dem Redner nunmehr das Wort, während er die entrüsteten Obermeister in die Schranken des parlamentarischen Anstandes dem Redner gegenüber verwies. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt worden, empfahl Obermeister Brandes, in jeder Innung, wie dies auch in ganz Deutschland geschehen soll, eine genaue Statistik über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsleistung aufzustellen und halb-möglichst dem Vorstande des Innungs-Ausschusses zu Berlin resp. dem Zentral-Vorstande des deutschen Innungsverbandes einzureichen. Für Berlin soll dann, etwa im Januar, nochmals eine außerordentliche Delegierten-Versammlung des Innungs-ausschusses stattfinden, in welcher auf Grund des statistischen Materials endgiltig Beschluß gefaßt werden soll. Nach mehreren geschäftlichen Mittheilungen wurden die Verhandlungen um 12 Uhr Nacht abgebrochen.

Ein Mitgliederversammlung der freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend tagte am Sonntag, den 24. November, unter Vorsitz des Herrn Hempel im Lokal Königshof. In derselben sprach Herr Glode über Verkürzung der Arbeitszeit und den Achtundentag. Vom internationalen Arbeiterkongresse in Paris ist bekanntlich die Schaffung eines Organs „der Achtundentag“ beschlossen worden. Redner begegnet eingangs seines Vortrages dem seitlichen Wize eines Theiles der bürgerlichen Presse, das internationale Arbeiterorgan nicht „Achtundentag“, vielmehr „Stiller Faulenzer“ zu betiteln, legte kurz die Zwecke und Ziele des Organs dar, die darin bestehen, die Arbeiterklasse über die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit aufzuklären und beleuchtete seinerseits zum Verständnisse hierfür in längerem Vortrage die heutige Produktionsweise mit allen ihren Nachtheilen, Schäden und Mängeln, die im Großen und Ganzen darauf hinauslaufen, die Arbeitszeit zu verlängern und die Arbeits-löhne herabzudrücken. Deshalb erhebe die ganze Arbeiterwelt, so weit sie organisiert ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit, um durch sie eine materielle und geistige Besserstellung der arbeitenden Klasse zu erreichen unter der heutigen Produktionsweise. Die Umgestaltung derselben in eine großindustrielle Produktionsweise bezeichnete der Vortragende des Weiteren als das Ziel, welches die Arbeiterbewegung sich gestellt habe und ging dann näher auf die Organisationsfrage ein, darlegend, daß durch den Druck der Arbeiterbewegung auf die Befehlsgebung aller Länder zu Gunsten der Arbeiter einzuwirken sei. Die Unfinnigkeit eines Generalstreiks der Arbeiter aller Länder zu einem bestimmten Zeitpunkt nachweisend, betonte Redner am Schlusse seiner Ausführungen nochmals, daß nur eine Verkürzung der Arbeitszeit unter den heutigen Verhältnissen eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse herbeizuführen vermöge und forderte demzufolge auf, den 1. Mai 1890 ein Feiertag zu Gunsten des Achtundentagstages zu begehen. Die folgende Diskussion bewegte sich in dem Gedankengange des Vortragenden. Demnach soll eine öffentliche Maurerverammlung stattfinden zwecks Stellungnahme zum Achtundentagstag bezw. zu dem Beschlusse des internationalen Arbeiterkongresses, den 1. Mai 1890 betreffend. Unter „Verschiedenes“ vollauf die Verfammlungen die Wahl von zwei Thürkontrollen. Gewählt wurden die Herren Barzel und Freier. — Bezüglich der in der vorhergehenden Mitglieder-Versammlung vorgelegten Abrechnung vom statt-gehabten Verpaßungen ist zu berichten, daß, wie die Rechnung ergibt, nicht 198 Mark sondern nur 148,95 M. Ueberschuß gewesen sind.

Die Mitglieder-Versammlung des Unterstützungsvereins der Berliner Maurer fand am Mittwoch den 20. November, Abends 8½ Uhr, in der Inselstr. 10 statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag über ansteckende Krankheiten. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes und Anstehende Angelegenheiten. Die Abrechnung ergab einen Bestand der Vereinstasse von 35 M. 80 Pf., Bestand im Vermögensfonds von 34,48 M. Zum 1. Vorsitzenden wurde Karl Wegner, Admiralstr. 27, gewählt, zum 1. Kassirer Fritz Karge, Friedrichselderstr. 11, zum 1. Schriftführer Otto Rieß, Tresewstr. 88a, zum 2. Vorsitzenden E. Kriemann, Tempelbergr. 21, zum 2. Kassirer Kriemann, Jüdenstr. 33, zum 2. Schriftführer Krause, Solmsstr. 3, zum Revisor Fritz Arndt, Thürkontrollenre Damalsch und August Risch. Hierauf hielt Herr Dr. Sommerfeld seinen lehrreichen Vortrag über ansteckende Krankheiten zur Zufriedenheit der Versammlung. Es entspann sich noch eine lebhafte Debatte. Beschlossen wurde noch, die Beiträge vom 1. Januar auf 20 Pf. wieder zu ermäßigen. Der Vorstand wurde beauftragt, das Annonciren im „Vereinsblatt“ nicht weiter zu verpessen und die Mitglieder aufgefordert, kräftig für das „Vereinsblatt“ zu agitiren. Der Vorsitzende machte noch auf das bevorstehende Stiftungsfest aufmerksam, welches am Sonnabend, den 30. November, in der Schönhauserstr. 156 stattfinden wird.

Luckenwalde. Am Sonntag tagte in Luckenwalde eine Versammlung der Quaiarbeiter und Arbeiterinnen. Als Delegierte waren anwesend der Vorstand der Juiale Berlin. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme der auswärtigen Kollegen zum Generalstreik. Herr Vorkmann aus Berlin erklärte im Namen der Berliner Kollegen sich solidarisch mit den Luckenwalder Quaiarbeitern und sicherte ihnen die kräftigste Unterstützung zu. Ferner konstatirte Herr Vorkmann, daß die Sache

der Streikenden sich so zugespitzt habe, daß nur noch durch einen Generalkreik die Sache der streikenden sächsischen Arbeiter beigelegt werden kann. In diesem Sinne sprachen sich auch die anderen Redner aus. Zum Schluss nahm Herr Jubel das Wort und erwahnte die Verfammlungen zur Einigkeit, zur Ruhe und zum Festhalten an ihrer gerechten Sache. — Ausführlicher Bericht folgt. Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck des Berichts ersucht.

Verein der Klumpner Berlins und Umgegend. Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung im unteren Saale des Herrn Feuerlein, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal und Wahl einer Kass. 2. Bibliothek und Schul-Kommission. 2. Interne Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 4. Empfang. Beiträge werden in jeder Versammlung entgegengenommen. Sämtliche Mitglieder haben die Pflicht zu erscheinen. Der Artikelnachweis befindet sich Ritterstr. 123. Willkommensbuch lesbar.

Allgemeiner Metallarbeiterverein Berlins und Umgegend. Große Versammlung am Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr, in der Kreuzstr. 28. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn V. Biele. Thema: Die Gewerkschaftsorganisation, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Angelegenheiten. Wäsche haben Zutritt. Um recht zahlreich zu erscheinen wird erlauth.

Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher (Wittelschulz) Berlin. Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr, im Königshof-Kaffee, Schönhauserstr. 72: Willkürliche Versammlung. 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Geschäftsbericht vom letzten Viertel. 3. Jahresbericht. 4. Beschlüsse. Das Willkürbuch lesbar.

Schuhmacherverein Bildhauer. Versammlung am Dienstag, den 20. November, Abends 9 Uhr, bei Reiter, Annenstr. 10. Tagesordnung: 1. Willkürliches. 2. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse.

Freie Vereinigung der Schneider Berlins. Versammlung am Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr, in Jordan'schen Saale, Kurze Str. 28. Tagesordnung: 1. Der Kassen der Gewerbe-Schneider-Kasse. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse. 4. Verschiedenes. 5. Beschlüsse. 6. Beschlüsse. 7. Beschlüsse. 8. Beschlüsse. 9. Beschlüsse. 10. Beschlüsse. 11. Beschlüsse. 12. Beschlüsse. 13. Beschlüsse. 14. Beschlüsse. 15. Beschlüsse. 16. Beschlüsse. 17. Beschlüsse. 18. Beschlüsse. 19. Beschlüsse. 20. Beschlüsse. 21. Beschlüsse. 22. Beschlüsse. 23. Beschlüsse. 24. Beschlüsse. 25. Beschlüsse. 26. Beschlüsse. 27. Beschlüsse. 28. Beschlüsse. 29. Beschlüsse. 30. Beschlüsse. 31. Beschlüsse. 32. Beschlüsse. 33. Beschlüsse. 34. Beschlüsse. 35. Beschlüsse. 36. Beschlüsse. 37. Beschlüsse. 38. Beschlüsse. 39. Beschlüsse. 40. Beschlüsse. 41. Beschlüsse. 42. Beschlüsse. 43. Beschlüsse. 44. Beschlüsse. 45. Beschlüsse. 46. Beschlüsse. 47. Beschlüsse. 48. Beschlüsse. 49. Beschlüsse. 50. Beschlüsse. 51. Beschlüsse. 52. Beschlüsse. 53. Beschlüsse. 54. Beschlüsse. 55. Beschlüsse. 56. Beschlüsse. 57. Beschlüsse. 58. Beschlüsse. 59. Beschlüsse. 60. Beschlüsse. 61. Beschlüsse. 62. Beschlüsse. 63. Beschlüsse. 64. Beschlüsse. 65. Beschlüsse. 66. Beschlüsse. 67. Beschlüsse. 68. Beschlüsse. 69. Beschlüsse. 70. Beschlüsse. 71. Beschlüsse. 72. Beschlüsse. 73. Beschlüsse. 74. Beschlüsse. 75. Beschlüsse. 76. Beschlüsse. 77. Beschlüsse. 78. Beschlüsse. 79. Beschlüsse. 80. Beschlüsse. 81. Beschlüsse. 82. Beschlüsse. 83. Beschlüsse. 84. Beschlüsse. 85. Beschlüsse. 86. Beschlüsse. 87. Beschlüsse. 88. Beschlüsse. 89. Beschlüsse. 90. Beschlüsse. 91. Beschlüsse. 92. Beschlüsse. 93. Beschlüsse. 94. Beschlüsse. 95. Beschlüsse. 96. Beschlüsse. 97. Beschlüsse. 98. Beschlüsse. 99. Beschlüsse. 100. Beschlüsse. 101. Beschlüsse. 102. Beschlüsse. 103. Beschlüsse. 104. Beschlüsse. 105. Beschlüsse. 106. Beschlüsse. 107. Beschlüsse. 108. Beschlüsse. 109. Beschlüsse. 110. Beschlüsse. 111. Beschlüsse. 112. Beschlüsse. 113. Beschlüsse. 114. Beschlüsse. 115. Beschlüsse. 116. Beschlüsse. 117. Beschlüsse. 118. Beschlüsse. 119. Beschlüsse. 120. Beschlüsse. 121. Beschlüsse. 122. Beschlüsse. 123. Beschlüsse. 124. Beschlüsse. 125. Beschlüsse. 126. Beschlüsse. 127. Beschlüsse. 128. Beschlüsse. 129. Beschlüsse. 130. Beschlüsse. 131. Beschlüsse. 132. Beschlüsse. 133. Beschlüsse. 134. Beschlüsse. 135. Beschlüsse. 136. Beschlüsse. 137. Beschlüsse. 138. Beschlüsse. 139. Beschlüsse. 140. Beschlüsse. 141. Beschlüsse. 142. Beschlüsse. 143. Beschlüsse. 144. Beschlüsse. 145. Beschlüsse. 146. Beschlüsse. 147. Beschlüsse. 148. Beschlüsse. 149. Beschlüsse. 150. Beschlüsse. 151. Beschlüsse. 152. Beschlüsse. 153. Beschlüsse. 154. Beschlüsse. 155. Beschlüsse. 156. Beschlüsse. 157. Beschlüsse. 158. Beschlüsse. 159. Beschlüsse. 160. Beschlüsse. 161. Beschlüsse. 162. Beschlüsse. 163. Beschlüsse. 164. Beschlüsse. 165. Beschlüsse. 166. Beschlüsse. 167. Beschlüsse. 168. Beschlüsse. 169. Beschlüsse. 170. Beschlüsse. 171. Beschlüsse. 172. Beschlüsse. 173. Beschlüsse. 174. Beschlüsse. 175. Beschlüsse. 176. Beschlüsse. 177. Beschlüsse. 178. Beschlüsse. 179. Beschlüsse. 180. Beschlüsse. 181. Beschlüsse. 182. Beschlüsse. 183. Beschlüsse. 184. Beschlüsse. 185. Beschlüsse. 186. Beschlüsse. 187. Beschlüsse. 188. Beschlüsse. 189. Beschlüsse. 190. Beschlüsse. 191. Beschlüsse. 192. Beschlüsse. 193. Beschlüsse. 194. Beschlüsse. 195. Beschlüsse. 196. Beschlüsse. 197. Beschlüsse. 198. Beschlüsse. 199. Beschlüsse. 200. Beschlüsse. 201. Beschlüsse. 202. Beschlüsse. 203. Beschlüsse. 204. Beschlüsse. 205. Beschlüsse. 206. Beschlüsse. 207. Beschlüsse. 208. Beschlüsse. 209. Beschlüsse. 210. Beschlüsse. 211. Beschlüsse. 212. Beschlüsse. 213. Beschlüsse. 214. Beschlüsse. 215. Beschlüsse. 216. Beschlüsse. 217. Beschlüsse. 218. Beschlüsse. 219. Beschlüsse. 220. Beschlüsse. 221. Beschlüsse. 222. Beschlüsse. 223. Beschlüsse. 224. Beschlüsse. 225. Beschlüsse. 226. Beschlüsse. 227. Beschlüsse. 228. Beschlüsse. 229. Beschlüsse. 230. Beschlüsse. 231. Beschlüsse. 232. Beschlüsse. 233. Beschlüsse. 234. Beschlüsse. 235. Beschlüsse. 236. Beschlüsse. 237. Beschlüsse. 238. Beschlüsse. 239. Beschlüsse. 240. Beschlüsse. 241. Beschlüsse. 242. Beschlüsse. 243. Beschlüsse. 244. Beschlüsse. 245. Beschlüsse. 246. Beschlüsse. 247. Beschlüsse. 248. Beschlüsse. 249. Beschlüsse. 250. Beschlüsse. 251. Beschlüsse. 252. Beschlüsse. 253. Beschlüsse. 254. Beschlüsse. 255. Beschlüsse. 256. Beschlüsse. 257. Beschlüsse. 258. Beschlüsse. 259. Beschlüsse. 260. Beschlüsse. 261. Beschlüsse. 262. Beschlüsse. 263. Beschlüsse. 264. Beschlüsse. 265. Beschlüsse. 266. Beschlüsse. 267. Beschlüsse. 268. Beschlüsse. 269. Beschlüsse. 270. Beschlüsse. 271. Beschlüsse. 272. Beschlüsse. 273. Beschlüsse. 274. Beschlüsse. 275. Beschlüsse. 276. Beschlüsse. 277. Beschlüsse. 278. Beschlüsse. 279. Beschlüsse. 280. Beschlüsse. 281. Beschlüsse. 282. Beschlüsse. 283. Beschlüsse. 284. Beschlüsse. 285. Beschlüsse. 286. Beschlüsse. 287. Beschlüsse. 288. Beschlüsse. 289. Beschlüsse. 290. Beschlüsse. 291. Beschlüsse. 292. Beschlüsse. 293. Beschlüsse. 294. Beschlüsse. 295. Beschlüsse. 296. Beschlüsse. 297. Beschlüsse. 298. Beschlüsse. 299. Beschlüsse. 300. Beschlüsse. 301. Beschlüsse. 302. Beschlüsse. 303. Beschlüsse. 304. Beschlüsse. 305. Beschlüsse. 306. Beschlüsse. 307. Beschlüsse. 308. Beschlüsse. 309. Beschlüsse. 310. Beschlüsse. 311. Beschlüsse. 312. Beschlüsse. 313. Beschlüsse. 314. Beschlüsse. 315. Beschlüsse. 316. Beschlüsse. 317. Beschlüsse. 318. Beschlüsse. 319. Beschlüsse. 320. Beschlüsse. 321. Beschlüsse. 322. Beschlüsse. 323. Beschlüsse. 324. Beschlüsse. 325. Beschlüsse. 326. Beschlüsse. 327. Beschlüsse. 328. Beschlüsse. 329. Beschlüsse. 330. Beschlüsse. 331. Beschlüsse. 332. Beschlüsse. 333. Beschlüsse. 334. Beschlüsse. 335. Beschlüsse. 336. Beschlüsse. 337. Beschlüsse. 338. Beschlüsse. 339. Beschlüsse. 340. Beschlüsse. 341. Beschlüsse. 342. Beschlüsse. 343. Beschlüsse. 344. Beschlüsse. 345. Beschlüsse. 346. Beschlüsse. 347. Beschlüsse. 348. Beschlüsse. 349. Beschlüsse. 350. Beschlüsse. 351. Beschlüsse. 352. Beschlüsse. 353. Beschlüsse. 354. Beschlüsse. 355. Beschlüsse. 356. Beschlüsse. 357. Beschlüsse. 358. Beschlüsse. 359. Beschlüsse. 360. Beschlüsse. 361. Beschlüsse. 362. Beschlüsse. 363. Beschlüsse. 364. Beschlüsse. 365. Beschlüsse. 366. Beschlüsse. 367. Beschlüsse. 368. Beschlüsse. 369. Beschlüsse. 370. Beschlüsse. 371. Beschlüsse. 372. Beschlüsse. 373. Beschlüsse. 374. Beschlüsse. 375. Beschlüsse. 376. Beschlüsse. 377. Beschlüsse. 378. Beschlüsse. 379. Beschlüsse. 380. Beschlüsse. 381. Beschlüsse. 382. Beschlüsse. 383. Beschlüsse. 384. Beschlüsse. 385. Beschlüsse. 386. Beschlüsse. 387. Beschlüsse. 388. Beschlüsse. 389. Beschlüsse. 390. Beschlüsse. 391. Beschlüsse. 392. Beschlüsse. 393. Beschlüsse. 394. Beschlüsse. 395. Beschlüsse. 396. Beschlüsse. 397. Beschlüsse. 398. Beschlüsse. 399. Beschlüsse. 400. Beschlüsse. 401. Beschlüsse. 402. Beschlüsse. 403. Beschlüsse. 404. Beschlüsse. 405. Beschlüsse. 406. Beschlüsse. 407. Beschlüsse. 408. Beschlüsse. 409. Beschlüsse. 410. Beschlüsse. 411. Beschlüsse. 412. Beschlüsse. 413. Beschlüsse. 414. Beschlüsse. 415. Beschlüsse. 416. Beschlüsse. 417. Beschlüsse. 418. Beschlüsse. 419. Beschlüsse. 420. Beschlüsse. 421. Beschlüsse. 422. Beschlüsse. 423. Beschlüsse. 424. Beschlüsse. 425. Beschlüsse. 426. Beschlüsse. 427. Beschlüsse. 428. Beschlüsse. 429. Beschlüsse. 430. Beschlüsse. 431. Beschlüsse. 432. Beschlüsse. 433. Beschlüsse. 434. Beschlüsse. 435. Beschlüsse. 436. Beschlüsse. 437. Beschlüsse. 438. Beschlüsse. 439. Beschlüsse. 440. Beschlüsse. 441. Beschlüsse. 442. Beschlüsse. 443. Beschlüsse. 444. Beschlüsse. 445. Beschlüsse. 446. Beschlüsse. 447. Beschlüsse. 448. Beschlüsse. 449. Beschlüsse. 450. Beschlüsse. 451. Beschlüsse. 452. Beschlüsse. 453. Beschlüsse. 454. Beschlüsse. 455. Beschlüsse. 456. Beschlüsse. 457. Beschlüsse. 458. Beschlüsse. 459. Beschlüsse. 460. Beschlüsse. 461. Beschlüsse. 462. Beschlüsse. 463. Beschlüsse. 464. Beschlüsse. 465. Beschlüsse. 466. Beschlüsse. 467. Beschlüsse. 468. Beschlüsse. 469. Beschlüsse. 470. Beschlüsse. 471. Beschlüsse. 472. Beschlüsse. 473. Beschlüsse. 474. Beschlüsse. 475. Beschlüsse. 476. Beschlüsse. 477. Beschlüsse. 478. Beschlüsse. 479. Beschlüsse. 480. Beschlüsse. 481. Beschlüsse. 482. Beschlüsse. 483. Beschlüsse. 484. Beschlüsse. 485. Beschlüsse. 486. Beschlüsse. 487. Beschlüsse. 488. Beschlüsse. 489. Beschlüsse. 490. Beschlüsse. 491. Beschlüsse. 492. Beschlüsse. 493. Beschlüsse. 494. Beschlüsse. 495. Beschlüsse. 496. Beschlüsse. 497. Beschlüsse. 498. Beschlüsse. 499. Beschlüsse. 500. Beschlüsse. 501. Beschlüsse. 502. Beschlüsse. 503. Beschlüsse. 504. Beschlüsse. 505. Beschlüsse. 506. Beschlüsse. 507. Beschlüsse. 508. Beschlüsse. 509. Beschlüsse. 510. Beschlüsse. 511. Beschlüsse. 512. Beschlüsse. 513. Beschlüsse. 514. Beschlüsse. 515. Beschlüsse. 516. Beschlüsse. 517. Beschlüsse. 518. Beschlüsse. 519. Beschlüsse. 520. Beschlüsse. 521. Beschlüsse. 522. Beschlüsse. 523. Beschlüsse. 524. Beschlüsse. 525. Beschlüsse. 526. Beschlüsse. 527. Beschlüsse. 528. Beschlüsse. 529. Beschlüsse. 530. Beschlüsse. 531. Beschlüsse. 532. Beschlüsse. 533. Beschlüsse. 534. Beschlüsse. 535. Beschlüsse. 536. Beschlüsse. 537. Beschlüsse. 538. Beschlüsse. 539. Beschlüsse. 540. Beschlüsse. 541. Beschlüsse. 542. Beschlüsse. 543. Beschlüsse. 544. Beschlüsse. 545. Beschlüsse. 546. Beschlüsse. 547. Beschlüsse. 548. Beschlüsse. 549. Beschlüsse. 550. Beschlüsse. 551. Beschlüsse. 552. Beschlüsse. 553. Beschlüsse. 554. Beschlüsse. 555. Beschlüsse. 556. Beschlüsse. 557. Beschlüsse. 558. Beschlüsse. 559. Beschlüsse. 560. Beschlüsse. 561. Beschlüsse. 562. Beschlüsse. 563. Beschlüsse. 564. Beschlüsse. 565. Beschlüsse. 566. Beschlüsse. 567. Beschlüsse. 568. Beschlüsse. 569. Beschlüsse. 570. Beschlüsse. 571. Beschlüsse. 572. Beschlüsse. 573. Beschlüsse. 574. Beschlüsse. 575. Beschlüsse. 576. Beschlüsse. 577. Beschlüsse. 578. Beschlüsse. 579. Beschlüsse. 580. Beschlüsse. 581. Beschlüsse. 582. Beschlüsse. 583. Beschlüsse. 584. Beschlüsse. 585. Beschlüsse. 586. Beschlüsse. 587. Beschlüsse. 588. Beschlüsse. 589. Beschlüsse. 590. Beschlüsse. 591. Beschlüsse. 592. Beschlüsse. 593. Beschlüsse. 594. Beschlüsse. 595. Beschlüsse. 596. Beschlüsse. 597. Beschlüsse. 598. Beschlüsse. 599. Beschlüsse. 600. Beschlüsse. 601. Beschlüsse. 602. Beschlüsse. 603. Beschlüsse. 604. Beschlüsse. 605. Beschlüsse. 606. Beschlüsse. 607. Beschlüsse. 608. Beschlüsse. 609. Beschlüsse. 610. Beschlüsse. 611. Beschlüsse. 612. Beschlüsse. 613. Beschlüsse. 614. Beschlüsse. 615. Beschlüsse. 616. Beschlüsse. 617. Beschlüsse. 618. Beschlüsse. 619. Beschlüsse. 620. Beschlüsse. 621. Beschlüsse. 622. Beschlüsse. 623. Beschlüsse. 624. Beschlüsse. 625. Beschlüsse. 626. Beschlüsse. 627. Beschlüsse. 628. Beschlüsse. 629. Beschlüsse. 630. Beschlüsse. 631. Beschlüsse. 632. Beschlüsse. 633. Beschlüsse. 634. Beschlüsse. 635. Beschlüsse. 636. Beschlüsse. 637. Beschlüsse. 638. Beschlüsse. 639. Beschlüsse. 640. Beschlüsse. 641. Beschlüsse. 642. Beschlüsse. 643. Beschlüsse. 644. Beschlüsse. 645. Beschlüsse. 646. Beschlüsse. 647. Beschlüsse. 648. Beschlüsse. 649. Beschlüsse. 650. Beschlüsse. 651. Beschlüsse. 652. Beschlüsse. 653. Beschlüsse. 654. Beschlüsse. 655. Beschlüsse. 656. Beschlüsse. 657. Beschlüsse. 658. Beschlüsse. 659. Beschlüsse. 660. Beschlüsse. 661. Beschlüsse. 662. Beschlüsse. 663. Beschlüsse. 664. Beschlüsse. 665. Beschlüsse. 666. Beschlüsse. 667. Beschlüsse. 668. Beschlüsse. 669. Beschlüsse. 670. Beschlüsse. 671. Beschlüsse. 672. Beschlüsse. 673. Beschlüsse. 674. Beschlüsse. 675. Beschlüsse. 676. Beschlüsse. 677. Beschlüsse. 678. Beschlüsse. 679. Beschlüsse. 680. Beschlüsse. 681. Beschlüsse. 682. Beschlüsse. 683. Beschlüsse. 684. Beschlüsse. 685. Beschlüsse. 686. Beschlüsse. 687. Beschlüsse. 688. Beschlüsse. 689. Beschlüsse. 690. Beschlüsse. 691. Beschlüsse. 692. Beschlüsse. 693. Beschlüsse. 694. Beschlüsse. 695. Beschlüsse. 696. Beschlüsse. 697. Beschlüsse. 698. Beschlüsse. 699. Beschlüsse. 700. Beschlüsse. 701. Beschlüsse. 702. Beschlüsse. 703. Beschlüsse. 704. Beschlüsse. 705. Beschlüsse. 706. Beschlüsse. 707. Beschlüsse. 708. Beschlüsse. 709. Beschlüsse. 710. Beschlüsse. 711. Beschlüsse. 712. Beschlüsse. 713. Beschlüsse. 714. Beschlüsse. 715. Beschlüsse. 716. Beschlüsse. 717. Beschlüsse. 718. Beschlüsse. 719. Beschlüsse. 720. Beschlüsse. 721. Beschlüsse. 722. Beschlüsse. 723. Beschlüsse. 724. Beschlüsse. 725. Beschlüsse. 726. Beschlüsse. 727. Beschlüsse. 728. Beschlüsse. 729. Beschlüsse. 730. Beschlüsse. 731. Beschlüsse. 732. Beschlüsse. 733. Beschlüsse. 734. Beschlüsse. 735. Beschlüsse. 736. Beschlüsse. 737. Beschlüsse. 738. Beschlüsse. 739. Beschlüsse. 740. Beschlüsse. 741. Beschlüsse. 742. Beschlüsse. 743. Beschlüsse. 744. Beschlüsse. 745. Beschlüsse. 746. Beschlüsse. 747. Beschlüsse. 748. Beschlüsse. 749. Beschlüsse. 750. Beschlüsse. 751. Beschlüsse. 752. Beschlüsse. 753. Beschlüsse. 754. Beschlüsse. 755. Beschlüsse. 756. Beschlüsse. 757. Beschlüsse. 758. Beschlüsse. 759. Beschlüsse. 760. Beschlüsse. 761. Beschlüsse. 762. Beschlüsse. 763. Beschlüsse. 764. Beschlüsse. 765. Beschlüsse. 766. Beschlüsse. 767. Beschlüsse. 768. Beschlüsse. 769. Beschlüsse. 770. Beschlüsse. 771. Beschlüsse. 772. Beschlüsse. 773. Beschlüsse. 774. Beschlüsse. 775. Beschlüsse. 776. Beschlüsse. 777. Beschlüsse. 778. Beschlüsse. 779. Beschlüsse. 780. Beschlüsse. 781. Beschlüsse. 782. Beschlüsse. 783. Beschlüsse. 784. Beschlüsse. 785. Beschlüsse. 786. Beschlüsse. 787. Beschlüsse. 788. Beschlüsse. 789. Beschlüsse. 790. Beschlüsse. 791. Beschlüsse. 792. Beschlüsse. 793. Beschlüsse. 794. Beschlüsse. 795. Beschlüsse. 796. Beschlüsse. 797. Beschlüsse. 798. Beschlüsse. 799. Beschlüsse. 800. Beschlüsse. 801. Beschlüsse. 802. Beschlüsse. 803. Beschlüsse. 804. Beschlüsse. 805. Beschlüsse. 806. Beschlüsse. 807. Beschlüsse. 808. Beschlüsse. 809. Beschlüsse. 810. Beschlüsse. 811. Beschlüsse. 812. Beschlüsse. 813. Beschlüsse. 814. Beschlüsse. 815. Beschlüsse. 816. Beschlüsse. 817. Beschlüsse. 818. Beschlüsse. 819. Beschlüsse. 820. Beschlüsse. 821. Beschlüsse. 822. Beschlüsse. 823. Beschlüsse. 824. Beschlüsse. 825. Beschlüsse. 826. Beschlüsse. 827. Beschlüsse. 828. Beschlüsse. 829. Beschlüsse. 830. Beschlüsse. 831. Beschlüsse. 832. Beschlüsse. 833. Beschlüsse. 834. Beschlüsse. 835. Beschlüsse. 836. Beschlüsse. 837. Beschlüsse. 838. Beschlüsse. 839. Beschlüsse. 840. Beschlüsse. 841. Beschlüsse. 842. Beschlüsse. 843. Beschlüsse. 844. Beschlüsse. 845. Beschlüsse. 846. Beschlüsse. 84

2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 277.

Dienstag, den 26. November 1889.

6. Jahrg.

Korrespondenzen.

Paris, 21. November. Die Boulangisten hatten mit Baulen- und Trompetenschall verkündet, daß der Zusammenritt der Kammer am 12. November durch eine großartige Manifestation zu Ehren des gewandten Kunstners von Jersy besondere Bedeutung erhalten würde. Der nächstliegende Zweck derselben sollte ein populärer Protest gegen die Ungültigkeitserklärung der für Boulangier im Wahlbezirk Clignancourt abgegebenen Stimmen sein. Die eigentliche Absicht war jedoch, durch einen Spektakel im großen Maßstabe den armen nur 100 Fr. täglich im „Hotel zum goldenen Apfel“ zahlenden Verbannten interessant zu machen und wenigstens den Schein seiner einstigen Popularität wieder zu erwecken. Um die Manifestation mit besonders feierlichem Homburg in Szene zu setzen, waren die boulangistischen Deputierten etliche Tage zuvor nach Jersy gepilgert, um mit dem „Goupi“ ihrer Partei über die demnächst zu befolgende Taktik zu beraten. Aber die Jersyfahrt zeigte, daß der boulangistische Generalstab anfangs, nach rechts und links hin auseinanderzuweichen. Von der äußersten Rechten und der äußersten Linken gesommene Anhänger, darunter Rochefort, blieben dem Konstituabul entschuldigend oder auch unentschuldigend fern. Der Erbkönigstranger, welcher als boulangistischer Kandidat gewählt worden war und durch seine Mandate zu Gunsten des Boulangisten Vergoin dazu beigetragen hatte, die sozialistische Kandidatur Villant's zum Scheitern zu bringen, nahm sogar die Erklärung an, daß er kein Boulangist sei. Er habe zwar mit Boulangier zusammen Kampagne geführt für die Revision, Abschaffung des Senats, Einführung des Referendums, Annulatio des vom hohen Gerichtshof gefällten Urtheils und Jurisdiction der Verbannten, aber er gehöre nicht zur Nationalpartei, weil er heut wie gestern zur sozialistisch-boulangistischen Partei gehöre, welche ihre eigenen Bestrebungen, Ideen, Disziplin, Tradition, Taktik und auch Politik habe, an welcher er keinen Theil der Verantwortlichkeit nehme. Trotz dieser Erklärung bleibt Granger von dem sich treu gebenden revolutionären Centralcomitee der Boulangisten unter Villant's Führung ausgeschlossen. Eine Amnestie seiner Haltung würde die Bildung einer zweideutigen Taktik hinauslaufen, welche die Organisation diskreditiren und ihr das Vertrauen der Masse entziehen müßte. Um nun auf den besagten Sammel, die beabsichtigte Manifestation der Boulangisten, zurückzukommen, so zeigten sich die nach Jersy gewanderten Mitglieder der Nationalpartei im Gegensatz zu ihrer gewöhnlichen marktschreierischen Geschwätzigkeit auffallend stumm über die zu befolgende Taktik. Dagegen tauchte in der Person die Enke auf Boulangier werde zur Kammereröffnung zurückkehren, um seinen Sitz als Vertreter von Clignancourt zu reklamiren. Wie die Schwärze vor dem Sommer, so war des Generals „gute Freundin“ Madame de Bonnemant in Paris erschienen. „Er“ konnte also nicht fern sein. Trotz allerhand journalistischem Hohnspott, durch welchen man das öffentliche Geheimniß glaubhaft zu machen suchte, fiel doch Niemand darauf hinein, die Maßr ernst zu nehmen. Derselbe Boulangier, der nach echt palastischer Manier ausgerissen war, wie Schafleder, sollte mit einem Male eine Landung vermissen, der Gefahr trotz verhaftet, nach Masas gefahrt, demnächst eventuell bei einem Aufruhr erschossen zu werden! Eine solche Eventualität könnte ebenso gut eintreten, wie daß die Fennen mit Bütteln auf dem Rücken zu Markte gehen, daß die deutschen Nationalliberalen dem Kanzler Opposition machen oder die Freisinnigen aufhören, eine Kronprinzenpartei zu sein.

Das Gerücht war einfach ein boulangistischer Barnumsstreich, welcher die Pariser Badauds (Maulaffen) in Menge nach dem Konfordinenplatz loden und der Demonstration einer Handvoll Schreier aus Profession oder Reizung den Anstrich einer populären Bewegung geben sollte. Aber auch der Erfolg dieses Kunststücks war zweifelhaft. Verschiedene Gelegenheiten, bei denen boulangistischerseits manifestirt werden sollte, ganz besonders die Periode der Wahlagitatio hatten bewiesen, daß für den General Homburg und seine Popularität die schönen Tage von Aranjuez vorüber sind. Das Schauspiel der boulangistischen Manifestationen, in denen Auschreier, Louis, milchdünne Jungen gut bezahlte Gastrollen gaben, war ein schon arg abgehandenes, gegen das das Publikum blasirt war. Und außerdem — um die Kasse steht es ja so schlecht! Die klügeren Köpfe der Nationalpartei erklärten sich also mehr oder weniger gegen eine Demonstration. Die Raquet, Laguerre und sonstige „Denker und Politiker“, lies die Drahtzieher der Intriguen der Partei, wiegelten ab. Deroulde, die Ueberläufer aus boulangistischen und anarchischen Lager, die „Männer der That“ des Boulangismus, d. h. auf zur Deusch die Robaumaacher folgten dagegen von einer imposanten friedlichen Manifestation als einer Generalprobe und Mobilisation behufs Vorbereitung einer Aemte. Sie stellten nichts Geringeres in Aussicht, als daß der General in Person sich an die Spitze stellen „und die Uniform mitten unter den Bütteln erscheinen werde“. Die Zeitungen unter aller Schattirung haushalten alle auf die Manifestation bezüglichen Gerichte ungeheuerlich auf und munkelten auch von einer beabsichtigten Gegendemonstration der Possibilisten. Anlaß zu dieser Vermuthung bot, daß die Possibilisten insofern direkt bei der Affäre engagirt waren, daß sich jede Manifestation zu Gunsten des Deputierten von Clignancourt in eine feindliche Demonstration gegen Joffrin verwandelte, der an Stelle Boulangers als gewählt erklärt worden. Die Possibilisten ihrerseits verhielten sich jedoch, an keine Manifestation für Joffrin gedacht zu haben, um den Boulangisten keinen Vorwand zu einer Demonstration und der Polizei zum Dreinhalten auf die Menge zu geben. Auch die Boulangisten mochten wohl erkannt haben, daß die Trauben sauer waren. Die in Schwaaren herbeigeströmte Bevölkerung erwies sich allen Gelüsten einer Manifestation gegenüber gleichgültig und flau, nicht Theilnahme, blos die Schaulust, die Neugierde hatten sie zusammen geführt. Andererseits hatte die Regierung alle Maßregeln getroffen, jede Demonstration mit Gewalt zu erdrücken. Dem loslosen Aufgebot von Polizei und Militär gegenüber, das die Umgegend der Kammer und des Konfordinenplatzes besetzt hielt, hätte jede ernstlich durchgeführte Manifestation in eine Revolte ausarten müssen. So verlief Alles ruhig. Die boulangistischen Deputierten kamen einzeln oder in kleinen Gruppen und werden nur hier und da mit einem schwächlichen klingenden Schrei „Vive Boulangier!“ begrüßt. Nachträglich sehen sich die Herren natürlich wegen ihrer ruhigen Haltung auf's hohe Pferd, suchen dieselbe aus höheren taktischen Gründen — um der Aktion in der Kammer nicht zu schaden und aus Humanitätsrücksichten — um einen Putsch zu vermeiden — zu erklären.

Der Andrang des Publikums zu der Eröffnungssitzung der Kammer war diesmal noch größer als sonst. Mit besonderer Neugierde ward der Eintritt des sozialistischen Abgeordneten Thiorier erwartet, welcher sich bekanntlich seinem Wahlcomitee verpflichtet hat, in der Blouse zu tagen. Thiorier

ward vor dem Palais Bourbon mit sympathischen Zurufen für seine Person und seine Partei begrüßt. En passant sei hier bemerkt, daß die Bourgeoispreffe seit Wochen nicht müde wird, über Thiorier und seine Blouse die wohlfeilsten und abgeschmacktesten Späße zu reizen. Der an und für sich äußerliche Umstand der Blouse erregt so viel Aufsehen, wie vor ca. hundert Jahren die Schube ohne Schnallen Reckers. Die Bourgeoisie vergißt schnell ihre eigene Geschichte, seitdem sie zur Herrschaft gelangt ist. Mit besonderer, aber keineswegs sympathischer Aufmerksamkeit sah das Publikum auch der Ankunft Joffrin's entgegen; da diese allgemein als das Signal für die beabsichtigte Manifestation betrachtet ward, und die Stellung des possibilistischen Führers diesen außerdem in den Vordergrund der öffentlichen Neugierde gestellt hat. Charakteristisch für die Stellung Joffrin's ist der Umstand, daß am Morgen des 12. November zwei Possibilisten von früh an vor der Thür seiner Wohnung standen, um ihn gegen etwaige Demonstrationen zu schützen. Kommentar ist wohl hierzu überflüssig. Joffrin's Mandat gehört zu denen, deren Gültigkeit ganz besonders hart angefochten wird, und die Frage, ob er validirt oder invalidirt werden wird, passionirt alle Kreise. Bekanntlich ward Joffrin auf Grund des Gesetzes vom 13. Juli, welches die für nicht als legal anerkannte Kandidatur abgegebenen Stimmen als ungültig erklärt, als Deputirter von Clignancourt erklärt. Die Erklärung von Boulangier's Kandidatur in demselben Wahlbezirk war zuerst von der Präfektur abgewiesen, dann jedoch angenommen worden. Allerdings hatte die Präfektur seinen vorchriftsmäßigen Empfangschein über die Erklärung ausgeliefert, allein sie hatte ruhig der Verbreitung und dem Anschlag von Wahlaufrufen, Programmen, Stimmzetteln u. zugegeben, während sie doch in Gemäßheit des obigen Gesetzes alle diese von einem nicht legal Kandidirenden herrührenden Dokument konsigniren mußte! Dadurch, daß sie die Wahlpropaganda zuließ, erkannte sie stillschweigend Boulangier als legalen Kandidaten an. Trotzdem wurden dann nach erfolgter Wahl die für den General abgegebenen ca. 7800 Stimmen für ungültig erklärt, da dieser insofern seiner Verurtheilung gesetzlich nicht mehr wählbar sei. Zusammen mit der Annulatio der Stimmen für Boulangier ward die Wahl Joffrin's proklamirt, welcher nur 5500 Stimmen, also über ein Viertel der abgeschriebenen Stimmen erhalten hatte. Schon die Zählcommission erklärte, daß Joffrin den Buchstaben des Gesetzes für sich habe, allein daß er in Anbetracht der heiklen Situation das Mandat nicht annehmen dürfe. Bald erhoben sich Stimmen aus allen Lagern, welche forderten oder ermarteten, daß Joffrin gebe, da sich die Majorität der Wähler deutlich dahin ausgesprochen habe, daß sie nicht von ihm vertreten zu sein wünschte. Es sei mindestens unangenehm, aus der Situation, welche ihm durch einen Beschluß des Präfecten bereitete werde, Nutzen zu ziehen. Sogar in den Reihen der Partei, welcher Joffrin angehört, war eine starke Strömung vorhanden, welche die Demission für eine Ehrensache hielt, da andernfalls Joffrin selbst und in seiner Person die possibilistische Arbeiterpartei moralische Einbuße erleide. Der possibilistische Führer jedoch, welcher so gut wie gewiß ist, bei einer Neuwahl glänzend durchzufallen, flammert sich mit ungläubiger Zähigkeit an sein Mandat und freit sich auf den Buchstaben des Gesetzes. Die übrigen Mitglieder der Partei haben das Ihrige gethan, ihn in seiner Ansicht zu bestärken und auch unter der Masse der Parteimitglieder der Strömung für Demission entgegen zu arbeiten. Als echte Opportunisten der Arbeiterbewegung haben die Possibilisten stets nur nach dem Erfolg gejagt; das Hoffen nach dem Erfolg war auch das Motiv, welches ihre Taktik während des Boulangismus bestimmte. Der mit Radikalen und Opportunisten gemeinsam und mit Hintansetzung der sozialistischen Prinzipien geführte antiboulangistische Kampf war im Grunde doch nur ein Wahlstreit, für welches die Erhaltung der Republik den Vorwand liefern mußte. Und jetzt sollten die Herren nun aus purem Respekt vor dem allgemeinen freien Stimmrecht auf die Hälfte ihres Erfolgs verzichten! Sie werden dies um so weniger thun, als dann auch die andere Hälfte ihres Erfolgs — die Wahl Duman's — bedeutend an Nutzen für ihre Partei verlieren würde. Duman, als einziger Vertreter der Possibilisten würde zwischen der bürgerlichen Masse der Abgeordneten und der kleinen entschiedenen sozialistischen Gruppe verschwinden. Entweder müßte er offen gegen seine Prinzipien stehen, oder er müßte in die Fußstapfen der sozialistischen Gruppe treten, mit ihr zusammen, aber außerhalb derselben marschiren, er würde als eine sehr nebensächliche Figur erscheinen, aus der nicht die beabsichtigte Reklame geschlagen werden kann. Uebrigens wird wohl auch Joffrin's eventuelles Verbleiben im Parlamente nicht viel an dem Schicksal der possibilistischen Erwählten ändern. Die Kammer, welche bereits über 400 Wahlen validirt hat, wird in den nächsten Tagen über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Joffrin's Wahl entscheiden. Die Untercommission, welche die eingelaufenen Proteste, darunter einen, welcher am Tage der Kammereröffnung von fünf Deputirten des Clignancourter Wahlcomitees im Parlamente eingereicht ward — zu prüfen hat, und der, Ironie des Falls, Thiorier angehört, hat sich bereits in der Mehrzahl für die Annulatio von Joffrin's Wahl erklärt. Joffrin selbst hofft jedoch, daß die allgemeine Prüfungskommission einen entgegengelegten Bescheid fällt. In letzter Instanz entscheidet natürlich die Kammer, und es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Opportunisten für die Validatio stimmen werde. Andererseits ist Joffrin wenn auch nicht der Löwe des Tages, so doch wenigstens der Löwe der professionellen Interveniens. Fast täglich tauchen Gerüchte über seine beabsichtigte Demission auf, welche aber durch Joffrin selbst energisch widerrufen werden. Ungemein charakteristisch sind die Gründe, welche der Mann in einem Interview mit einem Redakteur des „Temps“ für sein „J'y suis j'y reste“ (hier bin ich und hier bleib ich) anführt. Da er 1887 bei den Stadtrathswahlen 5535 und jetzt 5500 Stimmen erhielt, so hat er nur 35 Stimmen verloren, gewiß weniger als die meisten seiner Kollegen und kann also ruhig den Bezirk vertreten. Fast alle Deputirten, welche in Uebereinstimmung des Gesetzes vom 13. Juli 1889 gewählt werden, befinden sich in der gleichen Lage wie er, auch sie repräsentiren eine Minorität. Unter den 7800 Stimmen, welche für Boulangier abgegeben wurden, befanden sich mindestens 3800 Stimmen von Konservativen, welche gut müßten, daß ihre Wahl gesetzlich ungültig sei, und die hierfür eine Lektion verdienen, der Rest der Stimmen rührt von „unbewußten Republikanern“ her, die doch für einen der ihren stimmen konnten, und die dafür, daß sie dies nicht thaten, gleichfalls eine Lektion verdienen. Herr Joffrin bezieht sich nun, die Lektion den Konservativen und unbewußten Republikanern zu geben. Bezeichnend ist auch, daß Joffrin sehr viel von seinen republikanischen, aber kein Wort von seinen sozialistischen Ueberzeugungen spricht. Er erklärt, daß er die Republik über Alles liebe und deshalb alle Maßregeln zu ihrer Verteidigung mit all ihren Vortheilen und Gefahren gebilligt habe. Gewiß eine

gefährliche Theorie, deren Früchte seine Partei, wie die der Arbeiter überhaupt eines Tages bitter kosten kann. Weiter sagte er, daß verschleierte seiner Freunde Anfangs in einer Anwendung von ritterlichem Gefühl verlangt hätten, daß er sein Mandat niederlege, allein daß die Strömung überwunden sei!

Jedenfalls hätte der Mann besser gethan, seine Wahl als ein fait accompli, vollendete Thatsache, hinzustellen, anstatt gar so faule und nichtige Gründe anzuführen. Da Thiorier bereits erklärt, daß er für die Invalidatio von Joffrin's Wahl stimmen werde, da ihm seine Wähler zur Pflicht gemacht, gegen die Vergewaltigung des Stimmrechts zu protestiren, so suchen sich die Possibilisten zu rächen, indem sie zusammen mit der bürgerlichen Presse ausprengen, Thiorier, sowie alle Mitglieder der sozialistischen Gruppe seien mit Hilfe der bürgerlichen Parteien und ganz besonders der Boulangisten erwählt worden. Im „Parti Ouvrier“ macht man sich über den Satz lustig. Abgeordnete, die ohne Kompromission der bürgerlichen Parteien erwählt worden sind“, und schlägt die Gründung einer bürgerlichen Partei vor, welche ohne jeden Kompromiß mit den sozialistischen und Arbeiterelementen erwählt werden sei. Der Ditz ist billig und schlecht und soll ein schlechtes Gewissen vertreiben. Was an dem Serde von boulangistischer Unterstützung für Thiorier's Wahl im Besonderen wahr ist, und was man von der Hilfe der bürgerlichen Parteien bei Wahl der Sozialisten zu halten hat, zeigt der Umstand, daß die Regierung Thiorier's Kandidatur mit allen Mitteln auf die Gefahr beschränkte, einen Boulangisten erwählt zu sehen. Mit größter Spannung wird von allen Seiten den Debatten über die Validatio oder Invalidatio Joffrin's entgegen gesehen. Der „Parti Ouvrier“ arbeitet mit Hochdruck, um allen Republikanern nahezu legen, daß sie die Pflicht haben, die Wahl von Clignancourt zu billigen, aber außer den Opportunisten, dürften nur wenige Republikaner der Meinung sein.

New-York, 8. November. In einer Anzahl Staaten fanden am Dienstag die Staatswahlen statt, doch hat sich die sozialistische Arbeiterpartei, wie es scheint, nirgends daran betheiliget. Ich hatte f. B., als vor den letzten Wahlen durch Urabstimmung beschlossen wurde, selbstständig vorzugehen, darauf hingewiesen, daß dieser Beschluß so häufig ignorirt werden würde, daß er den praktischen Werth verlöre, und es geschah dies schon damals in verschiedenen Staaten, wo man mit der demokratischen Partei ging, um einen Sieg der Prohibition zu verhindern. — Hier in New-York, wo der Eintritt in die Wahlkampagne mit großer Majorität — im Verhältniß zur Betheiligung an den Sektionsversammlungen — beschlossen wurde und man auch mit einem rechten Eifer ins Zeug ging, hat man diesmal den Beschluß mit noch größerer Majorität wieder umgesetzt. Retztwürdig war dabei, daß eins der Hauptmotive, welche damals für das selbstständige Vorgehen ins Feld geführt wurden, diesmal gar nicht erwähnt wurde: nämlich durch dieses Vorgehen zu verhindern, daß der „Boodle“ sich in die sozialistischen Reihen schleiche. Ein anderes Argument, welches f. B. gegen die Wahlbetheiligung geltend gemacht wurde, daß nämlich unter den obwaltenden Verhältnissen kein Erfolg zu erhoffen sei, machte damals gar keinen Eindruck, indem die Meinung vorherrschte, daß es sich auch gar nicht um Erfolge handle, sondern darum, damit zu beginnen, konsequent als selbstständige politische Partei auf den Kampfplatz zu treten; der Erfolg werde erst später zu verzeichnen sein, wenn die sozialistischen Ideen Eingang bei den Massen gefunden. Man vermies hierbei auch auf die prohibitionsistische Partei, welche durch ihr konsequentes selbstständiges Vorgehen bedeutende Erfolge erzielt hätte, indem sie die republikanische Partei dadurch gezwungen, die wichtigsten Forderungen in ihr Programm aufzunehmen. Jenes Argument nun, welches damals mit Entrüstung als „Erfolgsanbetung“ zurückgewiesen wurde, spielte bei der jetzigen Entscheidung die Hauptrolle. Diese beiden Punkte illustriren wohl mehr als alles Andere, wie wenig die sozialistische Partei in diesem Lande auf einem konsequenten, festen Boden steht. Und zudem ist es nicht das erste Mal, daß insofern irgend welcher unwesentlichen Umstände vollständige Umwälzungen in Anschauungsweise und Taktik stattfanden — es wird voraussichtlich auch nicht das letzte Mal sein!

In einzelnen Orten scheinen sich zwei Gruppen zu bilden; im Allgemeinen hat man aber den Eindruck — und zwar dadurch, daß kein Lebenszeichen gegeben wird — daß die meisten Sektionen sich vorläufig als selbstständige lokale Organisationen betrachten und weder an die Executive in Chicago noch an die in Brooklyn Beiträge senden werden. Wenn dies sich so verhält — was sich bald konstatiren lassen muß, da die Sektionen ja monatlich abzurechnen haben — so sehen wir vor der Thatsache, daß wir überhaupt keine sozialistische Arbeiterpartei mehr haben, sondern nur sozial-lokale Organisationen, welche hier und da in mehr oder weniger Zusammenhang in den einzelnen Staaten stehen.

Das in der hiesigen „Volks-Zig.“ angewendete Verfahren in der Belämpfung der andern Gruppe hat nicht dazu gedient, die Sympathien an den unschlüssigen Orten für die Richtung der „breiten Basis“ zu erwecken. Wünschig der falschen Berichte über Aenderungen des Parteinauens (Weglassung der Bezeichnung „Arbeiter-Partei“) und verschiedener anderer Punkte habe ich schon Mittheilung gemacht. Nach der Volksversammlung in Chicago, in welcher die amerikanische Fahne ausgehängt worden sein soll, richtete Rosenberg — der bis zur Vollendung der Urabstimmung als Sekretär der „Gruppe 1.“ fungirt — ein Schreiben an den Bürgermeister, in welchem er nach dem in der „R.-Z.“ gedruckten Texte in hundsstößlicher Weise darauf hinwies, daß es nicht die sozialistische Arbeiterpartei gewesen sei, welche jene Versammlung arrangirt. Die Geschichte kam mir aber nicht recht geheuer vor, und in Anbetracht dessen, daß ich mit der vordrin erwähnten Mittheilung „hereingefallen“ war, hielt ich es für besser, in meinen Berichten die Sache einweilen nicht zu erwähnen, bis ich auch die „andere Seite“ gehört. Und da stellt sich nun heraus, daß die in der „R.-Z.“ gegebene Uebersetzung des fraglichen Briefes freilich eine gelinde gesagt, sehr „freie“ war. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß in der auf Seite der „Gruppe 1.“ stehenden Parteipresse kein sehr verständlicher Ton herrscht. Als Beleg über die Stimmung auf jener Seite möge die Stelle eines Artikels in der „Cincinnati-Zeitung“ über obigen Brief dienen. Es heißt da, nachdem über die Einreichung des Schreibens an den Mayor gesprochen war: „Das Ganze ward abgefaßt in einer ebenso geizigen wie anständigen Sprache. Und nun, welche Uebersetzung, als wir den englischen Text in Uebersetzung in der „New-Yorker Volkszig.“ sahen! Zuerst kam der Gedanke, ein soeben erst in Cakle Garden angekommenes „Gisaborn“ sei extra für diesen „Job“ engagirt worden, um die Intelligenz unserer Wahrheitsfreundin in der Millionenstreck zu charakterisiren; aber je länger wir die Uebersetzungskunst des „Flabo-

vates betrachteten, je unzweifelhafter wurde es, daß hier ein durchtriebener Federfuchser auf höheres Kommando eine Arbeit verrichtet hatte, deren Eindring in denselben Grabe steigen müßte, in welchem das Niveau der Geistesgaben der Leser der „New-Yorker Volksztg.“ durch den jahrelang genährten Vertrauensbündel gestiegen war. Nicht um kurze Wiederergabe eines offiziellen Aktienstückes handelte es sich, nein, dasselbe wurde als Handhabe benutzt, um plötzlich den zu „Er-Sozialisten“ degradirten Mitgliedern der alten Exekutive vor ihrem Rücktritt einen gehörigen Gelächter zu versetzen. Daß dieses „edle“ Kunststück bis zu einem gewissen Grade gelungen ist, wollen wir offen zugestehen, denn: „Die Dummen sind noch längst nicht ausgerottet.“ Alle diejenigen, welche einen Diktator besitzen, bitten wir, um die Uebersetzungswelt der „Volksztg.“ kennen zu lernen, denselben zur Hand zu nehmen. Es folgt dann der Originaltext in Gegenüberstellung zur Uebersetzung in der „B. Z.“ und dann heißt's weiter: „Nachdem sie an Hand des Lexikons sich überzeugt, daß in der Millionenstadt die Phantasie der Bosheit größer ist, als die dort so viel geübte Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit, werden sie sicherlich bestätigen können, daß zur Bedienung des „ersten Arbeiterblattes des Landes“ nichts weiter gehört, als eine gute Portion unerschämte Unverschämtheit, der es nicht im Mindesten darauf ankommt, zu lügen und zu fälschen, nur um den Eindruck hervorzurufen, als ob langerprobte Parteigenossen urplötzlich das Verständnis der Internationalität der Arbeiterklasse abhandeln geworren wäre, und sie sich zu schamlosen Renegaten herabgewürdigt hätten. In dieser Handlungsweise liegt System: liegt die Absicht, unliebsame Kritiker so ganz leicht, so ganz sans façon und meuchlings abzuthun. Doch gemacht! So fein angelegt dieser Plan auch sein mag, eines Tages werden selbst den blindesten Parteigängern dieser Art Revolverjournalisten, welche die Ehrenhaftigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung mit Gewalt zu Grabe tragen, die Augen derart aufgehen, daß die Demagogen ihr Zelt werden bei den Wotokubn aufzuschlagen gezwungen sein.“ — Bei einer solchen gegenseitigen Erbitterung ist also die Aussicht eine sehr geringe, daß binnen einer kurzen Zeit wieder eine allgemeine Harmonie eintreten werde.

Die auf dem Kongress vom 12. Okt. entworfene und zur Abstimmung vorliegende Plattform und Konstitution werden allem Anschein nach heftigen Erörterungen unterliegen; schon sind in einzelnen Branchen in New-York gegen verschiedene Anordnungen Einwendungen erhoben worden, da man meint, daß die Partei dadurch in ihrer Selbstständigkeit beeinträchtigt werde. Auch macht sich die Ansicht geltend, daß der Plattform-Entwurf wohl geeignet sei als eine Art Programm-Broschüre, nicht aber als Programm selbst, da er viel zu umfangreich sei.

Lokales.

Die Stadtbahn. Als die Stadtbahn, nachdem das betreffende Aktien-Unternehmen verfrachtet war, vom Eisenbahnministerium übernommen wurde, konnte man einen Augenblick hoffen, daß sie dem Publikum in zufriedenstellender Weise dienlich gemacht werden würde. Diese Hoffnung ist in manchen Stücken bitter getäuscht worden. Man hätte denken sollen, daß mit dem Reis steigenden, jetzt schon gemaltigen Verkehr der Betrieb gleichen Schritt halten würde. Aber bis heute ist die Zahl der fahrplanmäßigen Züge dieselbe geblieben, ebenso die Zahl der angehängten Wagen, und die Folge davon ist, daß zu gewissen Tageszeiten, in den Morgenstunden zwischen 7 und 9 Uhr, Mittags 12 bis 2 Uhr und Abends 5 bis 7 Uhr, die Sonn- und Feiertage gar nicht zu rechnen, eine Ueberfüllung der Koupees eintritt, welche nur als durchaus ungebührlich bezeichnet werden muß. Wenn sich in einem Pferdebuswagen ein übermäßiger Passagier vorfindet und ein Polizeibeamter davon Kenntnis nimmt, wird der Kondukteur in Strafe genommen. Für die Stadtbahn scheint indessen ein anderes Gesetz zu gelten. Wenn ein durch Entgleisung, falsche Weichenstellung und dergleichen ein Unglück eintreten sollte, was bei der Abnutzung der Betriebsmittel leicht einmal kommen kann, so ist gar nicht auszubedenken, welchen Umfang dasselbe bei der übermäßigen Vollkopfung der Wagen gewinnen müßte. Wie aber außerdem noch mit dem die Bahn benutzenden Publikum umgegangen wird, dafür ein recht drastisches Beispiel, welches die „Volks-Zeitung“ mittheilt: „Der Bahnhof „Westend“ liegt in der Mitte eines Stadt-Teils, der etwa 25 000 Einwohner zählt. Im letzten Sommer wurden da hundertlich von und nach Berlin fünf Züge abgefahren. Vier derselben hatten ihren Endpunkt auf dem vordersten Perron, wenn man denselben als einem die halbe Länge der Züge kaum erreichenden, auf beiden Seiten offenen Schuppen die Ehre dieser Bezeichnung anstehen will, und konnten auf ebener Erde erreicht werden. Der fünfte war ein Nordringzug. Wer denselben benutzen will, muß erst eine Treppe hinaufsteigen und dann eine zweite viel höhere und steilere mit bereits stark abgetretenen Holzstufen hinunterklettern, um zum zweiten Perron zu gelangen. Die von Westend kommenden Fahrgäste müssen sogar vorher noch die erste Treppe hinabsteigen, um zum Fahrkartenschalter zu gelangen. Der sogenannte zweite Perron hat zum Dach das Himmelzelt, bietet also jedem Wind und Wetter freien Zugang und hat bei Regen einen stark aufgeweichten Boden. In diesem offenen Wartesaal müssen die Fahrgäste die Ankunft des Zuges erwarten, welcher zudem nicht selten bis zu zehn Minuten Verspätung hat. Welche Gefahr für die Gesundheit der Wartenden damit verknüpft ist, brauchen wir wohl nicht erst nachzuweisen. Nun kommt aber noch hinzu, daß für den Winter ein fahrplanmäßiger Zug laßt ist, so daß die Verbindung mit Berlin auf stündlich nur vier Züge beruht, und daß außerdem zwei derselben zu Nordringzügen eingerichtet sind, sich also die geschändete Unannehmlichkeit verdoppelt, ja man kann sagen, bei dem Wintermetter verzehnfacht. Zahlreiche Petitionen, die der Verwaltung eingereicht worden sind, haben nicht die mindeste Berücksichtigung erfahren, und es fällt das nun so schwerer ins Gewicht, da der gemeine Unterthanenverstand nicht fassen kann, warum die mit einer Verbesserung der Verhältnisse verknüpften Kosten bei dem kolossalen Ueberschuß der Staats-Eisenbahnen nicht zu tragen wären. Allerdings ist das Publikum, dem man mit Recht den Vorwurf machen kann, daß es nicht zu fahren versteht und überdies zu einem guten Theile nicht weiß, wie es sich in den Eisenbahnen zu benehmen hat, an manchen Uebelthänden schuld. Es muß wohl in dem Menschen doch so etwas wie eine Art Hammersnatur stecken, denn wenn eine Koupeethür geöffnet wird, steigt einer nach dem anderen ein, unbewußt darum, ob er der erste oder fünfzehnte ist, und ohne davon Notiz zu nehmen, daß in dem benachbarten Koupee noch Plätze unbesetzt sind. Ungezogenheiten, welche im Allgemeinen auf sehr dürftige Erziehungsergebnisse schließen lassen, sind nicht selten. Die Eimen spielen fortwährend in den Wagen — was außer der Gelächterlichkeit wegen der möglichen Verbreitung von Ansteckungsstoffen nicht ungeschädlich ist — Andere singen oder pfeifen, noch Andere meinen, daß die Stöße, die sie mit sich führen, nur dazu da seien, um die übrigen Fahrgäste durch unausgesetztes Aufklopfen auf den Boden oder Hin- und Herbewegen zwischen den Stiefeln zu belästigen. Einzelne haben die Rücksichtslosigkeit, ihre Beine lang auszustrecken, oder ein Bein über das andere zu schlagen, so daß sich die Gegenüberliegenden kaum davor retten können, der Zeitungslieferer bei gefüllten Koupees gar nicht zu gedanken. Ob an der Erziehung solcher Leute, denen es nicht in der Jugend eingepflanzt ist, daß es eines der ersten Zeichen guter Sitte ist, seinen Nebenmenschen so wenig als möglich lästig zu werden, noch etwas zu bessern ist, wollen wir dahingestellt sein lassen.

lassen. Aber für die Bahnverwaltung ist sicherlich die Möglichkeit vorhanden, für die mit der Stadtbahnreise verknüpften Mißstände Abhilfe zu schaffen. Auf der Londoner Ringbahn geht nach beiden Richtungen alle drei Minuten ein Zug, es können mithin solche Unannehmlichkeiten, wie sie auf der Berliner Stadtbahn von dem bisherigen Betriebe unzertrennlich sind, nicht vorkommen. Auch das fahrende Publikum könnte von den Engländern in Betreff seines Gebahrens viel lernen.

Weil sie der Entwandung einer goldenen Einsegnungs-Brosche verdächtig war, wurde die 18 Jahre alte Tochter eines in der Sophienstraße wohnenden achthabenden Handwerkers vorgestern Vormittag nach der Kriminalabtheilung durch einen Schutzmann hinführt. Es stellte sich aber, wie die „B. Z.“ berichtet, bald heraus, daß das junge Mädchen unschuldig war, denn das Schmuckstück war bei einem anderen jungen Mädchen, mit welcher die Beklohlene in einem Wollwarengeschäft zusammen arbeitet, vorgefunden worden. Das junge Mädchen wurde nun sofort von der Behörde entlassen, hat sich aber die Sache so zu Herzen genommen, daß es bis jetzt nicht in die elterliche Wohnung zurückgekehrt ist und sich möglicherweise ein Leids angethan hat.

Fast einen halben Tag neben der Leiche seiner Frau mußte der Arbeiter Lehmann in Potsdam liegen. Der alte Mann ist gelähmt und gänzlich hilflos; er kann sich nur durch fremde Hilfe aufrichten und fortbewegen. Das betagte Ehepaar wohnte allein und erhielt selten Besuch. Als vor einigen Tagen die Frau Abends nach Hause kam, war ihr nicht wohl, sie stürzte am ganzen Körper und legte sich, um sich zu erwärmen, in das Bett ihres Mannes. Als der alte Mann Morgens erwachte, sagte er zu seiner Frau: „Na, Mutterchen, Du bist ja noch so kalt.“ und als er keine Antwort erhielt, entdeckte er erst, daß er neben einer Leiche lag. Erst gegen Mittag kamen Leute und befreiten Lehmann aus seiner hilflosen Lage.

In einem hiesigen Gasthof bemerkten zwei Herren, als sie Abends ihr Zimmer betreten, daß die Zimmerthür unverschlossen war. Nachdem sie sich entkleideten und das Licht ausgelöscht hatten, wurden sie durch ein anscheinend vom Kleiderschrank herkommendes Geräusch gestört und sahen sich schließlich veranlaßt, das Spind zu durchsuchen. Bei Öffnung desselben sprang ihnen ein Mann entgegen, der an ihnen vorüber aus dem Zimmer flüchtete. Unmittelbar darauf hörten sie, daß in dem oberen Stockwerk eine Zimmerthür geöffnet wurde, und schlossen daraus, daß der mutmaßliche Dieb zu den Gästen des Hotels gehört. Diese Annahme hat sich als richtig erwiesen. Der Eindringling ist ein gewisser Gustav Voigt, welcher einräumte, daß er sich lediglich zu dem Zwecke der Verübung eines Diebstahls ein Zimmer in dem Gasthose hatte geben lassen. In seinem Besitz wurde ein geladener Revolver gefunden.

Gerichts-Beitung.

Ein jugendlicher Mörder stand gestern in der Person des Bedebelchings Johann Gjesalla vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I, und die Verhandlung entrollte ein abfäherndes Bild moralischer Verkommenheit. Der eben 17 Jahre alt gewordene Angeklagte, welcher körperlich noch sehr zurückgeblieben ist, hat einen ausgeprägten Hang zur Verübung von Schlechtigkeiten; sein verkommenes Auge läßt nichts Gutes ahnen und die Gewandtheit, mit welcher er sich trotz seines stark polnischen Dialekts vertheidigt, steht zu seiner Jugend in gewaltigem Gegensatz. Der junge Mensch hat bereits ein mit drei Strafbahnen beschwertes Strafregister; im Jahre 1887 schon wurde er wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis bestraft, es folgte eine einmonatliche Gefängnisstrafe wegen Betruges und im Oktober d. J. ist er wegen eines Messerangriffs auf seinen Bekrtolegen, den 18jährigen und weit stärkeren Bedebelchling Robert Krawuschke, zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Bierzehn Tage vor jenem Termin, in welchem Krawuschke gegen ihn Zeugnis abzulegen hatte, hat der Angeklagte einen äußerst raffiniert erforschten Mordplan gegen Krawuschke auszuführen versucht und stand deshalb wegen versuchten Mordes und wegen Diebstahls unter Anklage. Er hatte sich im Gefängnis eine wunderbare Geschichte zurecht gelegt, die er in folgender Weise zum Besten gab.

Präs.: Ich rathe Dir, daß Du die Wahrheit sagst. — **Angekl.:** Zu wohl, ich wer'sch thun. — **Präs.:** Du hast aber zweierlei Reden geführt und die Unklarheit bei dem Untersuchungsrichter schon zugestanden. — **Angekl.:** Hob' ich bloß gethut, weil sie mir so gedrängt haben. — **Präs.:** Das ist nicht wahr, der Richter hat Dich lediglich ausgefragt. — **Angekl.:** Hal mon mir gefügt, daß mir'sch nicht soll schlecht gehen, wann ich werd' sagen die Wahrheit, na, und da hob' ich zu alle Sachen bloß immer gesagt: Ja! — **Präs.:** Du arbeitest seit zwei Jahren mit Krawuschke bei dem Meister Lehmann und Ihr schließt Beide zusammen in der Werkstatt in einem Bett? — **Angekl.:** Ich alles richtig! — **Präs.:** Wie bist Du nun bloß dazu gekommen, den Krawuschke zu fragen, ob er sich getraute, mit gebundenen Händen zu schlafen? — **Angekl.:** Wir haben gesprochen über alle Möglichkeiten, dann sind wir gekommen auf die Krankheiten und er hat gesagt, daß es Leute giebt ohne Hände. Oh, hob' ich gesagt, da is' Rische nicht dabei, denn die haben immer Führer bei sich. Aber, hob' ich gesagt, was meinschte, was die Wideländer thun, die immer mit die Hände eingewickelt schlafen müssen und müssen'sch auch aushalten, zu schlafen, ohne zu bewegen die Hände. — **Präs.:** Nun erzähle nur nicht zu lang. — **Angekl.:** Ru hat er denn gesagt, was ich ihm will geben, wenn er werd' schlafen mit gebundene Hände und ich hob' ihm versprochen, ihm zurückzugeben den Hut, was ich ihm vorher hatte abgekauft. Ru war'sch Mitternacht. — **Präs.:** Na, na, Du hast Dir ja eine recht hübsche Geschichte zurechtgelegt und denkst gewiß, es wird recht graulich, wenn Du sie gerade in die Mitternachtsstunde verlegst. — **Angeklagter:** Rā, nu war'sch Mitternacht und wie wir zwei Bede ins Bett liegen, sagt Krawuschke: Ru kann'schte mir binden. Da binde ich ihm die Hände mit'n Tuch recht feste und wie er denn von den Hut anfangt, sage ich ihm: Du bist wohl dumm? Ich werde Dir doch den Hut nicht geben, was ich mir habe verdient mit laurem Schweiß! — **Präs.:** Na, kurz und gut, Du behauptest, daß Ihr darüber in Streit gekommen seid, und Krawuschke Dir einen Stoß versetzt habe. — **Angekl.:** So is'ht's. Dann bin ich verfallen in Schlaf und mußte aufwachen vor Schmerzen in Leib. Hob' ich schwer geathmet und weil er mir hat plötzlich gegeben einen Stoß, haben wir uns gebalgt ins Bett, sind abgeglut auf den Boden und sind so gekommen bis an die Thür, wo Meister Lehmann schlief. Wie der nu is aufgewacht, is er in die Werkstatt gekommen und hat Ruhe geboten und da haben'sch nu die ganze Geschichte! — **Präs.:** Ja, das ist eine sehr schöne Räuber-geschichte, bloß daß sie nicht wahr ist. Wie der Meister kam, hatte'sch Du dem Krawuschke einen Strick um den Hals geschlungen, so daß derselbe fast erstickt wäre. — **Angekl.:** Nicht is wahr davon. Der Meister hat den Krawuschke angeschimpft und ihm noch gesagt: „Rede mir kein Wort weiter, Du großer Laich!“

Ganz anders lautete die Darstellung des Bedebelchings Krawuschke. Danach hat der Angeklagte ihm erzählt, daß schon mehrmals Leute darum gewettet hätten, ob sie in der Nacht mit zusammengebundenen Händen schlafen könnten, sie hätten die Weite aber stets verloren. Krawuschke hat insolge dessen Lust bekommen, das schwierige Kunststück einmal selbst zu probieren, und in der Nacht zum 15. September ging es an die Ausführung. Der Angeklagte holte ein Kaltschuh und band damit dem Kr. die Hände so eng und fest aneinander, daß er

dieselben nicht bis zum Munde bringen konnte. Darauf schloß Krawuschke ein. Um Mitternacht erwachte er insolge Athemnoth und eines heftigen Schmerzes am Halse wieder, sah den Angeklagten auf sich knien und merkte, daß derselbe ihm einen um den Hals gemessenen Strick zuzog. Krawuschke bekam glücklicherweise die zusammengebundenen Hände zwischen Strick und Hals und es kam zur Valgerei, wobei der Angeklagte das Ende des Stricks immer in der Hand behielt und daran zog. Sobald Krawuschke schreien wollte, steckte ihm der Angeklagte die Faust in den Mund und suchte ihm sogar den Hals zuzubücken. Endlich wurde der Meister durch den Lärm aus dem Schlafe geweckt und dessen Dazwischenkunft befreite den Krawuschke aus seiner bedenklichen Lage. Der Angeklagte flüchtete dann und nach seinem Fortzuge vernahm Krawuschke sein Portemonnaie mit 5 Mark Inhalt.

Der Lehrherr des Angeklagten, Webermeister Lehmann bestätigte, daß er selbst gesehen, wie der Angeklagte versuchte, den um den Hals des Krawuschke befindlichen Strick zu ziehen. Krawuschke war völlig erschöpft, sein Hals zeigte eine blutunterlaufene Strangulationsmarke, so daß entschieden ein Mord beabsichtigt ist. Der Meister giebt dem Angeklagten sonst das Zeugnis eines fleißigen und geschickten Burschen, er befreit, daß derselbe niemals das Verlangen geäußert, die Lehre zu verlassen. Der Angeklagte hat bei einer seiner früheren Vernehmungen behauptet, daß eine Anzahl Stricke an der Wand in der Nähe des Bettes gehangen und er während des Ringens mit Krawuschke einen solchen heruntergerissen habe, um ihn als Schlinge zu benutzen. Der Präsident meint, daß der Angeklagte durch diese Behauptung in schlauder Weise das Moment der Ueberlegung habe befristet wollen. Beide Zeugen beklunden dagegen übereinstimmend, daß der Strick einer Schublade entnommen sei, die sich in einem Schrank in der entgegengesetzten Ecke der Werkstatt befand. Der Angeklagte blieb auch nach der Zeugenaussage seines Meisters dabei, daß er von dem Mordversuch nichts wisse. Auch von der Anklage des Diebstahls sucht er sich reinzuwaschen. Krawuschke habe schon wiederholt den Wunsch geäußert, seine minderwertige Uhr gegen die des Angeklagten einzutauschen, er habe deshalb seine Uhr zurückgelassen und als Ausgleich das Portemonnaie Krawuschke's mit 5 R. 5 Pf. mitgenommen. Einige Tage hat der Angeklagte sich rucklos in den Straßen Berlins umhergetrieben, wobei er im Freien oder in Hausfluren nächtigte, dann ging er nach Charlottenburg und Schöneberg. Hier wurde er festgehalten, als er sich einen Anzug zu erwidern suchte.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wird das früher vom Angeklagten abgelegte Geständnis verlesen. In demselben giebt der Angeklagte zu, daß er schon eine Woche lang mit dem Plane sich getragen, den Krawuschke zu ermürgen, den er bei Seite schaffen wollte, um so den Zeugen zu befeitigen, der demnächst in der Messeroffäre vor Gericht gegen ihn aufzutreten hatte. Trotz aller Vorhaltungen des Präsidenten, der Wahrheit die Ehre zu geben, blieb der Angeklagte dabei, daß jenes Geständnis ein unwahres und ihm abezugungen worden sei.

Staatsanwalt Flickel hielt den Angeklagten im vollen Umfange der Anklage für schuldig und überführte, er beantragte gegen denselben einschließlich der noch zu verbühenden sechsmonatigen Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung eine Gesamtsstrafe von fünf Jahren.

Das Urtheil lautete auf drei Jahre sieben Monate Gefängnis.

Veranstaltungen.

Friedrichshagen. Am Donnerstag, den 21. d. M., tagte hier eine öffentliche deutsch-freimüthige Versammlung, wozu alle Parteien eingeladen waren, im Gesellschaftshause. Der größte Saal des Ortes war schon um 8½ Uhr überfüllt. Man konnte jedoch insolge der Sperrre genau die Parteien unterscheiden, da sämtliche Arbeiter kein Bier tranken; es waren ungefähr 90 pCt. Sozialdemokraten, 5 pCt. Freimüthige und 5 pCt. Konservative anwesend. Es sprach der Major a. D. Herr Hinz über die Lage der Parteien bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Er rüffelte die Konservationen und schmeichelte den Sozialdemokraten. Sein eigenes Programm entwickelte er gar nicht. Als der Referent geendet hatte, trat eine Pause von 15 Minuten ein. Unterdessen begab sich der Kandidat der Sozialdemokratie, Herr Stadthagen, zu dem Vorsitzenden, um sich in die Rednerliste einzzeichnen zu lassen. Dort wurde ihm mitgetheilt, daß er nicht sprechen dürfe. Nach Wiedereröffnung der Versammlung nahm Herr Hartmann das Wort zur Geschäftsordnung, theilte die Wortvermehrung der Versammlung mit und ersuchte sämtliche Anhänger der Sozialdemokratie den Saal zu verlassen. Kaum waren die Worte gesprochen, so erhoben sich über 300 Personen und verließen mit einem Hoch auf Herrn Stadthagen den Saal. Es mochten ungefähr 20 Personen dort geblieben sein, davon die Hälfte Konservative. Jedenfalls hatte nun Herr Hinz einen komischen Begriff von den Freimüthigen in Friedrichshagen bekommen; er wird wohl nicht wieder hierher kommen, und besser wird es den Konservationen auch nicht ergeben, denn in Friedrichshagen ist kein Platz weder für die Freimüthigen noch für die Konservationen, das wird die nächste Wahl zeigen. Nun begaben sich alle Arbeiter nach dem Bahnhof, um mit Herrn Stadthagen noch in Köpenick ein Glas Bier zu trinken. Auf den Zug mußte noch eine halbe Stunde gewartet werden, und unterdessen hatte der Wirth auch nicht ein Glas Bier verkauft, weil er die Erklärung der Gastwirthe mit unterschrieben hatte. Inzwischen war eine Depesche an die Köpenicker Polizei aufgegeben worden: 64 Sozialdemokraten aus Friedrichshagen ziehen in Köpenick ein. Als die 64 Mann in Köpenick ankamen, tranken sie noch ein Glas Bier, und Herr Stadthagen fuhr dann nach Berlin, die Uebrigen zurück nach Friedrichshagen.

Görlitz. Am 20. d. Mts. fand im hiesigen Konzerthause eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Keller einen Vortrag über die nächsten Reichstagswahlen hielt. Der Referent erledigte seine Aufgabe in sehr sachlicher und zutreffender Weise und erntete den vollen Beifall der Versammlung. Nach einer lebhaften Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden und verpflichtet sich mit allen gesetzlich gewährten Mitteln in die bevorstehende Wahlbewegung nach Kräften einzutreten, um die größtmögliche Stimmzahl auf den sozialdemokratischen Kandidaten zu vereinigen und den Sieg zu erringen. Ferner wurde vom Vorsitzenden, Herrn Bannwitz, der Versammlung mitgetheilt, daß der hiesige Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen Herrn Keller als Kandidaten für den Görlitz-Laubaner Wahlkreis bestimmt hat, und so wurde Herr Hugo Keller auch von der Volksversammlung einstimmig als sozialdemokratischer Kandidat für den Görlitz-Laubaner Wahlkreis proklamirt.

Briefkasten.

Bei Entzagen bitten wir die Abkommens-Entscheidung beizubehalten. Briefliche Antworten wird nicht ertheilt.

H. H. Inserate sind niemals an die Redaktion, sondern immer nur an die Expedition unseres Blattes, Zimmerstraße 44, zu senden. Wir können sonst für pünktliche Aufnahme keine Gewähr leisten.

Fruchtstraße 8. Katholische Priester dürfen nicht heirathen.